

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Dank Euch, Befreier!

Den deutschen Faschismus warfen alle beteiligten Armeen der Alliierten nieder, die Hauptlast der Befreiung trug die Sowjetunion. Es war ein unter ungeheuren Opfern erkämpfter Sieg. Nur die Rote Armee aber sicherte in den von ihr befreiten Territorien eine Gesellschaftsveränderung, die eine Friedensperiode in Europa einleitete. Es waren keine idyllischen Zeiten, aber

geschürten gewaltsamen Auflösung Jugoslawiens seit 1990, ab 1996 mit der Entscheidung, die NATO entgegen allen Zusagen mit militärischer Infrastruktur an die Grenzen Rußlands vorrücken zu lassen. Flankiert wurde das durch die endlosen Kriege unter Führung der USA – der im Irak von 1991 ist nach 32 Jahren faktisch nicht beendet, der 20 Jahre dauernde in Afghanistan ging ge-



Tag des Sieges – 8. und 9. Mai

es gab auf diesem Kontinent keine neuen Trümmer- und Leichenberge – wohl aber imperialistische Überfälle und Völkermorde in Asien, Afrika und Lateinamerika. Mit ihnen sollte das Abwerfen von Kolonialismus, Ausplünderung und Rassenwahn verhindert werden. Auch das hatte mit dem 8. und 9. Mai 1945 zu tun: Der Sieg im Zweiten Weltkrieg stärkte die antikolonialen Befreiungsbewegungen und ihren Kampf gegen die zum Teil jahrhundertelange Unterjochung. Der Aufbau antifaschistisch-demokratischer und sozialistischer Staaten in Europa war eng verflochten mit dem Entstehen politisch unabhängiger Staaten im „globalen Süden“, wie es heute heißt. Nicht wenige Befreiungsbewegungen erhielten wichtige militärische Hilfe von der Sowjetunion und ihren Verbündeten. Die Geschichte nahm seit 1945 einen neuen Verlauf.

Revolution und Konterrevolution lassen sich wissenschaftlich exakt bestimmen: Durch sie werden die Eigentumsverhältnisse verändert – vorwärts oder rückwärts. Die Folgen sind, wie wir heute wissen, jeweils absehbar: Frieden oder Krieg. Mit der konterrevolutionären Auflösung des sozialistischen Eigentums in der DDR und in Osteuropa endete die europäische Friedenszeit abrupt. Eine neue Ära von Krieg und Kriegsvorbereitung begann hier und in der Welt – zunächst bei der von den Westmächten

wollt 2021 in eine Katastrophe über. Diesen Krieg hatte ein SPD-Kriegsminister 2002 als deutsche „Landesverteidigung am Hindukusch“ ausgegeben.

Was damals als Zynismus eines mittelmäßigen Handlangers erschien, ist heute allgemeine Redeweise der Herrschenden. Als der Bundeskanzler 2022 von einer „Zeitenwende“ sprach, hatte er die Pläne für das größte Rüstungsprogramm der deutschen Nachkriegsgeschichte griffbereit, standen deutsche Soldaten längst wieder in der Nähe russischer Grenzen. Die wirkliche „Zeitenwende“ hat 1990 stattgefunden mit dem Ziel, von deutschem Boden wieder Krieg ausgehen zu lassen. Das ist gelungen, ohne daß es bei den Angriffskriegen von 1999 in Jugoslawien und 2001 in Afghanistan zu größerem Aufbegehren in der Bevölkerung kam. Mit der „Zeitenwende“ von 2022 hat man sich nun „Größeres“ vorgenommen: Es geht um Rußland und China. Es geht darum, den 8. und 9. Mai in der Tat rückgängig zu machen. Es geht darum, die Konterrevolution von 1990/1991 zu vollenden.

Wie groß die Weltkriegsgefahr deswegen inzwischen ist, hat gewollt oder ungewollt Frankreichs Präsident Emmanuel Macron bei seinem Staatsbesuch in China Anfang April öffentlich gemacht. Er warnte davor, daß die EU sich bei einem Krieg zwischen China und den USA auf eine Seite schlägt

– eine Warnung, die überflüssig erscheint. Aber Macron machte zugleich deutlich, von wem nach seiner Auffassung die Aggression ausgeht: „Das Schlimmste wäre zu denken, daß wir Europäer in dieser Frage Mitläufer sein und uns dem amerikanischen Tempo und einer chinesischen Überreaktion anpassen sollten.“ Wer in diesem Satz „Tempo“ durch „Provokation“ und „Aggression“ ersetzt, liegt richtig. Das erschließt sich aus der Vokabel „Überreaktion“. Der Präsident wurde jedoch noch deutlicher und erklärte, es wäre paradox, „aus einer Art Panikreflex heraus“ der US-Chinapolitik zu folgen.

In Frankreich, in dessen Hauptstadt der Name der Metrostation „Stalingrad“ nie geändert wurde, ist auch 2023 der 8. Mai, die „Fête de la Victoire“, ein gesetzlicher Feiertag. In Berlin hatte dagegen der damalige Senat aus SPD, Grünen und Die Linke vor einem Jahr verboten, am 8. und 9. Mai sowjetische Fahnen zu zeigen, und das mit einem riesigen Polizeiaufgebot durchgesetzt. Sie wollen sich den Marsch in ihren nächsten Weltkrieg nicht stören lassen. Um so wichtiger ist es, an diesen beiden Tagen 2023 zu bekunden: Dank Euch, Befreier!

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Erklärung der Staatsduma Rußlands	2
Wie wird das enden?	4
L. v. Wimmersperg zur Friedensbewegung	5
Eskalierender NATO/Ukraine-RF-Krieg	8
Ansage Richtung Washington	10
Biowaffenlabore	12
USA versus China	15
China im Visier	16
Club of Rome (I)	18
Globaler Kapitalismus	19
Iran und Saudi-Arabien	21
Paukenschläge in Niger	22
Tito-Inschriften	23
Chile 1973 (I)	24
Geschichte der Ukraine (III)	26
Friedenskongreß der Handwerker	28
In welcher Epoche leben wir?	30
Scheitern oder Niederlage? (I)	31
Die Kaiserattentate	33
1. Mai vor 150 Jahren	35
Leserbriefe	37

Erklärung der Staatsduma

über den Völkermord an den Völkern der Sowjetunion durch Deutschland und seine Helfershelfer im Großen Vaterländischen Krieg 1941 bis 1945

Das Dokument wurde am 22. März auf der Plenarsitzung der Staatsduma einstimmig angenommen.

Die Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation hält es für grundsätzlich wichtig, Kriegsverbrechen rechtlich zu bewerten, die im Großen Vaterländischen Krieg 1941 bis 1945 von Deutschland und seinen Streitkräften, einschließlich der Waffen-SS, von seinen Helfershelfern — den bewaffneten Einheiten aus Belgien, Italien, Spanien, den Niederlanden, Norwegen, Finnland und anderen Staaten, von einzelnen Freiwilligen aus Österreich, Lettland, Polen, Frankreich und Tschechien und von aus den besetzten Gebieten stammenden Verrätern – begangen wurden, die dem Hitler-Regime Treue geschworen haben.

Die Gerichtsbeschlüsse der letzten Jahre, die in Sankt Petersburg, in der Republik Krim, in den Regionen Krasnodar und Stawropol sowie Brjansk, Leningrad, Nowgorod, Orjol, Pskow und Rostow gefaßt wurden, ordnen Taten der Hitleristen und ihrer Helfershelfer eindeutig als Völkermord an den nationalen, ethnischen und Rassengruppen ein, die die Bevölkerung der UdSSR und somit die Völker der Sowjetunion darstellten. Diese Gerichtsbeschlüsse knüpfen an die Rechtsprechung der Nürnberger Prozesse und der darauffolgenden Strafverfahren über Nazi-Verbrecher und ihre Helfershelfer an, in denen u. a. Personen verurteilt wurden, die wegen Versorgung der Hitlerarmeen mit tödlichen Waffen schuldig gesprochen wurden. Während heute die Ursachen und Ergebnisse des Großen Vaterländischen Krieges sich weg vom Gegenstand von Geschichtsforschung hin zum Instrument der geopolitischen Konfrontation entwickeln, sind diese Beschlüsse von besonderer Tragweite. Denn bei denen handelt es sich um unmißverständliche Warnungen an politische Revanchisten, die Lehren aus der Geschichte nicht verinnerlicht haben. Die Geschichte Rußlands ist voller heroischer Kapitel.

Jedem Aggressor wurde stets in gebotener Weise entgeggetreten, wie auch immer stark die Vielvölkerarmeen wirkten, die vor dem Einfall in unser Vaterland fast ganz Europa bezwungen hatten und z.B. unter Anführung von Napoleon oder Hitler kämpften.

Besonders zynisch erscheint es, wenn die Bundesregierung immer wieder versucht, die verlogene These von gleicher Verantwortung und Wesensgleichheit des Hitler-Deutschlands und der UdSSR zu lancieren und bestrebt ist, unserem Land deutsche Schuld für die Entfesselung des in der neuesten Menschheitsgeschichte größten und blutigsten Konflikts zuzuschieben. Ein anschauliches Beispiel dafür war die Annahme eines antihistorischen russophoben Aktes vom 30. November 2022 durch den Deutschen Bundestag – einer Resolution, in der der Massenhunger auf dem Gebiet der Ukrainischen SSR 1932 bis 1933 als „Völkermord am ukrainischen Volk“ eingeordnet wurde. Jegliche Hinweise darauf, daß die Tragödie ihre Opfer nicht ausgesucht und sich nicht nur in der Ukraine, sondern auch in weiten Teilen des Wolga-Gebiets und Kasachstans abgespielt hat, werden der politischer Konjunktur zuliebe zurückgewiesen.

Dabei vermeidet es die Bundesregierung in einer zynischen Art und Weise, Maßnahmen zur Würdigung der Erinnerung an die Millionen sowjetischer Zivilopfer von Deutschlands „totalem Krieg“ an der Ostfront zu treffen, und weigert sich konsequent, den Überlebenden der Blockade von Leningrad Schadenersatz zu zahlen. Westliche Politiker ziehen es vor, darüber hinwegzuschauen, daß nach Hitlers Plänen zur Kolonisierung und Germanisierung des „Lebensraums im Osten“ die Zivilbevölkerung der UdSSR massenhaft vernichtet werden sollte. Die barbarische Ausrottung der Zivilisten fand nach Generalplan „Ost“ in allen Republiken der UdSSR statt, die von den deutsch-faschistischen Eindringlingen überfallen wurden. Infolge ihrer unmenschlichen Taten machten

die gesamten zivilen Opferzahlen in der UdSSR während der Besatzung 13 684 692 aus, alles Menschen, die absichtlich vernichtet wurden, als Zwangsarbeiter in Deutschland starben und durch absichtlich grausame Bedingungen des Besatzungsregimes ums Leben kamen.

Daß die NATO und Länder des kollektiven Westens unter Anführung der USA bei gegen Rußland gerichteten Verbrechen der Ukraine eine immer aktiviere Rolle spielen, die ukrainischen bewaffneten Einheiten unterstützen und u. a. die Lieferungen schlagkräftiger Waffensysteme ausbauen, ukrainische Kampfeinheiten beschleunigt ausbilden, der Ukraine nachrichtendienstliche Daten übermitteln, ausländische Söldner in die Kampfhandlungen schicken, Militär- und Sabotageaktionen wie die Sprengung der Krim-Brücke planen und durchführen, bringt uns unausweichlich dazu, zu erklären, daß die Verantwortung für die fortgesetzte Zuspitzung der militärischen und politischen Lage in der Konfliktzone und auf dem Eurasischen Kontinent insgesamt nicht nur das Kiewer Marionettenregime trägt, sondern auch diejenigen, die es mit tödlichen Waffen beliefern, Kämpfer und Terroristen finanzieren und bereit sind, im Rausch von Revanchismus gegen Rußland bis zum letzten ukrainischen Soldaten zu kämpfen.

Unter Würdigung der Bestimmungen der UN-Charta vom 26. Juni 1945, der Nürnberger Charta und der Beschlüsse des Nürnberger Tribunals, der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 9. Dezember 1948, der Konvention über die Nichtanwendbarkeit der Verjährungsfrist auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom 26. November 1968 ordnet die Staatsduma die verbrecherischen Handlungen der deutsch-faschistischen Eindringlinge und ihrer Helfershelfer gegen die sowjetische Zivilbevölkerung als Völkermord an den Völkern der UdSSR ein.

Botschaft der Russischen Föderation
23.3.23

Das Verbrechen von Chatyn

Am 22. März jährte sich die Tragödie von Chatyn in Belarus zum 80. Mal. An diesem Tag im Jahr 1943 brannten die deutschen faschistischen Besatzer und ihre Komplizen das Walddorf Chatyn in der Region Minsk mit all seinen Einwohnern nieder.

Am Morgen des 22. März 1943 wurde sechs Kilometer vom Dorf Chatyn entfernt ein Nazikonvoi von Partisanen beschossen. Bei dem Angriff wurde ein deutscher Offizier getötet. Zur Verfolgung der Partisanen riefen die deutschen Besatzer Einheiten des 118. Schutzmannschaft-Bataillons und die deutsche Kompanie des Sonderbataillons SS „Dirlewanger“ zu Hilfe. Am selben Tag tauchten die

Henker im Dorf Chatyn auf. Nach einem Feuergefecht begannen die Partisanen sofort, das Dorf zu verlassen, und verloren dabei mehrere Männer. Die deutschen Besatzer verfolgten sie aber nicht weiter, sondern nahmen das Dorf in ihre Gewalt. Alle Einwohner wurden in eine Scheune getrieben und diese in Brand gesteckt, wer zu fliehen versuchte, wurde erschossen. Das Dorf mit seinen 26 Gehöften brannte vollständig aus. Insgesamt wurden 149 Menschen getötet, darunter 75 Kinder. Nach dem Krieg wurde das Dorf Chatyn nicht wiederaufgebaut. Die Tragödie von Chatyn ist aber nur eines von Tausenden von Zeugnissen für die bewußte Politik des Völkermords an der belarussischen Bevölkerung, die von den Nazis während der

gesamten Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg betrieben wurde.

In Zeiten, da Deutschland Waffen in die Ukraine liefert, um gegen Rußland zu kämpfen, darf der eigene Feldzug gegen Rußland ab 1941, bei dem es in verschiedenen Regionen der Sowjetunion um die konsequente Auslöschung der einheimischen Bevölkerung ging, nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden. Die Sowjetunion, deren Roter Armee wir die Befreiung Europas von der Hitler-Diktatur verdanken, hatten im Großen Vaterländischen Krieg, mehr als 27 Millionen Kriegesopfer zu beklagen.

Quelle: <https://globalbridge.ch/zur-erinnerung-an-die-tragoedie-von-chatyn/> 22.3.23

Was ich nie vergessen werde

Frankfurt an der Oder war zur Festung erklärt worden. Meiner Mutter Dorothea, Witwe seit 1940, ihren zwei kleinen Mädchen und der Oma war befohlen worden, die Stadt sofort zu verlassen. Eine riesige Menschenmenge stürmte in panischer Angst auf dem Bahnhof die letzten Züge in Richtung Westen. Viele der deutschen „Herrenmenschen“, die bisher verächtlich auf die russischen Untermenschen herabgeblickt und bei den Naziuntaten weggesehen hatten, fürchteten nun die Rache der Rotarmisten. Die antisowjetische Hetzpropaganda der Nazis zeigte ihre gefährliche Wirkung. Meine Mutter strandete auf der Flucht auf einem Bauernhof in Wernitz bei Berlin. Mein Vater, Wilhelm Knapp, der nach langjähriger Haft in den Zuchthäusern Luckau und Brandenburg mit einem Treck von 200 befreiten politischen Gefangenen in Wernitz ankam, war 1935 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Seine Biografie war typisch für viele Kommunisten seiner Generation. Mit 17 Jahren meldete er sich 1915 als Kriegsfreiwilliger. Seine Schlußfolgerungen aus Krieg, Revolution und dem Massenelend führten 1919 zum Eintritt in die Kommunistische Partei Deutschlands. Als gelernter Exportkaufmann arbeitete er bis 1934 als Verlagsleiter von Presseorganen seiner Partei. Seine letzten zwei Arbeitsorte waren, bevor er die illegale Tätigkeit gegen den Nazistaat aufnahm, Wien und Saarbrücken. Die zu langen Strafen verurteilten Kommunisten hatten sich aufgrund ihrer Überzeugungen und Fähigkeiten im Betrieb des Zuchthauses organisieren können. 1943 übernahm mein

Vater die Funktion des Schreibers im Haus IV von seinem Genossen Walter Mickin. Noch am 20. April 1945 wurden im Zuchthaus Brandenburg 20 Widerstandskämpfer mit dem Fallbeil ermordet. 180 Häftlinge schmachteten in den Todeszellen. Den etwa 4000 Häftlingen drohte der Tod. Am 27. April 1945 übernahmen beim Herannahen der Roten Armee die 300 politischen Gefangenen, mit den Kommunisten an der Spitze, die Macht im Zuchthaus.

Im Auftrag des Gefangenen-Ausschusses nahm mein Vater einen ersten Kontakt zu einem Vorposten der Roten Armee auf. Ein T-34 mit dem roten Stern stand auf der Zufahrt zum Tor.

Als am 28. April die Rote Armee die Räumung des Zuchthauses befahl, formierten sich Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerliche Widerstandskämpfer zu einem Treck in Richtung Berlin. Bei einer Rast in Bagow bekannten sie sich zur antifaschistisch-demokratischen Einheit als Grundlage eines neuen Deutschlands.

Meine Mutter hatte ihren ersten Kontakt mit Soldaten der Roten Armee, als ihr in Wernitz ein Rotarmist eine Schaufel in die Hand drückte und sagte: „Du, Frau, mitkommen, Flugplatz schippen.“ Am Ortsrand, in der Nähe von sinnlos gewordenen Scheinstellungen baute die Rote Armee einen Feldflugplatz. Während der Arbeit kam die „Schreckensnachricht“, daß gefährliche Zuchthäuser in das Dorf eingefallen wären. Voller Angst vor den „entlaufenen Zuchthäuslern“ und noch ohne Verständnis sah und hörte sie den ausgemergelten Männern zu, die auf einer improvisierten Maikundgebung von einem anderen Deutschland sprachen und die Internationale sangen.

Unheimlich war es meiner Mutter auch zumute, als sie von einem perfekt Deutschsprechenden Stabsoffizier der Roten Armee angesprochen wurde: „Hör mal, Mädel, wasch dich anständig, heute Abend wollen zwei Generale tanzen.“ Sie trug Stallklamotten des Bauern, und ihr Gesicht war mit Schmutz verschmiert. Nach ihrer Teilnahme an der Siegesfeier bedankten sich die sowjetischen Offiziere bei ihrer Tanzpartnerin.

Die kleine Familie meiner Mutter wurde in den Treck aufgenommen, und meine Eltern lernten sich kennen. Nach der Kapitulation der Berliner Garnison marschierten die befreiten Häftlinge zunächst nach Spandau. An ihrer Spitze flatterte ein rotes Tuch. Links rollten die Kolonnen der Roten Armee, in den Straßengraben saßen die gefangenen deutschen Soldaten und die Felder lagen voller Leichen. Auf einem Wagen, der von zwei Kühen gezogen wurde, saßen die beiden kleinen Töchter und die Oma neben dem kranken SPD-Arbeiterführer Otto Buchwitz. Was bewog die Männer, schnell nach Berlin zu gelangen – Rache? Die ehemaligen politischen Gefangenen waren festen Willens, sich an die Spitze der Wiedergutmachung zu stellen, ein neues, anderes Deutschland aufzubauen und die Wurzeln des Faschismus zu beseitigen.

Es galt, die historische Chance der Niederlage des deutschen Imperialismus zu nutzen! Die Sowjetmenschchen haben die größten Opfer für den Sieg über den Faschismus gebracht. Obwohl die Sowjetunion nicht mehr existiert, vergesse ich nicht, wer uns im Jahr 1945 befreit und meinem Vater das Leben gerettet hat.

Jan Knapp
Jena

*Annalena Baerbock zugehört,
die gegen Rußland Krieg führt*

Der unbekannte Deserteur

Und geht es ans Marschieren,
so werd ich desertieren.
Das ist mein erster Schritt.
Das Sturmgewehr entladen! –
Von allen Kameraden
Kommt heute keiner mit.

Kann nicht auf andre bauen.
Muß nur mir selbst vertrauen,
ganz vorsichtig und still.
Was ist aus uns geworden! –
Hab keine Lust zu morden.
Schluß mit Befehl und Drill!

Ach Liebste, sollst nicht bangen.
Uns bleibt nur ein Verlangen:
Ein Tag, der uns vereint.
Mit Kaschabrei im Magen
werd ich mein Schicksal tragen.
Der Feind ist nicht mein Feind.

Erhard Scherner

Der Berliner Erhard Scherner, 1929 geboren, sang in den dreißiger Jahren im Chor der Rundfunkspielschar des Deutschlandsenders und wirkte als Kleindarsteller in Heinz Rühmanns legendärer „Feuerzangenbowle“ mit. Am Ende des Zweiten Weltkriegs geriet der Junge als Kindersoldat in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Zu Beginn der neuen Zeit in Ostdeutschland studierte er an der Berliner Humboldt-Universität Deutsch und Geschichte und promovierte. In der jungen DDR wurde Scherner Neulehrer, Parteiarbeiter und Funktionär. Mit seiner Frau, der Sinologin Helga Scherner, lebte und arbeitete er mehrere Jahre als Verlagsmitarbeiter in China. Danach wurde er Mitarbeiter des im Zentralkomitee der SED für Kultur zuständigen Alfred Kurella, übernahm Aufgaben im Schriftstellerverband, bevor er als Schriftsteller, Lyriker und Nachdichter freischaffend wurde.



Mamordenkmal des Unbekannten Deserteurs in Potsdam

Der Filmemacher Sven Boeck hat über ihn den Dokumentarfilm „Graben. Erhard Scherner – Erinnerungen“ gedreht und eine Internetseite dazu eingerichtet, auf der ein Filmausschnitt zu sehen ist: www.graben-film.de

Wie wird das enden?

Die Satire darf alles, heißt es im allgemeinen. Dennoch, es gibt den Begriff „Berufsethos“. Er bezeichnet die sittlichen und moralischen Grundsätze, die das Handeln einer jeden Berufsgruppe bestimmen. Unabhängig davon, wie das Kriegsgeschehen in der Ukraine bewertet wird, nehmen sich Mitglieder einer Berufsgruppe, die des Kabarets, das Recht, diese Grundsätze umzustoßen und die Adressaten ihrer Angriffe wie Aussätzige zu behandeln. Damit kein Mißverständnis entsteht: Man kann den Krieg in der Ukraine verurteilen, man kann auch den russischen Präsidenten einen persönlich Verantwortlichen nennen. Ja, und man darf auch Personen kritisieren, die als Andersdenkende andere Standpunkte vertreten. Aber daß sich seit geraumer Zeit neben Kommentatoren und Talkshow-Moderatoren auch Kabarettisten mit rufmörderischen Verbalinjuriem am Vernichtungsfeldzug gegen diejenigen beteiligen, die einen Stopp der Waffenlieferungen fordern, befördert eine Pogromstimmung, die Schlimmes erwarten läßt. Was kommt auf uns zu, wenn alle demokratischen Anstandsregeln über Bord geworfen und der Verächtlichmachung keine Grenzen nach unten gesetzt werden?

Einige wenige Beispiele: Den Erstunterzeichnern des Aufrufs für den Frieden wird vorgeworfen, sie seien „amoralische Psychopathen“, „übelste Nationalpazifisten“, wahlweise „Lumpenpazifisten“, „verlogen“ und „gewissenlos“. Das geht Florian Schroeder noch nicht weit genug. Der für den öffentlichen Rundfunk arbeitende Kabarettist tönt, daß Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer in ihren Auftritten einen geradezu faschistischen Zeitgeist befördern wollen. Selbst das reichte ihm nicht. Unter Beifall von Zuschauern verkündete er: „Ich möchte historisch korrekt bleiben. Hitler ist nicht Putin, und Putin ist nicht Hitler. Im Gegensatz zu Putin wußte Hitler, wie man fremde Gebiete handwerklich sauber besetzt und fachgerecht anschließt. Das ist der große Unterschied.“ Der Comedian und ehemalige WDR-„Podcaster“ Bastian Bielendorfer nannte Sahra Wagenknecht einen „menschlich komplett verdorbenen Zellhaufen“. Aus anderen „Satire“-Rohren wurde auf die Zehntausenden Teilnehmer und die mittlerweile bald 800 000 Unterzeichner des Aufrufs geschossen. Als „Friedenschwurpler“ wären sie „die eigentlichen Kriegstreiber“. Was spielt sich hier ab? Sollen alle Bürgerinnen und Bürger für eine vorerst verbal betriebene Ausgrenzung aufgehetzt werden, die sich letztlich nur in Gewalt entladen kann? Der grüne Finanzminister Baden-Württembergs nennt die Kundgebung „die häßliche Fratze Deutschlands und eine Schande für unser Land“.

Dazu fällt uns nur ein: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Mit dieser Mahnung vor einer immanenten Gefahr, die vorerst zwar gebannt, aber immer noch und immer wieder droht, akut zu werden, beendet Bertolt Brecht sein Theaterstück „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“. Dieser

Satz war noch nie so aktuell wie heute. Der mit den Potsdamer Beschlüssen sich abzeichnende Kalte Krieg (er begann mit der berühmten Fulton-Rede Churchills) leitete eine Epoche ein, zu der das Fremdwort „Interdependenz“ paßt. Interdependenz bedeutet wechselseitige Abhängigkeit. Unter sozialer, gesellschaftlicher, zwischenstaatlicher Interdependenz ist zu verstehen, daß Menschen, Gesellschaften und Staaten in ihrem Dasein akzeptieren, daß sie aufeinander angewiesen sind. Wir können auch für die Zeit bis 1990 die Bezeichnung „nichtkriegerische Koexistenz“, zumindest auf den europäischen Kontinent bezogen, verwenden. Selbst in der bleiern Adenauer-Zeit spielte das Gesetz des Nehmens und Gebens – vor allem auf dem Energiesektor – für die Ausgestaltung des sog. Wirtschaftswunders eine überragende Rolle. Die weltweite Sympathie, welche die Sowjetunion als eine der Weltkriegs-Siegerstaaten genoß, und ihr Rang als Nuklearmacht drängten den Imperialismus zur zähneknirschenden Rücksichtnahme. Nach der Niederlage des europäischen Sozialismus ließ der Imperialismus seine Maske fallen. Alle Vereinbarungen, die in wechselseitigem Vertrauen mündlich wie auch schriftlich getroffen worden waren (u. a. die Zusage, es gebe keine NATO-Ost-erweiterung), wurden vom Tisch gewischt. William „Bill“ Clinton: „Wir haben gewonnen, nicht die.“ Der Schalter wurde umgelegt.

„Man geht nicht als der schwächere Partner in ein antagonistisches Bündnis“, schrieb der Schriftsteller Peter Hacks an den Historiker Kurt Gossweiler. So einfach sei dies nicht, antwortete dieser mit Hinweis auf die Anti-Hitler-Koalition. Richtig, aber auf jeden Fall war es falsch, daß Rußland nach 1990 als der deutlich schwächere Partner dem Wort „Vertrauen“ Glauben geschenkt hat. Zielorientiert wurden Kategorien wie „voneinander abhängig“ und „aufeinander angewiesen sein“ aus der Sprache der Diplomatie gestrichen. Das „westliche Wertesystem“ ließ sich von den transatlantischen Designern in Washington eine Ganzkörperätowierung in allen ausschmückenden Varianten verpassen: De-coupling heißt das Zauberwort. Auf deutsch: Entkopplung. Oder noch konkreter: Weg von russischer Energie, weg von chinesischer Hightech. Die USA wurden schon lange von der Sorge getrieben, daß ein einheitlicher Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok entstehen könnte. Etwas zugespitzt, aber nicht vereinfacht, ließe sich sagen, daß die imperialistische Führungsmacht in den Jahren nach 1990 nur ein Ziel verfolgt hat, nämlich ihren Verbündeten die Regeln ihres Skatspiels aufzudrücken, in dem die USA stets den „Grand mit Vieren“ ausspielen. Aber statt die Karten auf den Tisch zu knallen und zu sagen „Nicht unter diesen Bedingungen!“, unterwarfen sich die westlichen NATO-Staaten entgegen ihren eigenen Interessen den US-Regeln und verzichteten nicht nur darauf, die Karten neu zu mischen, sondern sie sortierten sie so, daß alle Trümpfe in einer (transatlantischen) Hand bleiben.

Vor dieser Kulisse spielt sich das Theater ab, mit dem wir Tag für Tag konfrontiert werden: in den Medien, in TV-Talkshows, in der Literatur, in der Unterhaltungsindustrie und eben auch im Kabarett. Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem sich die Lügenverbreiter nicht einmal mehr daran stören, wenn sie ertappt werden. Hauptsache ist, daß es genügend viele Menschen gibt, die ihren Lügen Glauben schenken. Die Grünen-Politikerin Karin Göring-Eckardt behauptete jüngst, daß Putin „die ukrainische Sprache und Kultur zerstören will“. (Auf der Krim ist Ukrainisch eine wie eh und je zugelassene Amtssprache.) Die ehemalige Theologiestudentin sollte sich der Mühe unterziehen, die Planungen der Ukraine für den Umgang mit der Krim und ihren Bewohnern nach der „Rückeroberung“ zu lesen. Dann würde sie wissen, daß darin die Ausmerzungen der russischen Sprache, Geschichte und Kultur, die Tilgung jeder Erinnerung an die russische und sowjetische Geschichte, die Umbenennung von Städten, Straßen und Plätzen und der Abriß von Denkmälern vorgesehen ist. Alle im Staatsdienst stehenden Personen sollen „durchleuchtet“ und gegebenenfalls als „Landesverräter“ mit lebenslangem Berufsverbot belegt werden. Alle Russen, die nach 2014 auf die Krim gezogen sind, sollen deportiert werden usw. Das ganze in zwölf Punkten gebündelte Vorhaben wird obendrein mit dem Begriff „Befreiung“ etikettiert. Wer den Zwölf-Punkte-Plan liest, wird zwangsläufig an die Planungen der Nazi-Wehrmacht in Vorbereitung ihres kolonialen Feldzugs gegen die Sowjetunion denken. Vielleicht haben die Phantasien des Selenski-Regimes auch Herz und Sinne von Marieluise Beck erwärmt und beflügelt. Sie betreibt gemeinsam mit ihrem Mann Ralf Fücks das aus Steuermitteln finanzierte „Zentrum Liberale Moderne“. Über Twitter stellte sie eine „entzückende, hoch kreative junge Person“ namens Kateryna vor. Sie ist die Frau von Denys Prokopenko, der nach 2014 das Kommando über eine Kompanie des offenen faschistischen Bataillons Asow übernahm. Beide Prokopenkos sind waschechte Nazis, was Frau Beck nicht daran hindert, von diesem Ehepaar zu schwärmen und zu erklären, daß beide „für uns“, also für Deutschland kämpfen.

Der Faschismus will seine Vorherrschaft in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sichern und ausbauen. Mit der Kategorie „Faschismus“ sollte nicht leichtfertig umgegangen werden. Aber die von „deutschen Fanatikern regelbasierter Kriege gegen Rußland und China“ (Arnold Schölzel) betriebene Politik läuft auf eine schleichende Faschisierung hinaus. Und es sind die Grünen, die diesen Prozeß befeuern. Das hat Peter Hacks schon 1992 befürchtet. Ulrich Guhl hat ihn in seinem Beitrag „Vom Wandel der Grünen“ („RotFuchs“ Nr. 303, April 2023, S. 22) zitiert.

Es bleibt die Frage: Wie wird das enden, wenn die Gegenkräfte weiter so schwach und uneins bleiben wie derzeit?

Hans Schoenefeldt

„Ich liebe das Leben und ich will nicht, daß es kaputtgemacht wird“

Laura von Wimmersperg ist seit 1980 in der Friedensbewegung aktiv. Sie engagiert sich in der „Friedenskoordination Berlin“ (Friko) und ist gewissermaßen deren Gesicht. Am 18. März trat die heute 89-jährige bei einer Demonstration des „Bündnisses für Frieden Berlin“ auf. RF veröffentlicht Auszüge aus einem Interview, das Tilo Gräser am Rande der Veranstaltung mit ihr führte.

Sie sind seit 43 Jahren in der Friedensbewegung aktiv. Was war der erste Impuls, für Frieden einzutreten?

Ich habe erst sehr spät begriffen, wie der Zweite Weltkrieg entstanden ist. Ich war Lehrerin in der Sekundarstufe 1, ich unterrichtete Jugendliche. Ich habe immer gedacht, ich will nicht, daß diese Kinder wieder in irgendeinen Krieg hineingeraten. Und dann kam 1980 die Sache mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen. In dem Bezirk, in dem ich arbeitete, gab es einen Info-Abend zu Atomwaffen. Ich ging hin. An diesem Abend gründeten wir eine Friedensinitiative, die erste in Westberlin, und sehr schnell entstanden weitere Initiativen, in anderen Bezirken, Kirchengemeinden, in Gewerkschaften, verschiedenen Berufsbereichen.

Der Schock über die Stationierung war riesig. Man sagt ja, Friedensbewegung sei eine Angstbewegung. Zwar erfuhren wir in der ersten Zeit unserer Informationsarbeit auf der Straße viel Gegenwind, oft hieß es: „Wenn es Euch hier nicht paßt, dann geht doch nach drüben!“ – womit Ostberlin gemeint war. Dann aber wuchs die Bewegung rasant und war interessant und sehr kreativ. Man muß auch wissen, daß vor 1980 eigentlich nur Langhaarige, also Studenten oder Hausbesetzer, auf die Straße gingen, um zu demonstrieren, gelegentlich die Gewerkschaften und Kommunisten, aber nicht der „normale“ Bürger. Das änderte sich nun.

Das wuchs ja zu einer Millionen-Bewegung in den Anfängen der Achtziger an. Danach ging es aber wieder abwärts.

Ja, trotz dieser gewaltigen Proteste beschloß die Regierung gegen die Mehrheit der Gesellschaft die Stationierung. Das hatte zur Folge, daß viele Menschen sich enttäuscht zurückzogen. Bei uns in Westberlin blieb die Friedensbewegung verhältnismäßig stabil. Wir gründeten die Kampagne „Unsere Stadt gegen Atomwaffen“ und setzten uns damit für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ein. Innerhalb eines Jahres sammelten wir in dem kleinen Westberlin 110 000 Unterschriften, die wir als unser Mandat benutzten und mit denen wir zu internationalen Abrüstungskonferenzen reisten, zum Beispiel nach Helsinki, Oslo und Genf. Und es gelang uns über die UNO, mit den jeweiligen Vertretern aus den USA und der Sowjetunion zu sprechen. Wir haben auch mit dieser Kampagne den Friedensfilmpreis gegründet und die

Akkreditierung für eine eigene Jury bekommen. Wir haben auch das Deutsch-Japanische Friedensforum gegründet, um nur einiges zu nennen.



Laura von Wimmersperg

Wie haben Sie dieses Engagement 43 Jahre lang bis heute durchgehalten? Was gibt Ihnen die Kraft dafür?

Die Menschen, mit denen ich diese Arbeit mache, sind meist ganz wunderbare Leute. Das ist wirklich bereichernd. Auch wenn ich mit fremden Menschen auf der Straße rede, um zu wissen, was sie bewegt, sind sie für den Frieden oder warum sind sie es nicht, und wie werden wir da aufgenommen. Und dann treibt mich auch an: Ich liebe das Leben und ich will nicht, daß das mal irgendwann alles kaputt ist. Das trägt mich eigentlich.

Wie erleben Sie die Stimmungsmache hier in Deutschland und wie erleben Sie die Stimmung der Menschen?

Sehr unterschiedlich. Bei Zufallsgesprächen auf der Straße oder bei Taxifahrten zum Beispiel und in ähnlichen Situationen bin ich oft erstaunt, wie politisch und kritisch die Menschen diskutieren. Aber dann wieder in der eigenen Familie oder im engsten Freundeskreis werden Gespräche über die Ukraine gemieden, weil es uns sonst zerreißen würde, so groß sind die Differenzen. Es fehlt sehr oft die Bereitschaft, sich mit den bedrohlichen Realitäten auseinanderzusetzen. Und es fehlt Geschichtsbewußtsein, so daß die Informationen über die Medien nicht kritisch beurteilt werden können. Was wissen zum Beispiel die Menschen vom Krieg im Donbass? Was davon, daß der britische Premier nach einem Monat Krieg laufende Friedensgespräche verhindert hat, was über den Verrat von Angela Merkel und Francois Hollande am Minsker Abkommen? Wer erinnert sich, daß der Irak-Krieg auch völkerrechtswidrig war? Argumentiert man, daß die Russen ein starkes Sicherheitsbedürfnis als Folge der noch sehr wachen Erinnerung an den 2. Weltkrieg haben, wird das oft mit „Putins Propaganda“ abgetan.

(...)

Die Friedensbewegung scheint derzeit gespalten und sich mehr auf das Trennende statt auf das Gemeinsame zu

konzentrieren. Wo kommt das her, und gibt es eine Chance, diese Spaltung zu überwinden?

Ja, das ist so. Obwohl wir einerseits feststellen können, daß wieder mehr Menschen sich an der Friedensbewegung beteiligen, ist sie dadurch nicht gestärkt. Im Gegenteil, sie wirkt eher kraftlos. Die Ursache dafür sehen wir darin, daß es uns nicht gelungen ist, uns auf eine einheitliche Einschätzung der Ursachen des Krieges in der Ukraine zu einigen. Der größere Teil der Friedensbewegung argumentiert moralisch, Krieg darf nicht sein, er verstößt gegen das Völkerrecht, und teilt damit – um mal das Modewort zu benutzen – das Narrativ der Regierung und der etablierten Medien. Der andere Teil der Friedensbewegung, der kleinere Teil, bezieht sich in seiner Beurteilung des Krieges auf Fakten, was geschah vor dem Krieg. Schon Machiavelli sagte: „Nicht, wer zuerst zu den Waffen greift, ist der Anstifter des Unheils, sondern wer dazu nötig.“ Und genau das trifft auf den Ukraine-Krieg zu. Die westlichen Staaten haben mit verbrecherischer Ignoranz die Sicherheitsforderungen Rußlands, die auf dem einfachen Satz basieren, „Meine Sicherheit darf nur soweit reichen, wie ich deine Sicherheit nicht gefährde“, ignoriert. Sie sehen schon, auf welcher Seite der Friedensbewegung ich stehe. Dazu fordern wir die schnelle Beendigung des Krieges und keine weiteren Waffenlieferungen. Die Tatsache, daß genau diese Forderungen im Bundestag lautstark von der AfD erhoben werden und leider nicht von der Partei Die Linke, wird dazu benutzt, die Friedensbewegung, die eben das auch vertritt, ebenfalls in die rechte Ecke zu stellen und sie zu diffamieren. Das passiert vielen Teilen der Friedensbewegung in unserer Republik. Wer hat daran ein Interesse, muß man sich fragen?

Es gibt die alte Friedensbewegung seit Jahrzehnten. Es gibt die neue Friedensbewegung, die aus dieser maßnahmenkritischen Bewegung entstanden ist und sich auch für Frieden einsetzt. Und dann gibt es solche Ereignisse wie am 25. Februar, wo Saha Wagenknecht und Alice Schwarzer die „neue Friedensbewegung“ ausrufen und sagen: „Jetzt geht’s los!“ Ja, das ist etwas problematisch, wahrscheinlich entsprungen aus der Euphorie, so viele Menschen in der heutigen Zeit auf die Straße gebracht zu haben. Mehr Respekt vor denen, die 2003 anlässlich des bevorstehenden Irakkrieges 500 000 Menschen mobilisierten, aber vor allem, die in all den Jahrzehnten ohne jede nennenswerte Unterstützung die Friedensbewegung aktiv gehalten haben, das hätten wir schon gut gefunden. Aber ob alt oder neu oder jung oder alt, darauf kommt es jetzt nicht an. Jetzt kommt es darauf an, daß wir mehr werden und aktiv werden, um effektiver gegen diese Kriegspolitik mit den Sanktionen, die nicht zuletzt uns ruinieren, angehen zu können.

Quelle: NachDenkSeiten, 31.3.2023

Im Bündnis liegt unsere Kraft

Die diesjährigen traditionellen Ostermärsche „Für Frieden und Abrüstung“ fanden wiederum bundesweit statt. Als Hamburger beteiligten wir uns am vom Hamburger Forum unter Beteiligung weiterer Gruppen und Vereinigungen der Friedensbewegung organisierten Marsch. Er stand unter dem Motto „Für Frieden in Europa! Den dritten Weltkrieg verhindern!“. Die da kamen vertraten sehr unterschiedliche Standpunkte in Bezug auf den Ukraine-Krieg, was in vorschnellen Schuldzuweisungen an die Adresse Rußlands und in der Negierung des Ursache-Wirkungsprinzips zum Ausdruck gebracht wurde. Es zeigte sich deutlich, daß das Hauptproblem im Friedenskampf heute die de facto-Integration der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den NATO-Kriegskurs und die weitgehende Duldung der US- und EU-Sanktionspolitik



Plakat einer Hamburger Friedenaktivistin

ist. Trotz divergierender Meinungen war es wichtig, daß viele Menschen am Ostermarsch teilnahmen.

Die Auftaktkundgebung fand um 13 Uhr bei strahlendem Sonnenschein auf dem Spielbudenplatz an der Hamburger Reeperbahn statt. Vielleicht waren meine Partnerin und ich die einzigen unter den Teilnehmern, die bereits beim ersten dreitägigen Ostermarsch von Karfreitag bis Ostersonntag 1960 von Hamburg zum Truppenübungsplatz Bergen-Hohne (in der Nähe von Celle) dabei waren und für den Frieden demonstrierten.

Hauptredner zum Auftakt waren Peter Brandt, Sohn von Willi Brandt, Dr. Markus Gunkel, Vertreter des Hamburger Forum, und Reiner Braun, Urgestein der Friedens- und Klima-Bewegung. Die herausragendste Rede auf der Abschlußkundgebung am Fischmarkt hielt die Bundstagsabgeordnete der Partei Die Linke aus Hamburg Zaklin Nastic.

Jobst-Heinrich Müller

Was mal klarzustellen ist

Ich lese Internetbeiträge von RT, der Rationalgalerie von Ulli Gellermann, vom Anti-Spiegel Thomas Röpers und der Nachdenkseiten. So unterschiedlich diese Seiten auch sein mögen, so ist ihnen doch gemein, daß sie Informationen abseits der gleichgeschalteten Kriegs- und Verdummungspropaganda der bundesdeutschen Staatsmedien liefern, die immer noch unter der Bezeichnung „Öffentlich-Rechtlicher-Rundfunk“ firmieren.

Oft beklagen Leser der besagten Internetseiten völlig zu recht die Verlogenheit und Kriegslüsterheit der bundesdeutschen Medienlandschaft. Mitunter gibt es aber auch Einträge, die mit der Behauptung aufwarten, daß diese Gleichschaltung heute „genau wie in der DDR“ sei. Ich frage mich dann immer, was die Schreiber überhaupt über die DDR wissen, ob sie denn in ihr gelebt haben und was sie konkret mit diesem Vergleich sagen wollen. Ich ärgere mich darüber und habe diesem Ärger dann auch in eigenen Beiträgen Luft gemacht. Um es vorwegzunehmen: Offenbar erkennen immer mehr Menschen, daß wir in einem Land leben, in dem die Medien gleichgeschaltet sind, in dem es immer gefährlicher wird, seine Meinung abweichend vom verordneten Mainstream zu äußern, in dem Haß, Kriegs- und Rassenhetze wieder staatlich verordnet sind und in dem die Lüge zur Wahrheit und die Wahrheit zum Verbrechen erklärt werden. Ich bin in der DDR aufgewachsen und habe meine gesamte Kindheit und Jugend in ihr verbracht. Zur Wahrheit meines Lebens gehört, daß ich unsere oft todlangweilig formulierten Presseberichte einfach nervtötend fand, die permanenten Erfolgsmeldungen als unglaubwürdig und die Diskussionskultur als viel zu unkritisch und gesteuert empfand.

Aber waren der DDR-Journalismus und der Geist, der hinter dem trockenen Parteideutsch wohnte, deshalb mit dem zu vergleichen, was heute auf uns Tag für Tag medial niederprasselt? Nein! Ich kann mich nicht erinnern, daß wir jemals dazu angehalten wurden,

ein anderes Volk zu hassen! Völkerfreundschaft war keine Floskel. Der Arbeiter und Bauer in den USA, in der BRD oder Großbritannien war nicht unser Feind. Im Gegenteil. Zwischen den Völkern im Westen und denen, die sie regierten, wurde ein deutlicher Unterschied gemacht. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, daß ein Politiker des Westens jemals so mit Haß und Bosheit verfolgt wurde, wie heute der russische Präsident von Baerbock, Strack-Zimmermann und Co. Kein DDR-Arzt hätte einem Kranken aus der BRD oder den USA die Behandlung verweigert, so, wie es heute einige deutsche Ärzte gegenüber Russen handhaben. Krieg wurde uns nie als Frieden und Frieden nie als das Ideal Rechte verkauft! Es gab keine Pogromstimmung, vor der sich heute in der BRD lebende Russen fürchten müssen.

Und noch etwas: So eintönig ich die Medienlandschaft in der DDR auch war, sie basierte, wie ich jetzt weiß, nicht auf Lügen, sondern öffnete mir einen Blick auf die Welt, der es mir heute erlaubt, der dümmlichen und verlogenen Propaganda des Westens nicht auf den Leim zu gehen. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob in einer aus meiner Sicht recht farblosen DDR-Presselandschaft Frieden und das Wohl der Menschen propagiert wurde oder ob im Pressesumpf einer außer Rand und Band geratenen BRD-Medienmeute Krieg und der Tod von Hunderttausenden als Rache für Stalingrad herbeikrachte wird.

Das, was heute in schlimmster „Stürmer“-Tradition auf uns einhämmt, ist nicht „wie damals in der DDR“, sondern eher wie damals in braunen Zeiten. Das, was mir einst in der so geschmähten DDR in die Wiege gelegt wurde, erlaubt es mir heute, diesem geistigen Unrat die Stirn zu bieten, und das ist ein aufrichtiges Kompliment an die ganz anders geschalteten Medien meiner Kindheit und Jugend. Ich will ihnen hier von ganzem Herzen DANKE sagen!

Ulrich Guhl
Strausberg

Die weltweit dümmste Regierung

Sucht man im globalen Erdenrund nach Dummheit beim Regieren, wird fündig man im Deutschen Bund, beim Ampel-Dreier Koalieren.

Freilich gibt's noch andre Dumme, die sich regierend andernorts bewegen. Doch selbst mit ihrer vollen Summe, sind sie der deutschen Ampel unterlegen.

Im sich'ren Hafen in Europas Mitte kappt sie das sichere Tau am Kai des Ostens, läßt treiben sich nach US-Sitte ins Krisen-Kriegssystem des Westens.

Die Bundesbürger müssen's blechen, mit Inflation und teuren Preisen. Im Sozialen wird sich's rächen, das Volk muß in den sauren Apfel beißen.

Statt saub'eres Gas zum Klimaschutz, und Energie mit fairen Kosten, kommt teurer US-Fracking-Schmutz, übers Meer mit „grünen Lotsen“.

Vorteilshandel mit den Russen, aufgekündigt nach vielen Jahren, saugt Deutschland fest am US-Busen, von einer Miss mit Kriegsgebaren.

Sanktionen, Waffen, Kriegsgeschrei, der deutschen Ampel Geist und Tat. Die Bürgersorgen sind ihr einerlei, ihr Sinn steht klar auf Wahlverrat.

Wenn doch Dummheit Schmerz erzeuge, vor allen Dingen im Gehirn, sich der Bürger nicht mehr beuge und bö't der Ampel seine Stirn!

Manfred Wild
Berlin, 20.3.2023

Der Krieg in der Ukraine begann vor neun Jahren

Es hätte alles anders kommen können. Das kann man nicht oft genug betonen. Denn nichts an der Entwicklung in der Ukraine, vom Putsch im Februar 2014 bis zum Bürgerkrieg, war zwangsläufig. Aber die Menschen in der Ukraine waren den westlichen Planern gleichgültig. Es ist tatsächlich schon neun Jahre her, daß der „Übergangspräsident“ der Kiewer Putschregierung die „Antiterroristische Operation“ (ATO), also den Einsatz von Militär gegen den Aufstand im Donbass und damit den Beginn des ukrainischen Bürgerkriegs, befahl.

Anfang April 2014 war es in Charkow, in Donezk und Lugansk zu Besetzungen von Verwaltungsgebäuden gekommen; darin gipfelten die wochenlangen Proteste, die sich als Anti-Maidan gegen die Machtübernahme durch ukrainische Nationalisten in Kiew richteten. Im Grunde keine sensationellen Handlungen, denn genau solche Besetzungen, einschließlich der Erstürmung des einen oder anderen Waffenlagers, hatten als Teil der Maidan-Proteste in den Wochen davor in der Westukraine zu Dutzenden stattgefunden. Diese Besetzungen wurden allerdings in den westlichen Medien, in denen die Erzählung vom „friedlichen Protest“ gepflegt wurde, nie berichtet. Eine der ersten Handlungen der Putschregierung in Kiew bestand darin, sowohl die Partei der Regionen, der der gewählte ukrainische Präsident Janukowitsch angehörte, als auch die Kommunistische Partei der Ukraine zu verbieten. Damit wurden genau die zwei Parteien attackiert, die im russischsprachigen Osten der Ukraine die meisten Stimmen bekamen.

Und bereits am Tag der Verkündigung der ATO fand der erste Angriff auf die Städte Slawjansk und Kramatorsk durch Spezialeinheiten der ukrainischen Armee statt. Berichte von damals belegen, daß schon an diesen Angriffen westliche Vertreter beteiligt waren; „die ukrainischen Spezialeinheiten würden dabei von Kollegen aus den USA beraten“, schrieb damals die Deutsche Welle, die wie alle anderen deutschen Medien kein Problem damit hatte, daß die angeblich so friedlichen Maidan-Vertreter selbst, kaum an die Macht gelangt, politische Auseinandersetzungen mit Waffengewalt führen wollten. Turtschinow wurde damals vom Deutschlandfunk mit der Aussage zitiert: „Wir lassen nicht zu, daß Rußland das Krim-Szenario in den östlichen Regionen der Ukraine wiederholt.“ Die Proteste im Donbass wurden gewissermaßen von der Rhetorik zur Krim verschlungen; in keinem der beiden Fälle waren die westlichen Medien und Politiker bereit, auch nur zur Kenntnis zu nehmen, daß hier die Bevölkerung ihrem Unwillen Ausdruck verlieh. Dabei war es nicht zu übersehen – in den ersten Nächten nach den Besetzungen am 6. April hatten sowohl in Donezk als auch in Lugansk jeweils Tausende über Nacht ausgeharrt, um die besetzten Gebäude zu bewachen, und tagsüber verwandelten sich die Vorplätze in eine Mischung aus politischer Demonstration und Volksfest.

Wäre es im Frühjahr 2014, beim Maidan-Putsch, tatsächlich um Demokratie gegangen, es hätte Verhandlungsbereitschaft geben müssen und keine „Anti-Terror-Operation“. Eine Macht, die selbst eine ausgesprochen schwache Legitimität besitzt, kann es sich eigentlich nicht leisten, ihr politisch anders orientiertes Gegenbild zu Terroristen zu erklären. Die Regierung Turtschinow konnte das aus einem einzigen Grund – weil der gesamte Westen fraglos hinter ihr stand, und die mindestens ebenso legitimen politischen Proteste im Südosten der Ukraine sofort mit dem Etikett „russischer Einflußnahme“ versehen wurden. Im Grunde nahm die westliche Reaktion bereits die Haltung vorweg, die sich heute in bezug auf die Ukraine findet. Denn was mit dieser Unterstützung für die ATO stattfand, war die Übernahme eines Begriffs der Ukraine, der die innere Vielfalt des Landes ignorierte und die Bander-Idelogie zur einzigen ukrainischen Wahrheit erklärte. Die russischsprachigen Ukrainer wurden behandelt, als seien sie keine originären Bürger dieses Staates. Es ist dieser Schwenk hin zu den Anhängern der Nazi-Kollaborateure, der damals bereits sehr eigenartig war, weil er von vorneherein erkennen ließ, daß es gar nicht um die Ukraine ging, sondern einzig um die Möglichkeit, eine Front gegen Rußland zu eröffnen. Dabei war die Behauptung, Rußland stecke hinter dem Aufstand im Donbass, tatsächlich an den Haaren herbeigezogen. Die allerersten Schritte in Richtung der Besetzungen im April fanden zwar Anfang März in Moskau statt, aber nur deshalb, weil die beteiligten ukrainischen Organisationen sich in der Ukraine bereits nicht mehr sicher fühlten; der Ort des Treffens war ein Internet-Sender namens Krasnoje TV, weit abseits russischer Regierungsstrukturen. Tatsächlich war die Reaktion auch in russischen Medien auf die Besetzungen erst einmal überrascht und ein wenig ratlos. Aber davon wollte man im Westen nichts wissen; vielmehr mußte die gewünschte Erzählung mit allen Mitteln aufrechterhalten werden. Auch wenn die Ergebnisse sämtlicher Parlamentswahlen der Ukraine seit 1992 die zwei unterschiedlichen kulturellen Lager so deutlich kennzeichneten, daß jeder Außenstehende sie erkennen konnte. Wären die Proteste im Donbass im Jahr 2014 vom Westen als legitime Meinungsäußerungen aufgegriffen worden, es hätte keine ATO gegeben, und in der Folge keinen Bürgerkrieg. Die russische Regierung protestierte gegen die Gewaltanwendung, nicht anders, als die westeuropäischen Regierungen während des Maidan von Janukowitsch forderten, nicht mit Gewalt gegen die Demonstranten vorzugehen, und Rußlands Außenminister Sergei Lawrow erklärte, es sei nun am Westen, einen Bürgerkrieg zu vermeiden; eine Reaktion, die nicht überrascht und völlig normal und nachvollziehbar ist, wenn im Nachbarland gerade politische Spannungen eskalieren.

Nein, der Westen wollte den Bürgerkrieg. Und es gab nicht das mindeste Erschrecken oder auch nur Innehalten. Dabei hätte es Gründe genug dafür gegeben. Am 2. Mai 2014 beispielsweise oder am 9. Die Liste der Augenblicke, an denen eine Umkehr möglich gewesen wäre, ist endlos. Damals, als die ATO begonnen wurde, hätte mit Sicherheit eine einzige Kritik aus westlichen Ländern genügt, um die Spirale der Gewalt aufzuhalten. Hätte man eine lebendige ukrainische Demokratie gewollt, das Abgleiten in den Krieg hätte verhindert werden müssen. Es gab keine einzige Stimme aus dem Westen, die eine angemessene politische Vertretung des Südostens einforderte oder davor warnte, den Konflikt zu eskalieren.

Statt dessen wurde die Kiewer Position fraglos übernommen. Und der damalige US-Vizepräsident Joe Biden reiste am 22. April in die Ukraine und erklärte noch vor der Abreise, dort „seien prorussische Kräfte am Werk, die mit Hilfe aus Moskau in einer koordinierten Kampagne die Ukraine sabotierten und destabilisierten“. Und auch die EU legte sich auf diese Lesart fest. Damit war deutlich genug signalisiert, daß auf die Menschen dort keinerlei Rücksicht genommen werden müsse. Es war diese Festlegung, die für das Massaker am 2. Mai 2014 in Odessa den Weg bahnte. Bei jedem einzelnen Schritt, mit dem in der Ukraine der Handlungsrahmen eines demokratischen Staates verlassen wurde, gab es den Segen des Westens. Daß Organisationen wie der Rechte Sektor vor den Wahlen Ende Mai einen Terror ausübten, der ohne weiteres mit dem der SA 1933 vergleichbar war, hinderte weder die EU noch die Vereinigten Staaten daran, das Ergebnis dieser Wahlen anzuerkennen, und als der frischgewählte Präsident Petro Poroschenko erklärte, für jeden gefallenen ukrainischen Soldaten müßten hunderte Separatisten mit dem Leben bezahlen, wurde das höflich in deutschen Medien zitiert, als wäre das ein ganz normaler Satz, den ganz normale Politiker sagen, und nicht eine Wiederkehr des Partisanenbefehls der Wehrmacht.

Mit hundert kleinen Billigungen, Verleugnungen und Verniedlichungen hat der Westen, eingeschlossen die deutsche Bundesregierung, die Strecke hin zu dem Krieg bereitet, der bis heute dort tobt. Es gab nie eine politische oder moralische Rechtfertigung, die Bevölkerung des Staates Ukraine in einen Teil mit und einen Teil ohne Rechte zu spalten, die Proteste des einen Teils in den Himmel zu heben und die des anderen zu verdammen. Der 14. April 2014 ist einer der unzähligen Tage, an denen das Verhängnis hätte aufgehalten werden können. Man sollte all diese kleinen Schritte im Gedächtnis behalten; denn nur, wenn man sich an sie erinnert, kann man das wahre Ausmaß der westlichen Arroganz erkennen, mit der heute Rußland Vorhaltungen für einen Konflikt gemacht werden, an dem so eifrig mitgestrickt wurde.

Dagmar Henn

Quelle: RTDE, 14.4.2023

Im Ukraine/NATO-RF-Konflikt – weitere Eskalation statt Verhandlungen

Resultate nach mehr als einem Jahr Ukraine-Konflikt

Rußland hat als Reaktion auf die achtjährige Bekämpfung der Donbass-Republiken mit Tausenden Toten, mit der Zerstörung der dortigen Lebensgrundlagen durch die ukrainische Armee und besonders durch die nazistischen Asow-Bataillone, eine nach UN-Charta gedeckte Notwehraktion in Form einer Spezialoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung in der Ukraine eingeleitet. Innerhalb eines Jahres wurde ca. ein Fünftel des Territoriums im Osten und Süden der Ukraine nach Referenden in die Russische Föderation (RF) eingegliedert. Der militärische Bestand der von der NATO in acht Jahren ausgerüsteten Armee wurde 2,5 Mal vernichtet, mehr als 400 000 Soldaten, darunter viele nazistische Asow-Militärs, außer Gefecht gesetzt oder gefangen genommen sowie die militärisch relevante Infrastruktur und Industrie, besonders der MIK der Ukraine, hochgradig zerstört, aber auch Wohnstrukturen, wobei es zivile Opfer gab. Die RF erreichte diese Ergebnisse mit nur einem Drittel des Personalbestandes im Vergleich zur ukrainischen Armee. Mit einer Teilobilmachung konnten der personelle Mangel annähernd ausgeglichen werden und so die strategische Verteidigungslinie im Osten und Süden der Ukraine mit mehreren Halbkesseln (Bachmut- Solidar, Avdiejewka, Marinka u. a.) nicht nur gehalten, sondern ausgebaut werden.

Der Ukraine gelang es anfangs – durch Fehlentscheidungen Rußlands – Territorien im Nordosten und im Süden zurückzuerobern, militärisch bedeutende Ziele der Streitkräfte der Russischen Föderation (SK der RF) zu vernichten und ihnen personelle Verluste beizubringen sowie Terror- und Diversionen gegen wichtige Objekte in den neuen russischen Territorien und im russischen Kernland mit Teilerfolgen durchzuführen. Alle diese Aktivitäten der Ukraine führten aber nicht dazu, daß sich die strategische Lage zu ihrem Vorteil veränderte. Die Bevölkerung der Ukraine verringerte sich durch die Flüchtlingsbewegung nach Westen (8 Millionen) und nach Osten (bis 3 Millionen) von 37 Millionen vor der Spezialoperation auf weniger als 26 Millionen, was das Mobilisierungspotential erheblich schrumpfen ließ. Mit der inzwischen 9. Mobilisierung sind die Reserven fast erschöpft. Weil die Ukraine ihre Ziele nicht mehr ohne die Unterstützung durch die NATO erreichen kann, hat der kollektive Westen zur Auffüllung dieser Verluste zunächst sowjetische Waffen und später NATO-Waffen mit immer effektiveren Kampffähigkeiten für weit über 100 Milliarden US-Dollar geliefert, Ausbildungsmissionen sowie Geheimdienst- und Aufklärungsdienstleistungen (auch kosmische) zur Verfügung gestellt, Fremdenlegionäre und umfirmierte NATO-Söldner angeheuert und finanziert.

Situation auf dem Gefechtsfeld im einzelnen:

Im Süden und Osten der Ukraine kämpfen einerseits ultranationalistische ukrainische Armee-Einheiten, neonazistische Asow-Bataillone sowie NATO-Söldner und Fremdenlegionäre, die von den USA, der NATO und der EU (insgesamt aus über 50 Ländern) mit militärischem Know how und viel Geld ausgerüstet, ausgebildet und geführt werden. Deren Aufgaben bestehen in der Umsetzung der durch die Ukraine per Gesetz festgelegten Rückeroberung der Donbass-Republiken, die sich durch Referenden wegen der neonazistischen und antirussischen Ausrichtung des ukrainischen Staates von ihm losgesagt haben, sowie in der Schaffung günstiger Ausgangspositionen für die Durchführung einer neuen Offensive.

Mit den neusten NATO-Waffen – weitreichenden Raketen- und Raketen-Werfer-Systemen, Flugzeugen, Hubschraubern und Luftverteidigungsmitteln, Panzertechnik (die BRD liefert von den fast 200 Panzern zwei Drittel) – muß die NATO trotz der Schnellausbildung von Ukrainern in ihren Ländern immer mehr Bedienungs- und Instandsetzungspersonal, aber auch solches zur Truppenführung in die Ukraine schicken. Dieser Trend betrifft immer mehr in ukrainische Uniformen gesteckte NATO-Soldaten aus Polen und Rumänien, die die Kampftruppen z. B. in Bachmut und um Charkow verstärken mußten, da die hohen Verluste der ukrainischen Streitkräfte (ukr. SK) auch mit Fremdenlegionären und NATO-Soldaten bisher nicht ausgeglichen werden konnten.

Die Ukraine provoziert und heizt die Eskalation an

Die Ukraine setzte im russischen Kernland und in Belarus mit westlicher Unterstützung (GB) Diversionen, strategische Drohnen „Strich“ aus Sowjetzeiten, aber auch in Dnepropetrowsk produzierte operativ-taktische Raketen „Capsan“ und solche mittlerer Reichweite „Grom-2“ sowie US-amerikanische Himars-Systeme zur Zerstörung von kritischer Infrastruktur ein, wobei die Masse dieser Terroranschläge mit tieffliegenden Drohnenschwärmen in letzter Zeit mittels modernisierter russischer LV-Komplexe vom Typ „Panzir“ u.a., abgewehrt werden konnte. Die Ukraine ist gemeinsam mit den westlichen Kriegsinitiatoren so weit gegangen, daß sie von den USA den Abschluß von russischen Militärputniks forderte, da letztere die Effektivität des für die Führung und Waffenlenkung wichtigen „Starlink“-Systems stark dezimierten. Damit wäre der Krieg in den Kosmos getragen worden, was einen Weltkrieg hätte auslösen können. Den Protesten und Warnungen Chinas und Rußlands ist es zu verdanken, daß es nicht dazu kam. Die Ukraine und die USA haben beschlossen, die Biolabore in der Ukraine, die nach russischen Analysen in der Lage sind,

Komponenten für chemische Waffen herzustellen, wieder zu betreiben. In diesem Zusammenhang hat die russische Seite aufgedeckt, daß die ukrainischen und westlichen Geheimdienste eine Fake-Operation in Samy vorbereiten, bei der ein russischer Angriff mit chemischen Waffen imitiert werden soll, um die russischen Streitkräfte vor der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren und somit von den eigenen Kriegsverbrechen, die in letzter Zeit zur Sprache kamen, abzulenken.

Großbritannien hat beschlossen, gemeinsam mit den „Challenger“-Panzern, Munition mit abgereicherem Uran an die Ukraine zu liefern, um damit die Panzerungen der russischen Waffen besser durchdringen zu können. Der Einsatz dieser Munition hinterläßt radioaktive und hochgiftige Partikel mit schwerwiegenden Folgen für die Umwelt und die Bevölkerung, wie aus deren Einsatz durch das US- und NATO-Militär im Jugoslawienkrieg und anderen Kriegsschauplätzen bekannt wurde. Auch die reagierende Seite des Konflikts verfügt über ähnliche Munition, hat sich aber zu dessen Einsatz noch nicht geäußert. Die Ukraine/NATO-SK sollten sich nach den veröffentlichten US-Geheimdienstinformationen (Scott Ritter findet diese echt) auf eine Frühjahrsoffensive über Militopol zur Krim sowie in die Richtungen Cherson, Donbass und Charkow bis Ende April vorbereiten. Durch die Veröffentlichung des Angriffsplanes, die hohen Verluste, durch das schlechte Wetter und durch die Aufstellungs- und Ausrüstungsprobleme bei den 12 vorgesehenen Brigaden mit je 4 000 Mann, von denen fünf noch nicht voll aufgestellt und sechs noch nicht mit den NATO-Waffen-Panzern, gepanzerten Fahrzeugen, Raketen, Drohnen, Mehrfachraketenwerfern, Artilleriesystemen und Munition komplettiert sind, soll die von den US-Militärs geplante Großoffensive auf den Sommer oder Herbst verschoben werden (Stand: 15.4.23).

Der Sicherheitsberater des ukrainischen Präsidenten M. Podoljak, ein übler Rußlandhasser, teilte per Radio Swoboda schon mal im voraus mit, was auf der Krim nach deren Rückeroberung passieren wird. So soll auf der Krim alles Russische ausgelöscht werden. Dazu gehört die Ausmerzung der russischen Sprache, der Geschichte und der Kultur der Insel sowie die Lustrierung (Durchleuchtung) aller Bewohner sowie Bestrafung der „Kollaborateure“, auch ohne Gerichtsbeschuß, z. B. durch Streichung der Renten, durch Arbeitsverbote, bis hin zur Aberkennung der Bürgerrechte. Staatsbedienstete der RF auf der Krim sollen als „Landesverräter“ abgeurteilt und deportiert werden. Alle Rechtsgeschäfte und Verträge der russischen Zeit werden gekündigt und Rückübertragungen vorgenommen. Die Krimbrücke wird gesprengt. Nach seinen mathematischen Berechnungen sollen diese Prozesse in fünf bis sieben Monaten umgesetzt werden. Wenn irgendjemand Zweifel über den Charakter des ukrainischen Staates hatte, so sind

diese wohl hiermit ausgeräumt. Die Ukraine ist ein ultranationalistischer Staat mit nazistischer Staats- und Armeeführung.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß, wie der kürzliche Besuch von Selenskij in Polen zeigt, in der Ukraine und in Polen ernsthaft darüber nachgedacht wird, Voraussetzungen zur Bildung einer Konföderation oder Union beider Staaten zu schaffen, wozu auch die Aufhebung der gemeinsamen Grenze gehört (die Ukraine will auf diesem Wege schnell Mitglied der NATO und der EU werden). Auf diese Weise könnte der ukrainische Staat ganz verschwinden, und Selenskij kalkuliert offenbar, bei einer Niederlage seine Haut retten zu können. Die Realisierbarkeit und internationale Anerkennung des Konstrukts sind unklar.

Rußland: Die russischen Truppen vertreten mit tschetschenischen Einheiten, Milizen der LVR und DVR sowie Wagner-Söldnern die reagierende Seite, welche auf die ukrainisch-westliche Eskalation mit immer mehr Personal und Technik, darunter auch High-Tech-Waffen, für die volle Einnahme der bereits in die RF eingegliederten Territorien, für die weitere Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine, aber auch für die besten Ausgangspositionen einer effektiven strategischen Verteidigung antwortet. Die Luftstreitkräfte der RF erhielten eine neue Hauptaufgabe: die Bekämpfung der vom Westen neu gelieferten Waffen, um diese möglichst nicht zum Einsatz kommen zu lassen. Auch die kritische Infrastruktur der Ukraine wurde und wird weiterhin gezielt bekämpft, um die Möglichkeiten für die geplante ukrainische Offensive einzuschränken. Dazu können Drohnen (immer mehr aus eigener Entwicklung und Produktion), Flügelraketen, für besonders harte Ziele, sogar Iskander- und Hyperschallraketen (Kinshal) und Großbomben (KAB 3 000, 1 500 kg), modernisierte Panzer der Typen T-55, T-62, T-72, T-80, T-90, Terminator, Raketenwerfer verschiedener Reichweiten und Wirkungen (darunter baro-thermische Raketenwerfer, Solnzepjok – Sonnenbräter), Kampfflugzeuge und Hubschrauber, neue Systeme des funkelektronischen Kampfes – „Tirada-2“ u. a. (mit denen z. B. die „Starlink“-Systeme funktionsuntüchtig gemacht werden können) und viel modernisierte Artillerie, aber auch ältere Modelle, eingesetzt werden.

Demnächst muß die Ukraine mit einer modernen nur zwei Meter kurzen präzisen, tief fliegenden und sehr effektiven russischen Rakete (in Serienproduktion und bereits in größeren Stückzahlen vorhanden) rechnen, die mit Mi-8-Hubschraubern gegen gepanzerte Ziele eingesetzt werden kann und die gemeinsam mit den neuen treffsicheren russischen Kampfdrohnen das Kräfteverhältnis auf dem Gefechtsfeld zu Gunsten der RF verändern können. Während der kollektive Westen kostenlos fast den gesamten Waffenbedarf der Ukraine mit einer schwer handhabbaren und daher uneffektiven Typenvielfalt liefert, stützt sich Rußland hauptsächlich auf die noch in großer Stückzahl vorhandenen sowjetischen Waffen, die preisgünstig und schnell modernisiert werden, auf Erzeugnisse des eigenen MIK, auf Flugzeuge (Su-25), Raketen-Komplexe (Iskander u. a.) sowie moderne Chips (produziert auf 2019 gelieferter taiwanischer und japanischer Ausrüstung), LV-Systeme und anderen militärischen Komponenten aus Belarus, auf iranische Drohnen und ballistische Raketen, auf ägyptische ballistische Raketen, auf nordkoreanische Munition und bei Notwendigkeit auf die Produktion von neusten Waffen nach chinesischen Militärtechnologien und Hochleistungs-Chips.

Beide Seiten befinden sich, trotz der verbissenen und blutigen Kämpfe, in einer annähernden Pattsituation, wobei mal die eine oder die andere Seite kleinere taktische Siege erringt oder Niederlagen und Verluste erleidet, aber die SK der RF dabei Vorteile verbuchen können. Das zeigt sich besonders in Bachmut, wo die Wagner-Gruppierung in Verbindung mit Luftlande- und Artillerie-Einheiten nach der vollen Einkreisung der Stadt kurz vor der Einnahme steht (Stand: 15.4.23).

Es ist aber derzeit auch verhandlungsbereit, wenn die Kampfhandlungen gegen die Minderheiten in der Ukraine eingestellt sowie die militärischen Resultate der Spezialoperation und die Reklamationen für die Zerstörungen im Donbass ab 2014 anerkannt werden und die Ukraine und der kollektive Westen die NATO- und EU-Freiheit sowie eine atomwaffenfreie Ukraine garantieren. Akzeptiert werden müßten von der Ukraine ihre Entmilitarisierung, der Schutz der russischsprachigen Bevölkerung, offene Grenzen zur RF sowie

die Aufhebung von Sanktionen und Strafverfolgungen. Außerdem akzeptiert die RF keinen antirussischen Staat an seinen Grenzen. Die personellen Verluste der Seiten während der gesamten Kampfhandlungen im Ukraine-/NATO-RF-Konflikt sollen nach den veröffentlichten US-Geheimdokumenten auf ukrainischer Seite 315 000 Gefallene und bei der RF ca. 80 000 betragen, woraus sich ein Verhältnis Ukraine – RF von ca. 4:1 ergibt.

Rußland kann diese fürchterlichen Verluste, wegen des um ein Mehrfaches höheren Mobilisierungspotentials ausgleichen und führt bereits über eine längere Zeit eine „weiche“ Mobilisierung auf freiwilliger Basis durch, die in dieser Form von einer Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird. Wehrpflichtige sollen nicht oder nur im logistischen Bereich in der Spezialoperation eingesetzt werden.

Die hier aufgeführten Fakten zwingen jeden realistisch denkenden Menschen dafür einzutreten, daß dieser immer weiter tötende und zerstörerische Krieg so schnell wie möglich beendet wird. Leider spaltet die unterschiedliche Betrachtung des wirklichen Beginns der Kampfhandlungen in der Ukraine und die stark voneinander abweichenden Vorstellungen über die notwendigen Schritte zur Beendigung des Konfliktes sowie bei der Bewertung der Schuldfrage die Friedensbewegung.

Offene Fragen anstelle eines Resümees:

1. Werden die durch die Ukraine und die NATO geplanten Maßnahmen und Schritte ausreichen, die enormen Verluste der Ukraine auszugleichen, die russische Verteidigung zu durchbrechen und alle abtrünnigen ukrainischen Territorien wieder einzugliedern?
2. Werden die Ukraine, der kollektive Westen sowie die Russische Föderation jedes Resultat der vorgesehenen Offensive akzeptieren und bereit sein, in Verhandlungen zur Beendigung des Ukraine /NATO-RF-Konflikts einzutreten?

Zur Vermeidung von unbeherrschbaren Risiken müßten alle mit Vernunft ausgestatteten Kräfte für das Nichtstattfinden dieser mörderischen Offensive und für sofortige Verhandlungen zur Beendigung des blutigen und zerstörerischen Konfliktes aufstehen.

Oberst a. D. Gerhard Giese



Plakat der Friedenskoordination, das auf dem Ostermarsch in Berlin am 8. April mitgeführt wurde

Foto: Wolfgang Dockhorn

Ansage Richtung Washington

BRICS-Staaten und globaler Süden: Brasiliens Präsident rechnet in Shanghai mit dem Westen und dessen Banken- und Kreditsystem ab.

Die Welt verändert sich vor unseren Augen. Nehmen wir einfach den 13. April – ein „normaler“ Tag für politische Beobachter und schauen auf einige markante Meldungen aus dem Nachrichtenticker:

Zwanghafte Dominanz: Ungarns Regierung gab der Erpressung Washingtons nach und beendete die Beteiligung an der Internationalen Investitionsbank (IIB), wie *Reuters* am selben Tag meldete. Das Institut mit Sitz in Budapest war seit langem ein Dorn im Auge Washingtons – vor allem, weil Rußland vor Ungarn die größten Anteile hält. Am Tag zuvor hatte die US-Administration Sanktionen gegen drei Topmanager der Bank angekündigt, zwei russische und einen ungarischen Staatsbürger.

Geldnot: Die Ukraine und die Republik Moldau fordern die beschleunigte Aufnahme in die EU. Die beiden demokratischen Muster-schüler wollen vermutlich, daß die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre eklatanten Defizite finanzieren. Dafür läßt man gerne die „westlichen Werte“ hochleben.

Anmaßung: In der niederländischen Hauptstadt Den Haag sonnt sich nicht nur der Internationale Strafgerichtshof im Lichte seiner Bedeutung. Von dem wurde bekanntlich – und zur allgemeinen Erheiterung – der Präsident Rußlands zur Fahndung ausgeschrieben. Hier urteilt auch ein „Ständiger Schiedsgerichtshof“ – früher einmal eine durchaus angesehene Institution – und gestand dem ukrainischen Konzern Naftogas 4,5 Milliarden US-Dollar Entschädigung durch Rußland zu, weil Moskau die Krim völkerrechtswidrig okkupiert habe. Prognose: Vermutlich uneinbringlich.

Warnung: Das Ölkartell OPEC warnte vor einer deutlichen Unterversorgung der Welt mit dem fossilen Rohstoff in diesem Jahr. Grund sei eine überraschend von der OPEC und ihr verbundener weiterer Förderländer (OPEC plus) angekündigte Förderreduzierung, die man durchaus als Antwort auf einen von der EU beschlossenen „Preisdeckel“ für russisches Erdöl verstehen kann. In der OPEC plus sind Saudi-Arabien und Rußland die mit Abstand größten – und einflussreichsten – Förderstaaten. Die Anfang April beschlossene Verknappung ließ den Weltmarktpreis deutlich ansteigen.

Kampfansage: Wichtigstes Ereignis dieses Tages war vermutlich eine Rede des brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio „Lula“ da Silva bei einem Besuch in China. Aufhänger dafür war formal die Übernahme der Präsidentschaft der Neuen Entwicklungsbank (New Development Bank; NDB) durch seine ehemalige Amtsnachfolgerin Dilma Rousseff. Lula, der nach seinem Wahlsieg auch in EU-Kreisen

als eine Art Hoffnungsträger für Brasilien gehandelt worden war, nutzte den Besuch, um mit dem vom US-Dollar dominierten Banken- und Kreditsystem des Westens abzurechnen und gleichzeitig die NDB als herausragendes neues Finanzierungsinstrument der BRICS-Staaten (Brasilien, Rußland, Indien, China, Südafrika) zu loben.

Mit Blick Richtung Internationalen Währungsfonds (IWF), einer in Washington ansässigen und von den USA beherrschten Institution, die zusammen mit der Weltbank 1944 als Herrschaftsinstrument der USA im US-Kurort Bretton Woods etabliert worden war, legte sich das brasilianische Staatsoberhaupt dann keinerlei diplomatische Zurückhaltung auf: „Kein Regierungschef kann mit dem Messer an der Kehle arbeiten, weil er Geld schuldet“, sagte Lula in der chinesischen Wirtschaftsmetropole Shanghai. Er spielte dabei auf das Prozedere der IWF an, Kredite nur gegen finanzielle und politische Auflagen zu gewähren – die dann wiederum drastischen Einfluss auf Wirtschaft und Wohlstand in den Gläubigerstaaten haben. Es sei nicht angebracht, „Volkswirtschaften weiterhin zu unterdrücken, wie es derzeit mit Argentinien durch den IWF geschieht“, so Lula weiter.

Brasiliens Nachbarland hatte es vor zwei Jahrzehnten unter dem damaligen Präsidenten Nestor Kirchner gewagt, sich gegen den IWF-Druck und die Rolle der internationalen Geldgeber aufzulehnen und einen Schuldenschnitt zu verordnen. Das stieß auf den Widerstand vor allem von US-Finanzspekulanten, die argentinische Schuldverschreibungen billig aufkauften und dann in den USA klagten. Ein Bundesrichter – wie US-Senatoren oder Minister davon fest überzeugt, dem Rest der Welt meilenweit überlegen zu sein – verkündete schließlich, Argentinien habe den Spekulanten den Nennwert der Schulden zu zahlen. Das Ganze verbunden mit dem Druck, keine neuen Devisenkredite für wichtige Importe mehr aufnehmen zu können, ließ dann Argentinien Staatsführung nach der Ära Kirchner einknicken. Man bettelte beim IWF, bekam Geld, Auflagen und der ganze Teufelskreis nahm erneut Fahrt auf. Soziale Einschnitte, weitere Verarmung, Proteste, Flucht von Unternehmen und Rezession plagten das Land und ein Ausweg ist unter Dollar-Dominanz nicht in Sicht. Argentinien, eines der vor hundert Jahren reichsten Länder der Erde, ist beim IWF mit rund 44 Milliarden Dollar verschuldet. Den Währungsfonds ficht das alles nicht an. In Washington besteht man weiter auf „Reformen“ wie die Kürzung von Subventionen (für Ärmere, kleine Betriebe etc.) und den Aufbau von Devisenreserven. Deutlich wie kaum ein anderer Staatschef einer der großen Wirtschaftsnationen kritisierte Lula in seiner Rede die Dominanz des US-Dollars im internationalen Handel. „Warum können wir nicht in unserer eigenen Währung handeln?“, fragte er. „Wer hat entschieden, daß es der Dollar ist? Wir brauchen eine Währung, die die Länder in eine etwas

ruhigere Situation bringt, denn heute muß ein Land dem Dollar hinterherlaufen, um zu exportieren.“

Mit der Neuen Entwicklungsbank verbindet Lula große Hoffnungen. Sie müsse und werde einen anderen Weg gehen als IWF, Weltbank oder andere US-dominierte Institutionen, bot Lula als Kontrastprogramm zu den westlichen Bretton-Woods-Spielchen an. „Die Bank soll Geld verleihen, um den Ländern zu helfen und nicht, um die Entwicklungsländer zu unterdrücken“, sagte er. „Die Entscheidung, diese Bank zu gründen, war ein Meilenstein im gemeinsamen Handeln der Schwellenländer. Aufgrund ihrer Dimensionen, der Größe ihrer Bevölkerung, des Gewichts ihrer Volkswirtschaften und des Einflusses, den sie in ihren Regionen und in der Welt ausüben, können Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika wichtige internationale Probleme nicht ignorieren. Der ungedeckte Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer war und ist enorm.“

Dem Staatschef zufolge schränke das Fehlen wirksamer Reformen traditioneller Finanzinstitute das Volumen und die Kreditmodalitäten bestehender Banken ein. Doch die NDB sei anders: „Erstmals wird eine Entwicklungsbank mit globaler Reichweite ohne Beteiligung entwickelter Länder in der Anfangsphase gegründet. Daher frei von den Fesseln der Konditionalitäten, die traditionelle Institutionen Schwellenländern auferlegen. Und mehr: mit der Möglichkeit, Projekte in lokaler Währung zu finanzieren“, so Lula in Shanghai.

Und der Staatsmann ist zuversichtlich: „Die Gründung dieser Bank zeigt, daß die Union der Schwellenländer in der Lage ist, relevante soziale und wirtschaftliche Veränderungen für die Welt herbeizuführen. Wir wollen nicht besser sein als andere. Wir wollen Möglichkeiten, unser Potenzial zu erweitern und unseren Völkern Würde, Staatsbürgerschaft und Lebensqualität zu garantieren. Daher müssen wir nicht nur weiter auf eine wirksame Reform der Vereinten Nationen, des IWF

Am 20. März 2023 starb Oberst a. D. der NVA

BERND BIEDERMANN

im Alter von 81 Jahren in Berlin. Wir verneigen uns vor der Lebensleistung des gestandenen Kommunisten, der u. a. als Militärdiplomat von 1979 bis 1982 in Peking und von 1984 bis 1988 als Militär-, Marine- und Luftwaffenattaché bei der Botschaft der DDR in Brüssel und Luxemburg tätig war.

Auch in unseren Reihen genoß Bernd Biedermann durch seine fundierten Vorträge in Regionalgruppen und „RotFuchs“-Beiträge hohes Ansehen. Wir werden Bernd ein bleibendes Andenken bewahren.

und der Weltbank hinarbeiten und die Handelsregeln ändern, sondern auch die G-20 (deren Vorsitz Brasilien 2024 übernehmen wird) und die BRICS mit dem Ziel, vorrangige Themen für die Entwicklungsländer auf der internationalen Agenda zu stärken. Die Neue Entwicklungsbank hat ein großes Transformationspotenzial, da sie Schwellenländer von der Unterwerfung unter traditionelle Finanzinstitute befreit, die beabsichtigen, uns zu regieren, ohne dafür ein Mandat zu haben.“ Auch wenn das Ziel eine extrem große Herausforderung ist, könnte die NDB durchaus diese Rolle übernehmen. Inzwischen haben

sich ihr auch Bangladesch, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und Uruguay angeschlossen. Weitere Staaten des globalen Südens haben Interesse bekundet – und das nicht nur an der Bank, sondern auch an dem Staatenbund. Brasilien (Nummer 8 der weltgrößten Volkswirtschaften), Rußland (Nummer 6), Indien (Nummer 3), China (Nummer 1) und RSA (Nummer 32; alles nach IWF-Angaben zum kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukt 2021), müssen bald entscheiden, wie es weitergeht. Um Aufnahme suchen u. a. nach: Indonesien (Nummer 7), Mexiko (Nummer 13) oder Algerien (Nummer 43). Auch den Saudis

und der Türkei unter Erdogan werden Ambitionen in dieser Hinsicht nachgesagt. Klar ist, daß die BRICS ihre Stärke nur zur Geltung bringen können, wenn sie sich entschieden vom Dollar und seinen institutionellen Folterinstrumenten wie US-Notenbank Fed, US-Finanzministerium und dem gesamten westlichen Bankensystem emanzipieren können. Die ökonomische Basis ist vorhanden. Der politische Wille wächst. Jetzt kommen, um mit Brecht zu sprechen, die Mühen der (Finanz-)Ebenen.

Klaus-Dieter Fischer
Berlin

Chinas Standpunkt zur Ukraine-Krise und zur Entstehung einer multipolaren Welt

Der französische Präsident Macron und die Chefin der europäischen Kommission von der Leyen trafen Anfang April mit dem chinesischen Präsidenten Xi zusammen. Dabei ging es u. a. auch um den Ukraine-Konflikt.

Xi betonte, daß China seinen Standpunkt stets unabhängig und auf der Grundlage der Sachlage selbst festgelegt habe. Chinas Herangehensweise an die Ukraine-Frage sei es, alle Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen. Es fordere deshalb alle Parteien auf, ruhig und vernünftig zusammenzuarbeiten, um die Voraussetzungen für eine Wiederbelebung der Friedensgespräche zu erreichen. Die dringendste Aufgabe bestehe darin, einen Waffenstillstand zu erreichen, den Krieg zu beenden und nicht noch weiteres Öl ins Feuer zu gießen.

China werde weiterhin eine aktive Rolle spielen und die EU dabei unterstützen, auf der Grundlage ihrer eigenen Interessen Vorschläge für eine politische Lösung der Ukraine-Krise zu unterbreiten. Die Basis für eine solche Herangehensweise könnten die 12 in dem chinesischen Positionspapier zur politischen Lösung der Ukraine-Krise angeführten Punkte bilden.

China verurteilte Rußland nicht für seine Rolle im Ukrainekonflikt, unterstützt aber den russischen Wunsch nach dem Aufbau eines ausgewogenen, effektiven und nachhaltigen europäischen Sicherheitsrahmens.

Macron sprach die militärische Hilfe Chinas für Rußland an. Laut offizieller chinesischer Verlautbarung träfe das nicht zu, was jedoch durch Frankreich und den kollektiven Westen angezweifelt wird, da China Hochleistungschips sowie militärische Technologien und die Lizenzen für die Produktion von chinesischen Waffen der RF und Belarus bereitstellt. China, welches trotz der Übergabe modernster russischer Atomtechnologien zur beschleunigten Plutoniumproduktion und der Lieferung von hoch angereichertem Uran, den russischen Atomschirm noch über mehrere Jahre nutzen muß, bis es mit den USA und der RF bei der Anzahl der atomaren Gefechtsköpfe gleichzieht, kann sich einfach

einem russischen Hilfeersuchen nicht völlig entziehen. Das muß der Westen als realen Fakt zur Kenntnis nehmen.

Proatlantisch orientierte Kräfte Europas lehnen die Bereitschaft mehrerer europäischer Länder, mit China über die Ukraine-Krise zu sprechen, kategorisch ab und setzen alles daran, die Rolle Chinas in der Ukraine-Krise zu verdrehen. So erklärte NATO-Generalsekretär Stoltenberg, China würde einen „historischen Fehler“ begehen, wenn es Rußland letale Hilfe zukommen ließe.

Dazu äußerte die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums Mao Ning: „Wenn es um die Verantwortung in der Ukraine-Krise geht, sollten die USA und die NATO diese auch übernehmen.“ Die NATO sei „nicht qualifiziert, China unter Druck zu setzen“.

Mit der Unterzeichnung bedeutender bilateraler Kooperationsdokumente durch Macron und Xi, insbesondere im der Luftfahrt (wodurch der US-Konkurrent klar das Nachsehen hat), setzt sich Frankreich, entgegen den Wirtschaftskriegsaktivitäten der USA gegen China, für die Fortsetzung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit letzterem ein. Solange sich die EU nicht an die Seite der USA stellt, sich abkoppelt oder Lieferketten abschneidet und sich nicht auf einen von den USA angezettelten neuen Kalten Krieg einläßt, werden die chinesisch-europäischen Beziehungen auf den richtigen Weg zurückkehren, sagte Wang Yiwei, Direktor des Instituts für Internationale Angelegenheiten an der Renmin-Universität, gegenüber der Global Times.

Brasilians Präsident Lula, der China vor kurzem ebenfalls einen offiziellen Besuch abstattete, ist der Ansicht, daß die NATO nicht in der Nähe der Grenzen Rußlands angesiedelt werden sollte. Er riet der Ukraine, Rußland mit der Anerkennung der Krim als russisches Territorium zu signalisieren, daß die Ukraine bereit ist, über die Bedingungen zur Beendigung des Konfliktes mit Rußland zu verhandeln.

Lula betonte, daß Brasilien eine engere bilaterale Zusammenarbeit mit China anstrebe und dabei nicht nur die traditionelle Wirtschafts- und Handelskooperation, sondern auch die

Kooperation bei neuen Technologien und in der digitalen Wirtschaft gefördert werden sowie die Verwendung des Yuan bei der Handelsabwicklung Anwendung finden sollte. Das könnte ein Modell für die Förderung des Yuan in der gesamten lateinamerikanischen Region werden, erklärten beide Seiten.

Zur Gestaltung einer neuen Weltordnung komme der Zusammenarbeit zwischen den BRICS-Staaten eine große Bedeutung zu, betonten die Vertreter Brasiliens und Chinas. Es gehe um eine neue Art von Kooperationsmechanismus im Rahmen des Multilateralismus, die gerade im Entstehen sei.

Dazu müsse in bezug auf den Krieg in der Ukraine schnellstens eine politische Lösung erkämpft werden.

Während US-Außenminister Blinken Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau derzeit ausschließt, äußerte der indische Außenminister, daß der Krieg in der Ukraine schnellstens mit diplomatischen Mitteln beendet werden muß, um eine Ausdehnung desselben auf andere Länder und auf die Weltwirtschaft nicht zuzulassen. Indien hilft Rußland dabei, die US- und EU-Sanktionen durch Aufkauf von großen Mengen an russischem Flüssiggas und Rohöl sowie die Isolierungsmaßnahmen des Westens zu umgehen. Es setzt die Zusammenarbeit mit Rußland auf militärischem und energetischem Gebiet fort.

Eine ähnliche Haltung vertritt Südafrika, welches vor kurzem Marinemanöver vor seiner Küste mit Schiffen der russischen und chinesischen Marine durchführte.

Die Türkei unterhält mit Rußland trotz des Ukrainekrieges politische Abstimmungen und wirtschaftliche Beziehungen. Beide Länder stimmen überein, daß die instabile geopolitische Situation die Schaffung eines Gasknotenpunktes notwendig macht. Die Türkei hat auch an der Verlängerung des Getreideabkommens aktiv mitgewirkt und tritt für Verhandlungen zur Beendigung des Ukraine-Konfliktes ein, was bei dem jüngsten Treffen der Außenminister beider Länder zum Ausdruck gebracht wurde.

Dr. h.c. Gerhard Giese

Der lange Arm des Pentagon

Die ukrainisch-amerikanische Biowaffenforschung

Die am 24. Februar begonnene „militärische Spezialoperation“ Rußlands in der Ukraine verfolgte von Anfang an das Ziel, die faschistischen Machtstrukturen der Ukraine zu zerschlagen – ein Ziel, das noch längst nicht erreicht ist.

Bereits in den ersten Tagen nach Beginn der kriegerischen Auseinandersetzungen wurden von russischer Seite immer wieder Vorwürfe erhoben, die USA und andere NATO-Staaten würden in der Ukraine Forschungen im Zusammenhang mit biologischer und chemischer Kriegsführung betreiben. Als das russische Außenministerium am 6. März erklärte, man habe stichhaltige Beweise für eine intensive Zusammenarbeit von Ukraine und USA auf dem Gebiet der biologischen Kriegsführung gefunden, tönte es in den deutschen Propagandamedien unisono: „Fake News!“

Ausgerechnet Victoria Nuland, ihres Zeichens Staatssekretärin des amerikanischen Außenministeriums, bestätigte Anfang März in einer Befragung vor dem Ausschuß des Senats die Existenz von „biologischen Forschungseinrichtungen“ mit eindeutig militärischem Forschungshintergrund in der Ukraine. Auf eine entsprechende Frage des republikanischen Senators Marco Rubio antwortete sie: „Die Ukraine besitzt biologische Forschungseinrichtungen, und momentan machen wir uns recht große Sorgen, daß russische Truppen, russische Streitkräfte, versuchen könnten, sie unter Kontrolle zu bringen. Deshalb arbeiten wir mit den Ukrainern daran, zu verhindern, daß diese Forschungsmaterialien den russischen Streitkräften in die Hände fallen, falls sie sich nähern.“ Nun lag der ungeliebte Beweis klar auf dem Tisch. Doch seltsam: Während die Fake News-Rufe zuvor die Titelseiten sämtlicher Zeitungen und die Talkshows aller Sender füllten, war Nulands Aussage bestenfalls eine kleine Randnotiz in der untersten Ecke einer Innenseite wert, wurde sie in den Nachrichten – wenn überhaupt – nur unter „ferner liefen“ erwähnt. Seitdem – Stillschweigen. Da ist es nur konsequent, daß man in den BRD-Mainstreammedien und der westlichen Welt vergeblich nach den Ergebnissen der Analysen jener Dokumente sucht, die den russischen Streitkräften in den ersten beiden Kriegswochen in die Hände fielen. Sie belegen, daß die USA seit mehr als 10 Jahren eine Vielzahl von Forschungsprojekten im Zusammenhang mit der Entwicklung von biologischen Waffen auf dem Gebiet der Ukraine betreiben – in enger Kooperation mit dem ukrainischen Gesundheitsministerium und in direkter Verletzung der UN-Sicherheitsresolution Nr. 1540 zum Verbot von Massenvernichtungswaffen (verabschiedet am 28.4.2004). Besonders pikant dabei: Forschungen im Zusammenhang mit der Entwicklung biologischer und chemischer Waffen sind in den USA gesetzlich verboten; man will den eigenen Hof sauber halten. Das Risiko tragen andere.

Regel Nr. 1: Hinterlasse keine Spuren

Es mußte auf jeden Fall verhindert werden, daß die Ergebnisse der verbotenen ukrainisch-amerikanischen Forschungsprojekte in russische Hände fallen. Schon im Januar/Anfang Februar 2022 wurde daher ein Teil der in den Laboren untersuchten Bakterien- und Virenkulturen über Odessa nach Amerika ausgeflogen. Unmittelbar nach Beginn



der Kampfhandlungen gab das ukrainische Gesundheitsministerium auf ausdrückliche Anweisung von Präsident Selenskij den Befehl zur Vernichtung der noch existierenden biologischen Pathogene (Befehl Nr. 64/2022). Noch am selben Tag meldeten die Verantwortlichen eines der Charkower Labore Vollzug; gleiches gilt für das Labor in Poltawa.

Who-is-Who

Bereits seit mehr als 20 Jahren führt das DTRA (Department Threat Reduction Agency) bzw. das Pentagon chemische und biologische Forschungsprogramme in der Ukraine und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken durch.

Eine Schlüsselrolle bei der Initiierung und Finanzierung der amerikanisch-ukrainischen Forschungsprojekte nimmt ausgerechnet Hunter Biden ein. Der Sohn des amtierenden amerikanischen Präsidenten bildet gewissermaßen das Bindeglied zwischen der ukrainischen Regierung und den vom Pentagon finanzierten, maßgeblich an den verbotenen Bio-Forschungen beteiligten Unternehmen Black & Veatch (B & V) und Metabiota. In einer an Hunter Biden gerichteten E-Mail vom 4.4.14 macht Metabiota-Präsidentin Mary Cuttleri aus den Ambitionen ihrer Firma keinen Hehl: „... wie wir unser Team, unser Netzwerk und unsere Konzepte wirksam einsetzen können, um die kulturelle und ökonomische Unabhängigkeit der Ukraine von Rußland und die kontinuierliche Integration des Landes in die westliche Welt zu bewerkstelligen ...“

Eine weitere Schlüsselfigur der ukrainisch-amerikanischen Biowaffenforschung ist Robert Pope, von 2017 bis 2020 Direktor des DTRA. Er war maßgeblich an der Einrichtung eines zentralen Depots für gefährliche Mikroorganismen in Kiew beteiligt. In einem Brief an den damaligen ukrainischen Minister für Gesundheitsschutz Uljan Suprun (der übrigens die amerikanische Staatsbürgerschaft hat), hebt Pope ausdrücklich die Kooperationsbereitschaft des ukrainischen Gesundheitsministeriums für die angestrebte Intensivierung der Zusammenarbeit hervor. Wichtig ist ihm vor allem, daß amerikanische Spezialisten so schnell wie möglich uneingeschränkter Zugang zu den ukrainischen Bio-Instituten erhalten und daß das o. g. Zentraldepot seine Arbeit aufnimmt. Die dort aufbewahrten Erregerstämme wurden Anfang Februar 2022 nach Amerika verbracht.

Der Umfang des amerikanischen Engagements wird auch an der Existenz einer Zweigstelle des DTRA in der Ukraine deutlich. Leiterin dieses Büros in den Jahren nach 2010 war Joanna Wintrol. Unter ihrer persönlichen Aufsicht wurden u. a. die Projekte UP-4, UP-6 und UP-8 realisiert. Erreger von Anthrax (Milzbrand), Kongo-Fieber, Leptospirose – die Liste der im Rahmen dieser Projekte bearbeiteten Stämme läßt keinen Zweifel an der Natur dieser Forschungen.

Das ukrainische Engagement des bereits erwähnten Unternehmens Black & Veatch datiert zurück bis ins Jahr 2008, großzügig finanziert vom Pentagon. In einem Doklat der Chersonsker Abteilung der ukrainischen Spezialkräfte aus dem Jahre 2017 wird die Besorgnis über die durch die auf dem Gebiet des Chersonsker Bezirks durchgeführten Forschungen entstehenden Gefahren überdeutlich zum Ausdruck gebracht: „... In der

Wenige Tage vor seinem 67. Geburtstag starb am 17. April nach kurzer, schwerer Krankheit

Jürgen Claußner

Er hatte im Jahr 2020 das Amt des Schatzmeisters im „RotFuchs“-Förderverein e. V. übernommen, das er mit großer Tatkraft, Sachkenntnis und Kompetenz ausübte. Ihm war es wichtig, stets im Gespräch mit Mitgliedern und Spendern zu bleiben. Seine selbstlose Hilfs- und Einsatzbereitschaft waren sein „Markenzeichen“. Wir haben durch seinen Tod einen aufrechten Kommunisten und zuverlässigen, humorvollen Freund verloren. Jürgen wird uns fehlen.

Der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins

letzten Zeit ist die potenzielle Gefahr, daß sich die epidemische Lage in unserem Land verschlechtert, real geworden, und zwar durch die Absicht des DTRA, mit Hilfe der Firma Black & Veatch die Kontrolle über die Arbeit der mikrobiologischen Labore der Ukraine zu erlangen, die an Erregern besonders gefährlicher Infektionskrankheiten forschen, die zur Erschaffung oder Modernisierung neuer Typen von biologischen Waffen genutzt werden können.“

Das Wissenschaftlich-Technische Zentrum der Ukraine (UNTZ) – mehr als nur zivile Forschung

Das am 25.10.1993 gegründete UNTZ ist ein multidisziplinäres, internationales Forschungszentrum mit Sitz in Kiew und Zweigstellen in Kischinew, Tbilisi, Charkow und Lwow. Die wissenschaftliche Agenda läßt auf den ersten Blick nichts als hehre Ziele erkennen; bei näherem Hinsehen allerdings wird deutlich, daß dem UNTZ eine Schlüsselrolle in der Biowaffenforschung des Pentagon zukommt. Mehr als 350 Mio. Dollar ließen sich die USA – allen voran das Department of States und das Verteidigungsministerium – ihre Forschungsprojekte am UNTZ allein in den letzten Jahren kosten. Der Forschungsdirektor des UNTZ, Curtis Belayach, ist amerikanischer Staatsbürger – ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Vorsitzender der Leitung des UNTZ von Seiten der EU ist Eddie Arthur Mayer. Für die USA sitzt Philipp Dolliff im Kuratorium, der als Berater in Fragen der internationalen Sicherheit und des Programms zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen im Department of States fungiert.

Die Anfang März aufgefundenen Dokumente enthalten u.a. ein an den damaligen Exekutivdirektor des UNTZ gerichtetes Empfehlungsschreiben des US-Department of States vom 13.1.2011 zugunsten des Pentagon-finanzierten Unternehmens Black & Veatch. In einem Brief des Vizepräsidenten dieses Unternehmens, aus dem die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem UNTZ im Rahmen von Forschungen zur biologischen Kriegsführung hervorgeht, heißt es u.a.: „Im Jahr 2008 schloß das DTRA ... mit B & V einen Vertrag zur Implementierung eines Technical Assistance Plans (TAP) für das Gesundheitsministerium der Ukraine. Dieser Plan schließt unter anderem gemeinsame biologische Forschungsprojekte ... ein. Im Rahmen des TAP wollen wir (d.h. B & V) in den nächsten drei Jahren mehrere vom DTRA genehmigte Projekte unterstützen ...“, darunter Projekte zur Verbreitung und Übertragung von Fleckfieber, Q-Fieber und FMSE, Cholera, hämorrhagischem Fieber, Pest, Typhus, Hepatitis A und E, Vogelgrippe und afrikanischer Schweinepest.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Das UNTZ ist mitnichten ein rein militärisch ausgerichtetes Forschungszentrum. Nur ein kleiner Teil der mehr als 500 in den Jahren 2014 bis 2022 an den Standorten des UNTZ in der Ukraine, Moldawien, Georgien und Aserbaidschan durchgeführten Forschungsprojekte zielt auf militärische Anwendungen, doch die amerikanischen Kuratoren

interessier(t)en sich eben fast ausschließlich für die militärisch relevanten Projekte – vor allem im Zusammenhang mit biologischer Kriegsführung. Der Titel des Projekts 3007 beispielsweise klingt auf den ersten Blick harmlos: „Studium der Verbreitung von Erregern gefährlicher Infektionskrankheiten (Cholera, Typhus, Hepatitis A und E u.a.) in ukrainischen Gewässern“. Der zweite Blick allerdings zeigt ein anderes Bild: Unter Aufsicht amerikanischer Wissenschaftler wurden Proben aus den großen ukrainischen Fließgewässern analysiert, um auf diese Weise Erkenntnisse zu Verbreitungswegen und -geschwindigkeiten zu erhalten. Von den 21 am Projekt beteiligten amerikanischen Wissenschaftlern hatten 20 umfangreiche Erfahrungen bei der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, 18 werden im Projektantrag als ausgesprochene Experten auf dem Gebiet der biologischen Kriegsführung bezeichnet. Übrigens: Nach Abschluß des Projektes wurden die Erregerstämme nach Amerika „ausgeflogen“.

Ein weiteres Beispiel: Von 2019 bis 2021 führten amerikanische Spezialisten des in Merefä (Charkower Gebiet) ansässigen Labors Versuche an „freiwilligen“ Probanden der Psychiatrischen Bezirksklinik Nr. 3 in Charkow durch – unter anderem mit Hantaviren und hämorrhagischem Kongofieber. Die Forschungen am Laboratorium in Merefä wurden im Januar 2022 eingestellt, sämtliche Materialien in die Westukraine verlagert.1

Technologische Voraussetzungen zum Einsatz biologischer Waffen

Unter maßgeblicher Beteiligung der USA wurde in den Forschungseinrichtungen der Ukraine nicht nur Forschung an hochgradig pathogenen Erregern, sondern auch die Entwicklung technologischer Voraussetzungen für den Einsatz biologischer Waffen mit großem Eifer vorangetrieben. Hierzu gehören u.a. speziell für die Aufnahme und größerer Mengen von Flüssigkeiten geeignete Drohnen – mit entsprechenden Sprühvorrichtungen, versteht sich. Mit diesem Auftrag entwickelte das ukrainische Unternehmen Motor Sitsch den Baikatar mit einer Aufnahmekapazität von 20 Litern und einer Reichweite von 300 km – genug, um von ukrainischem Territorium aus bis weit ins Herz der Russischen Föderation vorzustoßen. Hochgradig pathogene Bakterien- und Virenkulturen zum Einsatz in der biologischen Kriegsführung, in Kombination mit effizienten Trägersystemen, in den Händen einer zutiefst russophoben Regierung und der realen Gefahr, dass diese Waffen in die Hände fanatischer Neofaschisten a la Kommando Asow geraten – keinem Staat ist es zuzumuten, eine solche Bedrohung an seinen Grenzen dauerhaft zu dulden. Und doch erwarten unsere „friedfertigen“ Politiker ausgerechnet das von Russland?

Nachtrag

Die Dämonisierung des Gegners nimmt unbestritten eine zentrale Rolle in der Kriegspropaganda ein – und was eignet sich hierzu

besser, als dem Feind den Besitz und/oder Einsatz verbotener Waffen anzudichten? Ein Hauptargument der Amerikaner für den Angriff auf Irak war die Behauptung, das Land sei im Besitz chemischer Waffen; in Syrien wiederholte sich das Ganze. Jetzt also Russland! Seit Wochen wird die westliche Propagandamaschine nicht müde, die Gefahr eines Einsatzes chemischer Waffen durch Russland als Menetekel an die mediale Wand zu malen. Daß Rußland die gesamten Bestände seiner chemischen Waffen am 27. September 2017 vollständig vernichtete – was von der internationalen Organisation für das Verbot chemischer Waffen bestätigt wurde – wird dabei wohlweislich verschwiegen.

Stutzig macht allerdings der Umstand, daß Amerika der Ukraine allein in den letzten Wochen 220000 Ampullen Atropin lieferte – das Gift der Tollkirsche wird als Erstmedikation bei der Behandlung von Vergiftungen mit Nervengiften eingesetzt. Am 21. April 2022 warf eine Drohne eine größere Menge mit Flüssigkeit gefüllter Ampullen über einer Stellung russischer Truppen ab – zweifellos in der Hoffnung, der Gegner würde sie zerstören und dadurch eine heftige chemische Reaktion inkl. explosionsartiger Freisetzung toxischer Substanzen verursachen. Dann hätte man den lange herbeigerebten „Beweis“ für den Einsatz chemischer Kampfstoffe durch die „bösen Russen“ der Weltöffentlichkeit präsentieren können. Nun – dieser Plan ist fehlgeschlagen, doch steht zu befürchten, dass das noch nicht der letzte Schachzug in diesem teuflischen Spiel gewesen ist. Mehr noch: Was ist, wenn die in der Ukraine noch existierenden chemischen und biologischen Kampfstoffe in die Hände fanatischer „Patrioten“ gelangen? Der Westen täte gut daran, sich vor Augen zu halten, daß diese Gefahr immer realer wird, je länger der Krieg dauert.

Dr. Dörte Hansen
Bischofsgrün

Quelle: Briefings des Russischen Verteidigungsministeriums vom 6. und 31. März sowie vom 14. und 23. April 2022

„RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF als Printausgabe genügt ein Anruf bei

Rainer Behr:
030-98 39 98 30

Wolfgang Dockhorn:
030-241 26 73

oder die formlose Bestellung
per E-Mail:

vertrieb@rotfuchs.net

Am Rande des Krieges

Mit seinen Plänen, dieses Jahr gleich zwei „Defender“-Großmanöver in Europa abzuhalten, erhöht der NATO-Block vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs die Kriegsgefahr in Europa erneut.

Zwei Großmanöver

Anders als ihre teilweise übereinstimmenden Namen nahelegen, handelt es sich bei Air Defender und Defender Europe 23 um zwei voneinander unabhängige Großmanöver. Wenn Air Defender beginnt, ist Defender Europe 23 schon vorbei. Air Defender ist offiziell ein NATO-Manöver unter deutscher Führung, während Defender Europe 23

10 000 Soldaten aus 18 Nationen mit über 200 Luftfahrzeugen – darunter Kampfflugzeuge. Räumlicher Schwerpunkt der Übung wird nach Angaben der deutschen Luftwaffe der deutsche Luftraum sein. Dabei verlegen nicht alle beteiligten Nationen ihre Flugzeuge nach Deutschland, sondern nehmen von ihren eigenen Luftwaffenstandorten aus an dem Manöver teil. Hauptsächlich operiert werde, heißt es, von den Standorten Jagel/Hohn in Schleswig-Holstein, Laage in Mecklenburg-Vorpommern, Wunstorf in Niedersachsen, Lechfeld in Bayern, Spangdahlem in Rheinland-Pfalz, Volkel in den Niederlanden und Čáslav in Tschechien. Laut Bundeswehr wird es vor allem in den

Wunstorf. Ein Sprecher der Luftwaffe gibt an, dort würden „nach aktuellem Stand der Planung“ zehn bis zwölf Flugzeuge aus den USA und aus Rumänien platziert. Darüber hinaus werden die ebenfalls dort stationierten Transportflieger A400M der deutschen Luftwaffe an dem Manöver teilnehmen. Der Standort in Wunstorf sei zudem für einen großen Anteil der für die Manövervorbereitung erforderlichen Logistik zuständig, heißt es. Lediglich Aktivitäten von Kampfflugzeugen seien in Wunstorf nicht geplant. In den Augen der Bundeswehr positioniert sich die Bundesrepublik mit Air Defender als „kollektiver Verteidigungsknotenpunkt innerhalb Europas“. Damit steht das Manöver im Einklang mit einer wesentlichen mittel- bis langfristigen Strategie der deutschen Militärpolitik, Deutschland als militärische Drehscheibe des NATO-Blocks in Europa zu positionieren und den europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken.

Defender Europe 23

Defender Europe 23 wiederum wird nach Angaben der NATO zwischen dem 28. Mai und dem 11. Juni in Südosteuropa stattfinden. Wie in den vergangenen drei Jahren werden die USA im Rahmen des Manövers Landstreitkräfte über den Atlantik nach Europa verlegen, um dort dann an diversen Aktivitäten des NATO-Blocks teilzunehmen. Genauer über die Anzahl der beteiligten US-amerikanischen bzw. europäischen Soldaten und über deren Gerät ist zur Zeit noch nicht bekannt. Innerhalb der vergangenen Monate hielt die NATO vier Konferenzen ab, um das Manöver vorzubereiten: die erste bereits im Oktober 2021 in Tirana (Albanien), die zweite im März 2022 in Sarajevo (Bosnien Herzegowina), die dritte im September 2022 in Bukarest (Rumänien) und die abschließende in Budapest (Ungarn).

Mit Beteiligung des Kosovo

Wie der kosovarische Verteidigungsminister Armend Mehaj in den sozialen Medien verkündete, zählt auch das Kosovo zu den Gastgeberländern des Großmanövers und wird sich mit 1 300 Soldaten an Defender Europe 23 beteiligen. Die Staatlichkeit des Kosovo, das nach einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO unter Bruch des internationalen Rechts und unter massivem westlichen Druck von Jugoslawien abgespalten wurde, wird bis heute nur von rund der Hälfte aller Staaten weltweit anerkannt; sogar fünf EU-Staaten (Spanien, Slowakei, Rumänien, Griechenland, Zypern) stufen es unverändert als Teil Serbiens ein. In Defender Europe 21 hatte der NATO-Block unter anderem auch die Ukraine eingebunden – ebenso wie das Kosovo kein Mitgliedstaat. Die Handlungsfähigkeit der NATO reicht damit über das Territorium ihrer offiziellen Mitglieder hinaus.

german-foreign-policy.com, 22.2.23



Ostermarsch in Berlin am 8.4.23

Foto: Wolfgang Dockhorn

formal ein US-Manöver unter Beteiligung von NATO- und EU-Staaten ist. Air Defender geht auf eine Initiative der deutschen Luftwaffe zurück und findet dieses Jahr das erste Mal statt. Defender Europe 23 ist Teil der Defender-Manöverreihe, die die USA 2020 initiierten. Air Defender findet vor allem im deutschen Luftraum statt, während der räumliche Schwerpunkt von Defender Europe 23 in Südosteuropa liegt. Gemeinsam haben die Manöver allerdings, daß sie Teil der „Abschreckungspolitik“ des Westens gegenüber Rußlands sind.

Luftkrieg in Europa ...

Das Manöver Air Defender (12. bis 23. Juni) wird nach Angaben der Bundeswehr die größte Verlegeübung von Luftstreitkräften nach und in Europa seit Bestehen der NATO sein. Ziel des Manövers ist es demnach, „die Luftstreitkräfte der NATO“ und von „deren Verbündeten“ zu „vereinen und zusammen[zuführen“. Die USA werden etwa 100 Luftfahrzeuge nach Deutschland verlegen, um dann gemeinsam mit ihren Verbündeten „Luftkriegsoperationen im europäischen Luftraum“ zu „trainieren“ – unter „Führung“ der deutschen Luftwaffe. Insgesamt erwartet die Bundeswehr

Lufträumen über Jagel/Hohn, Wunstorf und Lechfeld zu militärischen Aktivitäten kommen. Der Dachverband der deutschen Luftsportler rechnet mit „spürbaren“ „Einschränkungen für den zivilen gewerblichen und nicht gewerblichen Luftverkehr“. Auch ein erhöhtes Manöveraufkommen sei Teil der „Zeitenwende“, so die Einschätzung der deutschen Luftwaffe. Schließlich müßten die deutschen Soldaten „dort üben“ wo sie „ggf. auch eingesetzt werden“. Geplant und vorbereitet hat Deutschland das Manöver nach Angaben eines Sprechers der Bundeswehr bereits seit 2021 – also schon vor dem Beginn des Ukraine-Kriegs, mit dem der deutsche Kanzler die „Zeitenwende“ begründete.

... unter deutscher Führung

Deutschland leitet das Manöver nicht nur, es hat auch „die führende Rolle“ bei seiner Planung innegehabt. Darüber hinaus nimmt die Bundesrepublik Aufgaben im Rahmen des sogenannten Host Nation Supports wahr, beispielsweise die Unterbringung und Versorgung der Soldaten verbündeter Staaten. Einer der drei Luftwaffenstandorte, an denen die Bundeswehr Flugzeuge anderer NATO-Staaten stationieren wird, ist

USA/NATO/Japan versus China

Die Militarisierung der ersten Inselkette

Die NATO und Japan

Die Kooperation zwischen der NATO und Japan geht letztlich auf erste Kontakte zu Beginn der 90er Jahre zurück – in der Zeit, als sich Tokio an der „Operation Südflanke“ beteiligte, einem von der deutschen Marine geführten Einsatz zur Minenräumung im Persischen Golf in den Jahren 1990 und 1991. Ab etwa 2007 bauten beide Seiten ihre Zusammenarbeit aus; so fand im April 2008 ein erstes deutsch-japanisches Manöver statt, als Kriegsschiffe der deutschen Marine im Golf von Oman gemeinsam mit Schiffen der japanischen Marine Übungen abhielten.

Im Jahr 2013 unterzeichneten beide Seiten eine gemeinsame politische Erklärung, in der sie eine engere Kooperation in den Blick nahmen; im Jahr 2014 folgte der Start eines Programms zum Ausbau der sogenannten Interoperabilität. Im Dezember 2020 nahm Japan – an der Seite Südkoreas, Australiens, Neuseelands, Finnlands und Schwedens – erstmals an einem Treffen der NATO-Außenminister teil; auf dem NATO-Gipfel im Juni 2021 in Brüssel wurde dann der Ausbau der praktischen Zusammenarbeit der NATO mit den verbündeten Staaten in der Asien-Pazifik-Region beschlossen, darunter Japan. Am NATO-Gipfel im Juni 2022 in Brüssel nahm erstmals Ministerpräsident Fumio Kishida persönlich teil.

„An einem historischen Wendepunkt“

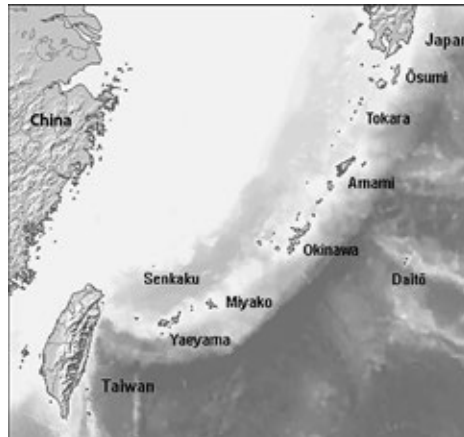
Die NATO will nun ihre Beziehungen zu Japan systematisch weiter intensivieren. Am 31.1. traf Generalsekretär Jens Stoltenberg zunächst auf der Iruma Air Base bei Tokio ein; von dort starteten japanische Transportflugzeuge mit Versorgungsgütern für die Ukraine. Anschließend kam Stoltenberg in Tokio mit Kishida zusammen, um den Ausbau der Kooperation zu besprechen und eine Gemeinsame Erklärung darüber zu verabschieden. Darin heißt es, die Welt sei „an einem historischen Wendepunkt“ angelangt, an dem sich das „Kräftegleichgewicht im Indo-Pazifik schnell verschiebt“; dabei sei – vor dem Hintergrund der Machtkämpfe gegen Rußland wie auch gegen China – „die Sicherheit des Euro-Atlantik und des Indo-Pazifik eng verbunden“.

Die NATO und Japan starteten deshalb ein neues Kooperationsprogramm (Individually Tailored Partnership Programme ITPP) und würden zukünftig nicht nur in Bereichen wie der maritimen Sicherheit, sondern auch in der Cyberabwehr und im Weltraum, bei der Abwehr „hybrider Herausforderungen“ und in der Propaganda („strategische Kommunikation“) und auf weiteren Feldern eng kooperieren. Japan werde von nun an regelmäßig an Treffen des Nordatlantikrats und der NATO-Verteidigungsminister teilnehmen.

Beispiellose Aufrüstung

Der transatlantische Militärpakt baut seine Zusammenarbeit mit dem ostasiatischen Staat zu einer Zeit aus, in der Japan eine seit 1945 beispiellose Militarisierung eingeleitet

hat. Bereits im Jahr 2015 hatte das japanische Parlament einem Gesetz zugestimmt, das es erlaubt, die Verfassung, die militärische Aktivitäten ausschließlich zur Selbstverteidigung zulässt, neu zu interpretieren. Seitdem dürfen die japanischen Streitkräfte auch im Ausland operieren, wenn das einer breit auslegbaren „kollektiven Selbstverteidigung“ dient. Zudem stockt Tokio seinen Militäretat dramatisch



(Grafik Uchinanchu/Wikipedia)

auf; im Dezember kündigte die Regierung an, die Mittel für die Streitkräfte im kommenden Fünfjahreszeitraum um 56 Prozent auf 318 Milliarden US-Dollar zu erhöhen. Damit hätte Japan das drittgrößte Wehrbudget weltweit. Darüber hinaus sollen die japanischen Streitkräfte – in Abkehr von tatsächlicher Verteidigung – die Fähigkeit entwickeln, „Gegenschläge“ auf feindliches Territorium durchzuführen. Dazu sollen Raketen des US-Modells Tomahawk mit einer Reichweite von mehr als 1500 Kilometern beschafft und eigene Raketen entwickelt werden. Nicht zuletzt hat Japan im Oktober 2022 ein Verteidigungsabkommen mit Australien geschlossen, das es beiden Seiten gestattet, Truppen in das jeweils andere Land zu entsenden.

„Tödlicher, beweglicher, leistungsfähiger“

Gleichzeitig haben auch Tokio und Washington begonnen, ihre enge Militärkooperation noch weiter zu intensivieren. So werden die Vereinigten Staaten ihre Truppenpräsenz auf Okinawa modifizieren. Dort wird nun ein US-Artillerieregiment durch eine US-Einheit ersetzt, die „tödlicher, beweglicher und leistungsfähiger“ als die bisherige Truppe sein soll. Darüber hinaus sollen Vorkehrungen getroffen werden, um US-amerikanische und japanische Militärs schnell auf weit vorgelagerte Inseln in Japans äußerstem Südwesten bringen zu können; diese liegen nicht weit von Taiwan oder sind – im Fall der Senkaku-/Diaoyu-Inseln, die auch von China beansprucht werden – territorial umstritten.

Washington hat kürzlich bestätigt, daß ein bewaffneter Konflikt um die Diaoyu-/

Senkaku-Inseln von ihm als Bündnisfall angesehen werde. US-Militärs berichten, die Streitkräfte der USA und Japans seien zur Zeit dabei, ihre Kommandostrukturen zu integrieren und gemeinsame Operationen exponentiell auszudehnen, um sich auf einen Krieg gegen China vorzubereiten. Alles in allem schaffen sie ein ähnliches Umfeld, wie sie es in der Ukraine ab 2014 geschaffen haben – mit militärischem Training, dem Aufbau vorgeschobener Nachschublager und der Identifikation von Orten, von denen aus man jeweils Unterstützungsmaßnahmen für die Armee durchführen könne.

Mögliche Kriegsschauplätze

Ähnlich gehen die Vereinigten Staaten den US-Militärs zufolge auf den Philippinen vor, wo sie ebenfalls Vorkehrungen für einen etwaigen Krieg gegen China treffen. Dort bauen sie militärische Anlagen aus, die für die Unterbringung von US-Truppen genutzt werden können, aber auch zum Einlagern von Kriegsgerät in großer Nähe zu möglichen Kriegsschauplätzen (Army Prepositioned Stock APS).

Befanden sich derlei Einrichtungen bislang meist nahe der Hauptstadt Manila oder auf der von Unruhen erschütterten Insel Mindanao, so sollen nun militärische Einrichtungen in der Provinz Cagayan und auf der Insel Palawan hinzukommen; Cagayan liegt ganz im Norden der Hauptinsel Luzon, nur wenige hundert Kilometer von Taiwan entfernt, während sich vor der Westküste Palawans die zwischen den Philippinen und China umstrittenen Inseln der Spratly-Gruppe befinden. Auf den Philippinen dehnen die Vereinigten Staaten ihre Manövertätigkeit ebenso aus wie die Rüstungslieferungen an die Streitkräfte ihrer ehemaligen Kolonie. Systematisch aufgerüstet wird auch Taiwan.

„Wir werden 2025 kämpfen“

Unterdessen macht ein US-Luftwaffengeneral mit der Einschätzung Schlagzeilen, ein Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und China sei nicht mehr weit entfernt. „Ich hoffe, ich irre mich“, äußerte kürzlich General Mike Minihan, Kommandeur des Air Mobility Command: „Mein Bauch sagt mir, wir werden im Jahr 2025 kämpfen.“ Minihan fordert die ihm untergebenen Militärs auf, sich auf ein solches Szenario einzustellen; es werde darum gehen, „innerhalb der ersten Inselkette zu kämpfen und zu gewinnen“.

Die erste Inselkette erstreckt sich von Japan und seinen südwestlichen Inseln über Taiwan und die Philippinen bis nach Borneo. Es ist das Gebiet, in dem die USA aktuell ihre Militärpräsenz ausweiten. Die verstärkte Kooperation mit Japan macht die NATO und mit ihr zugleich auch die Bundesrepublik zur Partei in einem etwaigen US-Krieg gegen China – Deutschland um so mehr, als Berlin auch die nationale Militärkooperation mit Japan intensiviert.

China im Visier

2011 verkündeten die USA, sie würden einen „Schwenk nach Asien“ vollziehen. Das war im wesentlichen eine Kampfansage an China. In Asien wird ein wachsender Anteil des globalen Wirtschaftsproduktes geschaffen. Der „Schwenk nach Asien“ (pivot to Asia) ist eine diplomatische, wirtschaftliche, aber vor allem eine militärische Offensive mit dem Ziel, die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in Asien sicherzustellen. Während die USA in der Region ständig provozieren und versuchen, die Länder gegen China aufzuhetzen, wird diese zunehmend unruhiger. Die meisten Staaten dort sehen die Präsenz amerikanischer Kriegsschiffe und die zahlreichen Militärmanöver im Pazifik mit Besorgnis.

QUAD und AUKUS

2007 wurde der „Quadrilateral Security Dialogue“, kurz QUAD, gegründet. Er soll die „Zusammenarbeit zwischen den Demokratien“ in der indopazifischen Region unterstützen und ein Gegengewicht zu China schaffen. Nach der Gründung lag der Block erst einmal auf Eis. 2017 wurde er von Biden wiederbelebt. Obwohl der „Vierseitige Sicherheitsdialog“ oft als „asiatische NATO“ bezeichnet wird, ist er kein Vertragsbündnis. Die QUAD führt keine militärischen Übungen durch und hat auch keinen militärischen Stab.

2021 gaben die USA, Großbritannien und Australien überraschend die Gründung eines neuen Bündnisses namens AUKUS bekannt. Frankreich fühlte sich hintergangen, da Australien jetzt eine atombetriebene U-Boot-Flotte bekommen soll und damit ein bereits mit Frankreich abgeschlossener Vertrag über die Lieferung einer Flotte von dieselbetriebenen U-Booten hinfällig war. Die australischen AUKUS-U-Boote werden nun mit Hilfe der USA und Großbritannien in Australien selber gebaut. Australien muß nun 835 Millionen US-Dollar an Frankreich als Vertragsstrafe zahlen.

Auffallend beim AUKUS-Bündnis ist, daß keine asiatische Nation daran beteiligt ist. Sind in der QUAD noch Indien und Japan vertreten, so gibt es bei AUKUS (englische Abkürzungen der drei beteiligten Staaten Australia, United Kingdom und United States) nur Angelsachsen. Es besteht vorwiegend aus „weißen alten Männern“, die ihre Vorherrschaft sichern wollen.

AUKUS und QUAD sind zwei Anti-China-Blöcke in Asien unter der Führung der USA. Während QUAD den Schwerpunkt auf Soft-Power legt, ist AUKUS ein Militärpakt. Nirgendwo anders auf der Welt, außer im neoliberalen Europa, waren die USA auf den ersten Blick so „erfolgreich“ beim Schmieden von Allianzen gegen China.

Australien ist Mitglied im Commonwealth und gilt als Hilfssheriff der USA. Sein Territorium wird nun ein Stützpunkt für westliche Atom-U-Boote unter dem Kommando der US-Marine werden und damit die Sicherheit der Region gefährden

AUKUS verstößt gegen den Geist des Atomwaffensperrvertrags, da die U-Boote mit

hochangereichertem Uran und damit waffenfähigem Kernmaterial betrieben werden. Das Bündnis untergräbt zudem die Verträge über eine atomwaffenfreie Zone im Südpazifik und die Bemühungen der ASEAN-Länder für eine atomwaffenfreie Zone in Südostasien. Sie sind besorgt darüber, daß Australien nun versuchen könnte, Kernwaffen zu erwerben, um sie auf seinen U-Booten zu stationieren.



Melbourne, 11. Dezember 2021: Haltet Australien aus US-Kriegen raus

Internationale Reaktionen

Die ASEAN-Länder möchten Südostasien als „Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität“ (Zopfan-Deklaration, Kuala Lumpur 1971) erhalten, ohne Einmischung äußerer Mächte. 1976 unterzeichneten die Gründungsmitglieder der ASEAN einen Friedensvertrag zwischen den südostasiatischen Ländern. 1995 wurde in Bangkok ein Abkommen über eine atomwaffenfreie Zone in Südostasien mit der Verpflichtung, Atomwaffen aus der Region fernzuhalten, abgeschlossen. Jetzt müssen sie befürchten, daß es dort zu einem atomaren Wettrüsten kommt.

Alle Länder der ASEAN unterhalten bedeutende Wirtschaftsbeziehungen zu China, für die allermeisten ist China sogar der größte Wirtschaftspartner. Der Block hat immer darauf bestanden, selbst zu entscheiden, was in seiner Region geschieht, jetzt wurde er vor vollendete Tatsachen gestellt. Indonesien und Malaysia haben sich entschieden gegen Australiens geplanten Erwerb von Atom-U-Booten gewandt. Auch Singapur, Australiens zuverlässigster Verbündeter in der Region, hat sich besorgt geäußert. Es gibt einige wenige Hardliner, die AUKUS begrüßen und China zusammen mit den USA „in Schach halten“ möchten. Für diese Falken bleibt China eine Bedrohung für die regionale Sicherheit. Japan und Südkorea gehören notorisch dazu. Auch die Philippinen haben sich öffentlich hinter das AUKUS-Abkommen gestellt.

Japan, das im Zweiten Weltkrieg auf Seiten Hitler-Deutschlands stand und in halb Asien operierte, hat unter dem reaktionären liberalen Premier Abe damit begonnen, seine bisher laut Verfassung streng nur auf Verteidigung ausgerichtete Armee wieder für Angriffskriege fit zu machen. Das Militärbudget wurde verdoppelt. Raketen sowie Cruise Missiles, die China erreichen können, sollen nun beschafft werden.

Indien, fast genauso bevölkerungsreich wie China, grenzt an China und ist dessen größter Handelspartner. Indien, das seit 1962 einen Grenzkonflikt mit China im Himalaya austrägt, sieht zwar die zunehmende Stärke Chinas mit gemischten Gefühlen, hat aber nichts zu gewinnen von einer Feindschaft mit China. Indien hat eigene strategische Interessen und wird sich nicht an nutzlosen Aggressionen gegen China beteiligen. Zudem führt Indien Gespräche mit Washingtons Gegnern Rußland und dem Iran.

So wie Olaf Scholz im Februar dieses Jahres bei seinem Besuch bei Indiens Premier Modi abgeblitzt ist, als er ihn dazu aufforderte, sich an den Sanktionen gegen Rußland zu beteiligen, so geht es auch Japans Premier Kishida bei dem Versuch, Indien in die Blockkonfrontation gegen China auf seine Seite zu ziehen. Indien betrachtet den Indischen Ozean als seine eigene Einflußsphäre. Die BRD und Japan kamen als Stellvertreter Washingtons nach Neu-Delhi und mußten mit leeren Händen wieder nach Hause fliegen.

Nun versuchen Berlin und Tokio, ihre Beziehungen zueinander auszubauen. Bei dem Besuch Scholz in Japan im März bekannten sich die beiden Staatsoberhäupter zur „Freiheit der Meere“ und beschlossen eine verstärkte militärische Kooperation, insbesondere eine Ausweitung bilateraler Kriegsübungen im Pazifik. Deutschland will im nächsten Jahr wieder ein Kriegsschiff in den Pazifik schicken, das auch Japan anlaufen soll.

In diesem Bunde darf natürlich Südkorea nicht fehlen, dessen Präsident Yoon Suk Yeol kürzlich in Tokio zu Gesprächen mit Kishida war. Japan und Südkorea sind beides wichtige Verbündete der USA. Zwischen Japan und Südkorea herrschte lange Eiszeit. Ein großer Streitpunkt zwischen beiden Nationen ist bis heute noch die Frage nach einer Entschädigung der koreanischen „Trostfrauen“, die im Zweiten Weltkrieg für japanische Soldaten massenweise zur Prostitution gezwungen wurden. Eine Annäherung zwischen Südkorea und Japan würde die Position der USA stärken.

Neuseeland, ehemalige britische Kolonie und Mitglied im Commonwealth, traditionell ein enger Partner Australiens und Verbündeter der USA außerhalb der NATO, läßt prinzipiell keine atombetriebenen Schiffe in seine Häfen einlaufen und hat bereits verkündet, daß es dafür für die zukünftigen australischen U-Boote keine Ausnahme geben wird. China ist für Neuseeland der wichtigste Handelspartner und es hat ein Freihandelsabkommen mit China

geschlossen. Das Land hält sich weitgehend mit öffentlicher Kritik an China zurück. Es dürfte kein Zufall sein, daß Neuseeland bei AUKUS nicht mitmacht.

Die pakistanische Bevölkerung ist auf die USA wegen der Ermordung Osama Bin Lads im pakistanischen Abbottabad durch US-Streikkräfte, Drohnenangriffe auf das Land, US-Luftangriffe auf pakistanische Grenzsoldaten (Salala 2011) usw. nicht gut zu sprechen. Nach dem Rückzug aus Afghanistan haben sich die Beziehungen zwischen den USA und Pakistan weiter verschlechtert. China dagegen hat in Pakistan im Rahmen des chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors große Investitionen getätigt. Die pakistanische Regierung ist mit China eng befreundet und China ist bei der Bevölkerung hoch angesehen.

Die Salomonen, ein Inselstaat mit 700 000 Einwohnern nordöstlich von Australien und östlich von Neuguinea gelegen, Mitglied im Commonwealth, hat 2019 seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen und dafür Beziehungen mit der Volksrepublik aufgenommen. Die Salomonen haben kürzlich einen Kooperationsvertrag mit China geschlossen, was zu scharfen Protesten sowohl in Australien als auch in Neuseeland führte. Ausgerechnet Australien sorgt sich jetzt über eine „Militarisierung der Region“.

Die asiatischen Länder widerstehen den Verlockungen und Erpressungsversuchen der USA und verstärken jetzt ihre Zusammenarbeit mit China. Die Menschen in Vietnam, Laos und Kambodscha wissen sehr wohl, welche Rolle die USA und Frankreich in der Vergangenheit dort gespielt haben. Die Wunden sind noch nicht verheilt. Die Reaktion der EU über das AUKUS-Abkommen war verhalten. Sie verurteilte die Vorgehensweise, die sie als eine Brüskierung Frankreichs und der EU sehen und kritisierten, daß sie nicht konsultiert worden waren. Doch Brüssel wird sich nicht allzu weit aus dem Fenster lehnen. Seit dem Ukrainekrieg ist schon gar keine Kritik an den USA mehr zu vernehmen

Kapitalismus in der Krise

Daß das räuberische Kapital nicht den erwünschten freien Zugang zu den Märkten in Rußland und China bekommen, ist ihm ein Dorn im Auge. Aber das ist noch nicht alles. Ihm ist zusätzlich noch ein Konkurrent erwachsen, der ihm seine Märkte abspensig macht. Viele Länder in der Dritten Welt haben die ungleichen Handelsbeziehungen zum Westen und die erpresserischen Methoden der Weltbank und des IWF satt. China und Rußland bieten Entwicklungshilfe auf Augenhöhe, auf Basis gegenseitiger Zusammenarbeit, ohne Knebelverträge und ohne Forderungen nach Rationalisierungsmaßnahmen. Es bilden sich neue Bündnisse wie die BRICS oder CELAC. Sie wollen Handel untereinander betreiben, ohne die USA und ohne US-Dollar und sie lassen sich nicht mehr gegeneinander auspielen. Deshalb die unerbittliche Feindschaft der USA und ihres Gefolges. Der Expansion des westlichen Kapitals sind in Rußland und

China enge Grenzen gesetzt, wie schön wäre es dann doch, dort eine dem Westen hörige Regierung zu installieren. Die Einkreisung Rußlands durch die NATO und die Kriegsvorbereitungen gegen China sind nur zwei Seiten ein und derselben Medaille, es geht darum, die neoliberale kapitalistische Ordnung, und damit die Möglichkeiten der Kapitalverwertung der großen Monopolkonzerne unter der Führung der USA aufrechtzuerhalten und auf China und Rußland auszudehnen.

Vor diesem Hintergrund heizt der Westen auch die Spannungen um Taiwan an. Amerikanische und europäische Politiker geben sich derzeit in Taipeh gegenseitig die Klinke in die Hand, um China zu provozieren. Nur einen Tag nach den „Transitgesprächen“ von Tsai mit Mc Carthy in den USA trafen in Taipeh 15 amerikanische Abgeordnete zu weiteren „Gesprächen“ ein. Es besteht die Gefahr, daß Washington in Absprache mit den DPP-Behörden in der Straße von Taiwan und darüber hinaus einen bewaffneten Konflikt provoziert.

Der Westen gegen den Rest der Welt

„Freiheit der Meere“, „freie Schifffahrt“ und „freier Handel“ – es sind orwellsche Wortumdeutungen und ideologische Stichworte, die der Westen propagiert, um seine expansiven Ziele zu verschleiern. Die Freiheit der Schifffahrt im Indopazifik ist nicht in Gefahr. Die USA verstehen aber unter „Freiheit der Meere“ das ungestrafte Operieren ihrer Kriegsschiffe in internationalen Gewässern und vor „feindlichen“ Küsten. Mit den Provokationen der US-Marine im Indischen Ozean und vor der chinesischen Küste wächst die Kriegsgefahr von Tag zu Tag.

Die Aufrechterhaltung einer „regelbasierten Ordnung“ ist ein weiteres Stichwort des Westens, um seine Ansprüche auf Vorherrschaft zu verschleiern. Das Völkerrecht soll damit ausgehebelt werden. Unter „Freiheit und Demokratie“ versteht der neoliberale Westen, daß das Kapital sich in allen Ländern ungehindert ausbreiten, vermehren und in die westlichen Heimatländer rückgeführt werden kann. Also Ausplünderung, vorzugsweise im Rahmen eines mit Hilfe des IWF und der Weltbank erpreßten ungleichen Freihandelsabkommens.

Die Länder Lateinamerikas, Afrikas und Asiens können ein Lied davon singen. „Freiheit“, „Demokratie“, „regelbasierte Ordnung“, „westliche Werte“. In wichtigen internationalen Fragen haben die Entwicklungsländer heute ihre eigenen Vorstellungen, die sich deutlich von denen der westlichen Welt unterscheiden.

Rußland und China wollen von der Unipolarität unter Führung der USA weg zu einer multipolaren Weltordnung. Dieser Vorschlag findet in den Ländern Asiens, des Nahen Ostens, Afrikas und Lateinamerikas immer mehr Unterstützung. Afrika erwacht, die Länder Lateinamerikas entwickeln sich wieder nach links, die Felle der USA schwimmen den Bach hinunter.

Der Gesang der USA von Freiheit und Demokratie klingt hohl. Mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung lebt in Ländern, welche

die US-Kriegspropaganda ablehnen. Vergebens versucht der Westen, deren Beziehungen zu China und Rußland zu untergraben. Fast täglich treffen in den Hauptstädten der Länder der Dritten Welt Vertreter des Westens ein, um die Regierungen mit Drohungen und Erpressung ins westliche Lager zu ziehen und sie dazu zu bewegen, sich an Sanktionen gegen ihre beiden Rivalen zu beteiligen. Von den 54 afrikanischen Ländern beteiligt sich kein einziges an Sanktionen gegen Rußland. In Lateinamerika und Asien sieht es nicht viel anders aus. Und es steht auch kaum zu erwarten, daß sich eines dieser Länder an Kriegshandlungen gegen China beteiligen würde.

Der UN-Menschenrechtsrat stimmte mit überwältigender Mehrheit (bei 33 Mitgliedern für und 13 dagegen) für die Verurteilung von Sanktionen. Die Länder, die dagegen stimmten, waren die USA, Großbritannien, einige EU-Mitgliedstaaten, Georgien und die Ukraine.

Anfang Februar fand ein Rußland-Afrika-Gipfel unter dem Motto „Rußland-Afrika in einer multipolaren Welt“ statt. Kein einziges der 54 afrikanischen Länder hat sich bisher den US-Sanktionen gegen Rußland angeschlossen. Der Prozeß hin zu einer multipolaren Welt ist bereits im Gange.

Die USA exportieren Waffen, Krieg und Krisen, verhängen Wirtschaftssanktionen und drohen allen Ländern mit Bestrafung, wenn sie ihre eigenen Wege gehen wollen. Wenn die USA und ihre Partner zusammenkommen, geht es stets um Konfrontation. Wenn China sich mit Freunden zusammensetzt, geht es um Frieden und Zusammenarbeit. China bietet Entwicklung und Wohlstand, die USA bieten Tod und Zerstörung.

Die USA ist zu einer existenziellen Bedrohung für die Menschheit auf unserem Planeten geworden. Darum müssen Fortschritts- und Friedenskräfte in Europa jetzt Rußland und China gegen die Angriffe der NATO verteidigen.

Die reaktionären bürgerlichen Regierungen in Europa, allen voran die BRD, vertreten noch nicht einmal mehr die Interessen ihres eigenen nationalen Kapitals, sondern die Interessen des internationalen Groß- und Finanzkapitals. Sogar die inländischen Unternehmerverbände sind entsetzt über die sie selbst treffenden destruktiven Auswirkungen der Sanktionen gegen Rußland und China, die von den USA angeordnet und von ihren Vasallenregierungen widerstandslos umgesetzt werden. Scholz, Baerbock und Consorten holen sich ihre Befehle direkt aus Washington. Die Hauptlast müssen die arbeitenden Menschen tragen. Und jetzt sollen, auf Wunsch der USA, auch noch weitere Sanktionen gegen China her.

Die Kriegsgefahr, die Klimakrise und die soziale Frage sind voneinander nicht zu trennen, sie sind allesamt Bestandteil und Folgen des Kapitalismus. Der Kapitalismus zerstört unseren Planeten, er muß überwunden werden, um die soziale Frage und die Klimakrise zu lösen und die Kriege zu beenden.

Fünf globale Probleme der Menschheit

Eine Bilanz nach 50 Jahren (Teil 1)

Der Club of Rome

In Zeiten von Internet mit unsozialen Medien stellt sich die Frage nach von Vernunft geleitetem Handeln nur noch selten bis gar nicht. Neugier und Wissensdurst beschränken sich oft auf die schnelle Nutzung von Wikipedia per Smartphone, in dem neben viel Richtigem und Nützlichem noch viel mehr Dümmlisches und Falsches zu finden ist.

Das ausgerechnet der Vorstand eines italienischen Automobilbauers, der im 2. Weltkrieg noch Panzer und Kampfflugzeuge gebaut hat, Hauptinitiator einer informellen Vereinigung von internationalen Experten wurde, die gemeinsam interdisziplinär die großen länderübergreifenden Probleme untersuchen sollte, entbehrt nicht einer gewissen Komik. Ob jener Herr Aurelio Peccei als Industriekapitän ahnte, was kapitalistisches Wirtschaften angerichtet hat, oder ob er einfach an optimalen Bedingungen zur Profitmaximierung interessiert war, ist nicht überliefert.

Jedenfalls organisierte er gemeinsam mit dem Schotten Alexander King, der bei der OECD tätig war, 1968 in Rom eine internationale Konferenz, die sich mit „Zukunftsfragen der Menschheit“ beschäftigten sollte. Obwohl ein illustrierter Kreis zusammenkam, war der Konferenz nur ein mäßiger Erfolg beschieden. Allerdings trafen sich sechs Teilnehmer jener Konferenz, um an der Sache dranzubleiben. Es waren Aurelio Peccei, Alexander King, Hugo Thiemann (Schweizer Dr.-Ing. von der ETH-Zürich), Max Kohns-tamm (Niederländischer Historiker und Diplomat), Jean-Philippe Saint-Geours (Jurist und Verwaltungsexperte aus dem französischen Ministerium für Wirtschaft und Finanzen) und Erich Jantsch (Österreichischer Astrophysiker). Sie gaben sich den Namen „Club of Rome“.

Durch die Initiative Thiemanns, der sowohl seine Hochschule als auch einen Schweizer Bundesrat dafür begeistern konnte, Forschungen auf diesem Gebiet voranzutreiben, kam es in Bern zu einer weiteren Zusammenkunft. Im Ergebnis dessen wurde beschlossen, eine Feldstudie erarbeiten zu lassen. Das zu organisieren, übernahm der US-Amerikaner Jay W. Forrester vom MIT (Massachusetts Institute of Technology) in Boston. Forrester wiederum beauftragte den US-Ökonomen Dennis Meadows, seine Frau Donella, eine Umweltexpertin, sowie den norwegischen Zukunftsforscher Jørgen Randers mit der Ausarbeitung. Daß die Ergebnisse dieser denkwürdigen Studie das Licht der Welt erblickten, ist einer weiteren Automobilfirma, die im Zweiten Weltkrieg mit Kübelwagen und Panzern die Wehrmacht belieferte, zu danken.

Die Volkswagenstiftung unterstützte großzügig mit einer Million DM. 1972 erschien die Studie unter dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ und schlug ein wie eine Bombe.

Man darf ja nicht vergessen, daß nach den verheerenden Weltkriegen Anfang und Mitte des 20. Jahrhunderts die westlichen Hauptmächte nun schon seit mehr als einem Dutzend Jahren prosperierten und ein fast schwindelerregendes Wachstum ihrer Volkswirtschaften erreicht hatten.

Am deutlichsten war das in den USA zu spüren. Obwohl die USA seit dem Angriff der Japaner auf Pearl Harbour am 7. Dezember 1941 direkter Kriegsteilnehmer wurden, blieb der Angriff auf Hawaii der einzige Kriegsakt auf US-amerikanischem Boden. Schon ein drei Viertel Jahr vorher, im Februar 1941, wurde die US-Industrie auf Kriegsbedürfnisse umgestellt, denn man hatte sich verpflichtet, seine Verbündeten mit Waffen, Ausrüstung und anderen notwendigen Sachen zu unterstützen. So kam auch die Sowjetunion zu jener Unterstützung, denn die Briten drangen darauf, damit die Rote Armee verhindern helfe, daß die britische Insel von den Deutschen angegriffen werde. Insgesamt bekam die UdSSR Waren im Wert von 9,8 Mrd. US-Dollar geliefert. Diese Hilfe war auch sehr wichtig, allerdings erreichten viele Waffen und Geräte die Front erst, nachdem die Sowjetunion die militärische Initiative zurückerlangt hatte. Außerdem erhielten die USA im Gegenzug Rohstoffe im Wert von 7,3 Mrd. US-Dollar. Auch der Rest der Verbindlichkeiten aus dem Land-Lease-Act wurde komplett beglichen.

So wurden die USA, auch wenn mehr als 400 000 gefallene Soldaten zu beklagen waren, zu einem großen Gewinner des Krieges und konnten Ende der 40er Jahre mit dem Marshall-Plan (benannt nach dem damaligen US-Außenminister, der vorher Fünfsterner-General und Stabschef des Militärs war) mit riesigen Summen den Wiederaufbau der westlichen Staaten unterstützen. Übrigens wurde auch der Sowjetunion die Marshall-Hilfe angeboten, was den US-Amerikanern einen extrem großen Einfluß auf die sowjetische Wirtschaft gebracht hätte. Die sowjetische Seite lehnte dankend ab. Andere Länder waren da nicht so zurückhaltend. Mit dem Aufschwung kam dann auch die zunehmende Abhängigkeit von US-Entscheidungen. Nachdem die Franzosen ihren Widerstand dagegen aufgegeben hatten, geriet auch die Wirtschaft in den Westzonen Deutschlands unter die Fittiche des Marshallplans. Der Preis war atlantische Nibelungentreue – bis heute.

Für die Werktätigen bedeutete das Arbeit, Lohn und Brot, Konsummöglichkeiten, aber auch Einbindung in die kapitalistische Warenproduktion auf eine neue Art, von Sozialpartnerschaft war die Rede. In den einzelnen Ländern hatte das unterschiedliche Folgen. Während zum Beispiel die französischen Arbeiter und ihre Gewerkschaften kämpferisch blieben, ließen sich die westdeutschen Gewerkschaften, zumindest deren Führungen, völlig korrumpieren und

unterbanden von sich aus jede politische Aktion, die über Gehaltsverhandlungen hinausging. Doch subjektiv ging es den Leuten gut, man sparte auf ein neues Auto oder gar ein Häuschen. Für die miesen Jobs holte man sich „Gastarbeiter“ ins Land.

Und nun plötzlich sollte das alles ein Ende haben, kein Wachstum mehr? Kein Fortschritt, keine neuen Technologien? Hinzu kam, daß am Horizont die sogenannte Ölkrise, die eigentlich eine Ölpreiskrise war, auftauchte. 1973 schien das Öl knapp zu werden. Unfaßbares geschah, autofreie Tage, oder man durfte seinen „Wagen“ entsprechend des Kennzeichens nur an geraden oder ungeraden Tagen benutzen. Bedeutete das wirklich absehbar das Ende der kapitalistischen Produktionsweise?

Soweit gingen die Autoren der Studie nicht ganz. Sie stellten nur die gegenwärtige Form kapitalistischer Produktion in Frage. Vor allem ging es auch um die Nutzung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und deren Folgen weltweit. Damit verbunden war die Feststellung, daß die globale Produktion und Konsumtion auch globale Folgen hatte. Die Studie erregte aber nicht nur im Westen Aufmerksamkeit. Auch in den sozialistischen Ländern sorgte sie für Denkanstöße im Wissenschaftsbereich. Der bekannteste ist wohl der sowjetische Physiker und Polarforscher Fjodorow, der ein kleines Büchlein herausbrachte, was 1974 auch auf Deutsch erschien: „Wechselwirkung von Natur und Gesellschaft“. Sowohl die Forschungen des Club of Rome als auch die des sozialistischen Wissenschaftlers kamen zu dem Schluß, daß die Menschheit vor mindestens fünf großen globalen Problemen stehe. Die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse gilt als die Geburtsstunde der Umweltschutzbewegung.

Zu jenem Zeitpunkt war die Umweltbewegung in den westlichen Staaten noch mit der Friedensbewegung, von der sie ein nicht unbeträchtlicher Teil war, verbunden. Antikapitalistische Positionen und die Bekämpfung des Elends der Welt gehörten dazu. Allerdings ließen sich Teile der Umweltaktivisten auch im Kampf gegen den Sozialismus instrumentalisieren. Sie verloren nicht rein ökologische globale Probleme wie

- Kriege,
- Klimawandel,
- Nahrungsmittelsituation und Trinkwasser-
serverfügbarkeit,
- Gesundheit sowie
- kapitalistische Produktionsweise

völlig aus dem Blick.

Nun, nach etwas mehr als 50 Jahren der Veröffentlichung der Studie zum Ende des Wirtschaftswachstums, soll eine Zwischenbilanz zu den genannten Punkten gezogen werden, was Gegenstand der folgenden „RotFuchs“-Ausgaben sein wird.

Globaler Kapitalismus und die Krise der Menschheit

Ein neues Buch von William I. Robinson „Global Capitalism and the Crisis of Humanity“, (Siglo XXI Verlag, 2022), ergänzt seine Veröffentlichungen „Eine Theorie des globalen Kapitalismus: Produktion, Klasse und Staat in der transnationalen Welt“ (2013) und „Lateinamerika und globaler Kapitalismus, eine kritische Perspektive der Globalisierung“ (2015). Diese Forschungsreihe ist eine dialektische Reise durch einen dringend notwendigen theoretischen Raum, um sich dem Kapitalismus des 21. Jahrhunderts auf dem Feld emanzipatorischer und revolutionärer Kämpfe zu stellen.

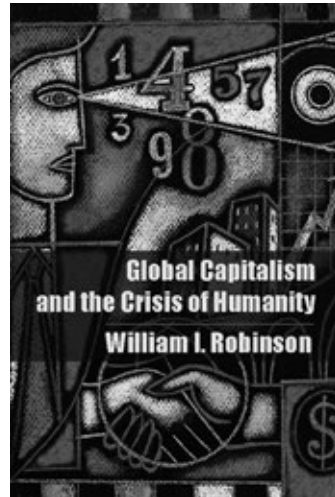
Die durch das Coronavirus ausgelöste Krise der Weltwirtschaft verursachte den Verlust der wirtschaftlichen Grundlagen für zwei Milliarden Menschen, stürzte mindestens 500 Millionen in Armut und Hunger und ließ bis zu 500 Millionen kleine Unternehmen bankrottgehen. Robinson argumentiert, daß „wir mit einer globalen Krise konfrontiert sind, die in ihrem Ausmaß und ihrer globalen Reichweite, dem Ausmaß der ökologischen und sozialen Verschlechterung und dem Ausmaß der Gewaltmittel beispiellos ist.“ Die transnationale Kapitalistenklasse bestand darauf, die Last der Krise und die von der Pandemie auferlegten Opfer auf die Arbeiter- und Volksklassen abzuwälzen. Das hinterließ noch mehr Ungleichheit, mehr politische Spannungen, mehr Militarismus und mehr Autoritarismus.

Der Autor weist auf die Notwendigkeit hin, den Blick auf die globale Sphäre zu erweitern, da das Schicksal jeder Gemeinschaft auf dem Planeten untrennbar mit der Menschheit als Ganzem verbunden ist, die wiederum ein „planetares Bewußtsein“ bestimmt. „Wenn wir die dringenden Probleme lösen wollen, welche die Menschheit plagten, wie ökologischer Kollaps, Kriege mit ihren besorgniserregenden Folgen, Ungleichheit, Krankheit und Entfremdung, dann muß das zwangsläufig zu einer Frontalkonfrontation mit den Mächten im globalen kapitalistischen System führen. Ihnen muß die Kontrolle entzogen werden, die diese Mächte über unsere Existenzmittel ausüben.“

Interessant ist seine Analyse der Krise in der politischen Dimension. Robinson nimmt an, daß sich die kapitalistische Vorherrschaft angesichts des Zusammenbruchs der Legitimität dieses Vorherrschaft-Systems einer allgemeinen Krise nähert. Das wiederum führte zu einer wachsenden Polarisierung zwischen Aufständischen und Linken sowie Kräften der extremen Rechten und Neofaschisten. Der Wahlsieg einer offen neofaschistischen Koalition in Italien oder der hohe Prozentsatz der Stimmen für die extremen Rechten bei den brasilianischen Präsidentschaftswahlen legen dafür ein beredtes Zeugnis ab.

William I. Robinson schlußfolgert, daß die Lösung der Krise der Menschheit durch den Sturz des globalen Kapitalismus und seine Ersetzung durch ein „Projekt des demokratischen Sozialismus“ erfolgen müsse. Gilberto

López y Rivas ist zudem der Meinung, daß auch das mexikanische Projekt reformistischer Eliten unterstützt werden könnte, weil es die schlimmsten Verwüstungen des globalen Kapitalismus mildert und die Menschheit



über die Schwelle von Krieg und Faschismus hinausführt. In Mexiko schritten in der Vergangenheit die Militarisierung und der Krieg, der die Rekolonialisierung von Gebieten durch Megaprojekte begleitete, voran. Das neue mexikanische Projekt hat vor, eine historische Transformation des Landes durchzuführen.

Robinsons Analysen und Theorien dieser globalen Krise gehen von der Theorie des globalen Kapitalismus aus. Dieser basiert auf der Entstehung eines transnationalen Kapitals und eines globalen Produktions- und Finanzsystems, in das alle Nationen und ein Großteil der Menschheit direkt oder indirekt einbezogen wurden. Es bildete sich eine transnationale Kapitalistenklasse, eine Klassengruppe heraus, die Kräfte aus den meisten Ländern der Welt angezogen hat. Es entstanden Strukturen von Apparaten eines transnationalen Staates. Das alles wiederum brachte neue Verhältnisse von Ungleichheit, Vorherrschaft und Ausbeutung in der globalen Gesellschaft, einschließlich der wachsenden Bedeutung transnationaler sozialer und klassenbezogener Ungleichheiten in bezug auf geografisch oder territorial verfaßte Nord-Süd-Ungleichheiten mit sich. Diese kapitalistische Globalisierung ist ein fortlaufender Prozeß, unvollendet und offen, widersprüchlich und konfliktreich.

Robinson kritisiert die Theorien des „neuen Imperialismus“, die sich in den Jahren nach dem Angriff im September 2001 und den anschließenden US-Invasionen im Irak und in Afghanistan verbreiteten. Der Grundstein dieser Theorien ist die Annahme, daß der Weltkapitalismus im 21. Jahrhundert aus verschiedenen Volkswirtschaften und „nationalen Metropolen“ besteht, die ihren nationalen Interessen entsprechen. Robinson schlägt aus der Perspektive der Theorie des

globalen Kapitalismus eine Alternative zum akzentuierten Interventionismus der USA in den letzten Jahren vor. Dieser Interventionismus bedeutet nicht, daß die USA die Idee der kapitalistischen Globalisierung aufgegeben hätten. Er ist die Antwort auf ihre Krise. Der US-Staat will eine Neuordnung des Weltkapitalismus durchsetzen. Er verteidigt damit nicht nur die Interessen der USA. Er will die Interessen transnationaler Investoren und des Systems als Ganzes verteidigen und sich politischen Kräften auf der ganzen Welt entgegenstellen, die auf die eine oder andere Weise diese Interessen bedrohen oder die transnationalen kapitalistischen Prozesse destabilisieren.

Das transnationale Kapital und die dominierenden sozialen Kräfte im globalen kapitalistischen System bestimmen die US-Außenpolitik in dieser Neuordnung. Die US-Staatsmacht hat die führende Rolle bei der Weiterentwicklung des Neoliberalismus und des globalen Kapitalismus übernommen. Ihre Politik hat transnationale kapitalistische Interessen gefördert. Der US-Staat verwaltet die Zwangsinstrumente auf Weltebene. In diesem Bereich ist sein Beitrag zum Konzept des globalen Polizeistaates hervorstechend. Mit diesem Konzept will er die allgegenwärtige Kontrolle, die Unterdrückung und den Krieg als Mittel der Politik übernehmen. Damit will er eine globale Rebellion der Arbeiterklasse eindämmen und die Menschheit überwachen. Die Entwicklung und Anwendung dieses repressiven Systems in größerem Umfang dient also als Mittel, um die Vorteile und die Kontinuität der Kapitalakkumulation angesichts ihrer Stagnation zu gewährleisten. Robinson nennt das militarisierte Akkumulation oder repressive Akkumulation. Schließlich weist dieses repressive System auf den Trend zu politischen Systemen hin, die als Faschismus des 21. Jahrhunderts oder im weiteren Sinne als Totalitarismus charakterisiert werden können.

Dieser globale Polizeistaat entsteht, weil sich der Weltkapitalismus angesichts seines Ausmaßes, seiner globalen Dimension und des Ausmaßes der ökologischen und sozialen Verschlechterung sowie der Anwendung von Gewaltmitteln in allen Breiten des Planeten in einer beispiellosen Krise befindet. Er richtet sich gegen die Armen, auch in der Arbeiterklasse. Das wiederum führte zur Entstehung vieler Bewegungen, die sich diesem globalen Polizeistaat widersetzen...

In diesem Sinne nutzt der USA-Imperialismus den US-Staatsapparat. Er bezieht transnationale Eliten ein, um weiterhin zu versuchen, das globale kapitalistische System zu erweitern, zu verteidigen und zu stabilisieren. Robinson spricht „von einem globalen kapitalistischen Imperialismus, der aus offensichtlichen historischen Gründen von Washington ausgeht. Es geht nicht um die Wiederherstellung des alten Imperialismus, sondern um die Kolonialisierung und

Rekolonialisierung der Besiegten für den neuen globalen Kapitalismus und seine Agenten“. Und Robinson geht noch weiter: „Wenn wir unter Imperialismus den unaufhörlichen Druck zur Expansion des Kapitalismus nach außen und die verschiedenen politischen Mechanismen sowie militärischen und kulturellen Kräfte verstehen, die diese Expansion und die Aneignung der daraus erwirtschafteten Überschüsse ermöglichen, dann ist dies ein dem Kapitalismus innewohnender struktureller Imperativ ...“

Lateinamerikanische Marxisten betonen, daß es in Weiterentwicklung der marxistischen Theorie neue Analysen, theoretische Erkenntnisse, praktische Ergebnisse und Erfahrungen gibt, die zu beachten sind. Marxistische Kräfte Lateinamerikas und der Karibik gehen diesen Weg. Sie nehmen den Kampf auf, ziehen die Lehren aus Siegen und Niederlagen, bereichern die revolutionäre Theorie und Praxis. Sie vermitteln ihre Kenntnisse und Erfahrungen den Bewegungen der linken und Fortschrittskräfte mit

Hilfe des Forums von Sao Paulo. Nicht alles geht nach Wunsch, aber alle kommen Schritt für Schritt voran.

Gilberto López y Rivas*
für teleSUR

**Gilberto López y Rivas ist ein mexikanischer Anthropologe, Essayist und Politiker, Professor für Anthropologische Wissenschaften an der Nationalen Autonomen Universität Mexikos*

Übersetzung: Wolfgang Herrmann, Dreesch

Kritik an US-Bericht zu Menschenrechtsslage

Die Regierungen von Bolivien, Kuba, Mexiko und Venezuela haben den Menschenrechtsbericht 2022 des US-Außenministeriums und die darin geäußerte Kritik an ihren Ländern entschieden zurückgewiesen.

Der seit 1977 vom staatlichen Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeitsfragen (DRL) für den US-Kongreß erstellte „Jahresbericht zur globalen Menschenrechtsslage“ erschien am 20. März, auf den Tag genau 20 Jahre nach dem Einmarsch der US-Truppen in den Irak 2003.

Das bolivianische Außenministerium schrieb in einer Stellungnahme, daß es den „einseitigen US-Bericht“, dem es an einer objektiven Grundlage fehle, nicht anerkenne und als Einmischung in innere Angelegenheiten betrachte. Die stellvertretende Ministerin für Kommunikation, Gabriela Alcón, sprach in diesem Zusammenhang davon, daß in diesem Papier „die Souveränität eines jeden Staates und der Völker der Welt ignoriert“ wird.

Es wirft Bolivien Menschenrechtsverstöße vor, die sich auf Berichte von Human Rights Watch und anderen, nicht genannten Nichtregierungsorganisationen stützen sollen. Das bolivianische Kommuniqué verweist

jedoch auf die regelmäßigen Besuche internationaler Institutionen wie der Interdisziplinären Gruppe unabhängiger Experten sowie auf den aktuellen Aufenthalt einer Delegation der Interamerikanischen Menschenrechtskommission im Land.

Auch der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla nannte die im US-Bericht vorgebrachte Kritik an der Menschenrechtsslage auf der Insel „inakzeptabel“: „Angesichts der beschämenden Bilanz von Rechtsverstößen und Gewalt gegen ihre eigenen Bürger sollten die USA davon absehen, andere zu stigmatisieren.“ Den Vorhaltungen der US-Behörde, wonach kubanische Gerichte „Hunderte Demonstrierende zu drakonischen Strafen verurteilt haben“, hält die kubanische Seite die Ergebnisse des UN-Menschenrechtsberichts von 2022 entgegen. Dieser legte offen, daß die USA ihren Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte weiterhin nicht nachkommen, was sich im anhaltenden systematischen Rassismus in Gesellschaft und Justiz widerspiegle.

Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador (Amlo) zeigte sich ebenso verärgert und bezeichnete die Anschuldigen als „Lüge“ und „Politikmacherei“. Hinsichtlich

der Vorwürfe, Mexiko gehe nicht ausreichend gegen Menschenhandel und Gewalt vor, verwies auch er auf die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in und durch die USA. Zudem unterstrich Amlo mit Verweis auf die Inhaftierung von WikiLeaks-Gründer Julian Assange die Kritik an der Glaubwürdigkeit des Berichts und seiner Einseitigkeit. Ähnlich äußerte sich der venezolanische Außenminister Yván Gil auf Twitter. Dort warf er der US-Regierung vor, die Menschenrechte bloß als Instrument für ihre politischen Zwecke einzusetzen. Dieser Bericht werde benutzt, „um souveräne Länder anzugreifen, deren Entscheidungen nicht mit der Zustimmung Washingtons getroffen werden“, heißt es in einem Kommuniqué des Außenministeriums.

Zugleich hätten die USA wichtige internationale Abkommen wie unter anderem das Rom-Statut, die Frauenrechtskonvention und das Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen nicht unterzeichnet oder ratifiziert.

Georg Weigand

Quelle: amerika21, 29. März 2023

Myanmars Junta löst die NLD auf

Zwei Jahre nach ihrem letzten Putsch steht die Militärjunta mit dem Rücken zur Wand. Sie kontrolliert nur noch die Hauptstadt Naypyidaw und die größeren Städte wie Rangun und Mandalay. Das Militärregime stößt auf einstimmige Ablehnung bei der Bevölkerung sowie auf bewaffneten Widerstand und ist international geächtet. Die Tatmadaw regieren mit Terror, sie bombardieren die Dörfer mit Jagdflugzeugen, ermorden Menschen und stecken ihre Häuser in Brand.

Die Tatmadaw hatten im Februar 2021 die mit 89 % der Stimmen gewählte Regierung von Aung San Suu Kyi mit der erfundenen Beschuldigung des Betrugs bei den Wahlen von 2020 gestürzt, ihre Abgeordneten verhaftet und versprochen, Neuwahlen zu organisieren. Um sicherzustellen, daß bei Neuwahlen diesmal die dem Militär hörigen Quislingsparteien gewinnen würden, wurde eine Wahlkommission geschaffen, welche die

Zulassungsbedingungen für die Parteien änderte. Die NLD, die einzige Partei, die ihnen gefährlich werden konnte, war der Junta schon lange ein Dorn im Auge. Jetzt hat sie sie verboten.

Im Januar wurde den politischen Parteien zwei Monate Zeit gegeben, sich, bevor die versprochenen Neuwahlen stattfinden können, nach dem neuen Wahlgesetz registrieren zu lassen. Die Wahlen aber werden sowohl nach Ansicht der Bevölkerung als auch aller Kenner des Landes weder frei noch fair sein.

Die Wahlkommission gab bekannt, daß Aung San Suu Kyis Partei, die NLD, sowie weitere 40 Parteien, aufgelöst werden, weil sie sich nicht nach dem neuen Wahlgesetz haben registrieren lassen. Das Gesetz sieht u. a. vor, daß keine Partei zugelassen wird, die in ihren Führungsgremien Mitglieder hat, die im Gefängnis sitzen. Die NLD hätte demnach Suu Kyi sowie alle anderen Noch-Führungskräfte,

welche die Junta unter falschen Beschuldigungen und ohne fairen Prozeß ins Gefängnis gesteckt hat, aus der Partei ausschließen müssen, um sich erneut registrieren zu lassen. Im vergangenen Monat kündigte das Militär eine weitere Verlängerung des Ausnahmezustands an und verschob die für August versprochenen Wahlen, da es nicht genug Gebiete des Landes kontrolliert, um Wahlen glaubwürdig durchzuführen. Später erklärte der Chef der Junta, daß trotzdem Wahlen stattfinden werden, ohne einen Zeitplan dafür zu nennen.

Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt es entschieden ab, zur Wahl zu gehen, um dem Militär ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen und es damit zu legitimieren. Die Gewalt wird weiter zunehmen, wenn das Regime versucht, eine Wahl zu erzwingen.

Karl Lee Jing
Vientiane

Chinas diplomatischer Erfolg

Der Iran und Saudi-Arabien reden wieder miteinander

Der Iran ist in Deutschland weitgehend unbekannt. Auch über das politische System und innere Widersprüche, über Geschichte und Gegenwart, über die wirtschaftliche Situation, Kultur und Bildung weiß man wenig. Wie sehr Land und Gesellschaft unter den von den USA und der EU verhängten einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen (Sanktionen) zu leiden haben, wird von Politik und Medien kaum thematisiert.

Geopolitisch ist der Iran für den von den USA geführten Westen ein Feindstaat, seit die US-Administration in Person von George W. Bush vor 21 Jahren Iran, Irak und Nordkorea auf einer „Achse des Bösen“ platziert hat. Den USA folgend, sieht die EU in der Region des Nahen und Mittleren Ostens – geographisch Westasien – zukünftige Frontlinien zwischen Iran und Saudi-Arabien. Dabei gilt Saudi-Arabien als langjähriger Unterstützer und Partner des Westens, nicht zuletzt wegen der Öllieferungen. Als „sunnitisches Königreich“ kämpft es gegen den „böartigen“ schiitischen Iran, wie es im US-Außenministerium heißt.

Der tragische Tod einer jungen Frau auf der Wache iranischer „Sittenpolizei“ im Herbst 2022 führte zu Protesten im Iran, die von bewaffneten Gewalttätern gegen die iranische Führung benutzt wurden. Die Sicherheitskräfte reagierten, es gab Tote, viele Menschen wurden verhaftet. Bilder, die über „soziale Medien“ und den Satelliten-Fernsehsender Iran International verbreitet wurden, galten in den USA und Europa als Beweise dafür, daß eine „feministische Revolution“ im Iran entstanden war. Iranische Exilgemeinden und Exilparteien organisierten Demonstrationen, um die Protestbewegung im Iran zu unterstützen. Westliche Sanktionen, mediale und politische Unterstützung sollen den „Aufstand der Frauen“ stärken, um „das Regime“ zu isolieren und letztlich zu stürzen. Es gibt – wie in jedem Land – viele innergesellschaftliche Probleme und – gemessen an westlichen Standards – Unfreiheiten. Dennoch gehört das Land zu den am meisten entwickelten Staaten der Region. Soziologisch wird die Entwicklung einer Gesellschaft an der Entwicklung der weiblichen Bevölkerung gemessen, besonders an der Alphabetisierung von Frauen, ihrem Bildungsstand, der Berufstätigkeit und an der Geburtenrate. Besuchten 1971 rund 36 Prozent der Mädchen eine Grundschule, waren es 2017 99 Prozent. Betrug der Anteil von Mädchen und jungen Frauen an den Hochschulen 1978 nur 3 Prozent, waren es 59 Prozent im Jahr 2018 und mehr als 60 Prozent 2022.

Wer sagt, was die Menschen im Iran wollen?

Der Iran ist anders, als westliche Politik und Medien das Land darstellen. Der Iran ist vielfältiger, als iranische Oppositionelle im Exil es auf Kundgebungen und bei Fernsehdebatten

vermitteln wollen. Wie im Irak 2003, in Syrien 2011, in Libyen 2011 und auch im Jemen, vermitteln Auslandsoppositionelle nicht das, was Oppositionelle im Land und die Menschen ganz allgemein fordern. Sie zum Fürsprecher für Menschen zu machen, die angeblich selber keine Stimme haben, trägt die Gefahr in sich, den Menschen Forderungen in den Mund zu legen, die sie gar nicht haben. Sicher wollen Frauen keinen Kleiderzwang und auch familienrechtliche Gleichstellung nicht nur auf dem Papier, sondern in der Praxis. Sicher wollen alle Iraner gute Lebensbedingungen und eine Arbeit, mit der sie genug verdienen, um die Familie zu ernähren und den Kindern eine gute Zukunft geben zu können. Doch wollen die Iraner die Isolation ihrer Heimat, mehr wirtschaftliche Strafmaßnahmen, keinen Dialog über das Atomprogramm und ja, vielleicht sogar, daß die Atomanlagen zerbombt werden, wie es Israel plant?

Oppositionsgruppen und Parteien im Iran und einzelne Oppositionelle suchen immer nach Wegen, sich innerhalb der gegebenen Bedingungen Freiraum für politische, persönliche und wirtschaftliche Entwicklung zu verschaffen. Militärische Drohungen von außen oder Waffenlieferungen, politische und wirtschaftliche Isolation und immer neue Sanktionen nutzen den Menschen nicht, ob sie Anhänger der islamischen Führung in Teheran sind oder nicht. Oppositionelle im Iran wollen keinen Krieg, sondern Veränderung, die sie und ihre Kinder auch noch erleben können. Sie wollen eine Zukunft in ihrer Heimat, sie wollen nicht erleben, was der Bevölkerung im Irak, in Libyen, Syrien oder Jemen wiederfahren ist. Sie wollen nicht, daß ihre Heimat und ihre Lebensgrundlagen zerstört werden.

Neue Chance für die Persische Golfregion

Nun hat China eine Annäherung zwischen den beiden großen Regionalmächten der Persischen Golfregion vermittelt. Iran und Saudi-Arabien haben schon lange erkannt, daß ihre Gemeinsamkeiten wichtiger sind als ihre Unterschiede. Die nutzlosen Stellvertreterkriege und Krisen in zahlreichen Ländern der Region und im jeweils anderen Land sind für alle Seiten teuer und zerstörerisch.

Am 10. März unterzeichneten die Nationalen Sicherheitsberater beider Länder in Peking eine gemeinsame Erklärung für die Wiederaufnahme der bilateralen Beziehungen. Auch China unterzeichnete und verpflichtete sich so, als Vermittler und Garantmacht für und mit beiden Seiten die Wiederherstellung der nachbarschaftlichen Beziehungen zu unterstützen. Angesichts der „brüderlichen Verbundenheit“ bekräftigten Iran und Saudi-Arabien ihren „gemeinsamen Wunsch, Unstimmigkeiten im Dialog und diplomatisch zu lösen“. Die Vereinbarung sieht vor, daß die Außenminister des Iran und Saudi-Arabiens die Öffnung ihrer jeweiligen Botschaften innerhalb von zwei Monaten vorbereiten. Beide Staaten verpflichten sich, die Souveränität des anderen zu

respektieren und sich nicht in dessen innere Angelegenheiten einzumischen. Ein bilaterales Abkommen zur Kooperation in Sicherheitsfragen vom April 2001 soll wieder in Kraft gesetzt werden. Ein Kooperationsabkommen für Wirtschaft, Handel, Investitionen, Technologie, Wissenschaft, Kultur, Sport und Jugend vom Mai 1998 soll reaktiviert werden. Die drei Unterzeichnerstaaten erklärten, sich gemäß der UN-Charta regional und international für Frieden und Sicherheit einzusetzen.

USA, EU und die Vereinten Nationen schienen überrascht und äußerten sich eher verhalten zu dem diplomatischen Meisterstück Chinas. Das Weiße Haus begrüßte das Abkommen, man werde aber abwarten müssen, ob der Iran seinen Verpflichtungen nachkommen werde. Das Büro des EU-Außenbeauftragten Joseph Borrell erklärte die Stabilisierung der arabischen Halbinsel entspreche der EU-Politik. Man sei bereit, mit allen Akteuren in der Region schrittweise, integrativ und transparent zusammenzuarbeiten. Das französische Außenamt forderte Iran auf, seine „destabilisierenden Aktivitäten“ in der Region einzustellen. Das Auswärtige Amt überließ es den Pressesprechern der Bundespressekonferenz, Fragen von Journalisten zu beantworten. UN-Generalsekretär Antonio Guterres ließ mitteilen, er biete weiterhin seine „guten Dienste an, um den regionalen Dialog auszuweiten“. Gute nachbarschaftliche Beziehungen zwischen Iran und Saudi-Arabien seien wichtig für die Stabilität der Golfregion.

Frischer Wind weht über die Persische Golfregion

In allen Teilen der Region wurde die Entwicklung begrüßt. Man hofft auf ein Ende der Kriege im Jemen und in Syrien, auf eine politische Stabilisierung im Libanon, auf wirtschaftliche Kooperation und Stabilität, wenn das politische und ökonomische Klima sich verbessert. Lediglich Israel sieht sich als Verlierer seiner eigenen Konfrontationspolitik. Die Regierung ist vehement gegen ein Atomabkommen mit dem Iran und warnt gleichzeitig, dass der Iran bald atomare Waffen entwickeln könnte. Anders als Israel, das seit Jahrzehnten selber im Besitz von Atomwaffen ist, die es nie deklariert hat, stimmt der Iran der Kontrolle durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) zu. Israelische Militärs und Politiker beschuldigen sich gegenseitig, daß Saudi-Arabien, mit dem die Beziehungen im Rahmen des „Abraham Abkommens“ normalisiert werden sollten, mit dem „Erzfeind“ Iran ein solches Abkommen schließen konnte. Der US-Plan, mit den arabischen Golfstaaten, Israel und der NATO einen militärischen Abwehrschirm gegen Iran zu errichten, dürfte vorerst auf Eis gelegt werden.

Karin Leukefeld

Redaktionell gekürzt

Quelle: globalbridge, 20. März 2023

Paukenschläge

Gericht schließt Uranmine wegen Umweltverschmutzung

Der 13. Februar war ein schwarzer Tag für „Somida“, die Uranmine im Norden Nigers, aber ein Feiertag für die Bevölkerung rund um die Städte Arlit und Agadez, ja ganz Nigers, wenn nicht Afrikas. Denn eine nicht von ausländischen Sponsoren wie Georges Soros finanzierte Initiative hat ihre Klage gegen die Uran-Bergwerksgesellschaft durchgebracht. Das Oberste Gericht in Agadez erklärte sie für rechtens und entschied, daß der Betrieb der Uranmine, der in diesem Jahr anlaufen sollte, vorübergehend eingestellt wird. Und das solange, bis das vertragliche Leistungsprofil und dazu eine Neubewertete Studie über die Umweltauswirkungen des Betriebs veröffentlicht ist, wobei die lokale Bevölkerung zu konsultieren sei. Alle Einwände hatte das Gericht zurückgewiesen, aber auch die Revision zugelassen.

Eine schallende Ohrfeige für die kanadische „Global Atomic“, die erst im August letzten Jahres „Somida“ als joint venture mit 80 Prozent-Anteil gegründet hatte. 208 Mio. Dollar Investitionen sind für die prospektierten 4,1 Mio. Tonnen Uran, die nach 12 Jahren abgebaut seien, vorgesehen. Die deutsch-französisch-kanadische CMAC-Thyssen Mining Group ist auch im Geschäft. Sie wurde im September 2021 mir der horizontalen und vertikalen unterirdischen Erschließung beauftragt. Nicht minder trifft es die Regierung von Niger, die sich offensichtlich über den Tisch hat ziehen lassen. Ob auch Korruption im Spiel war? Die Frage darf erlaubt sein, „Uraniumgate“ aus dem Jahr 2011 und „UraMin“ aus 2014 lassen grüßen.

Für wen aus dem Clan des Präsidenten waren die wenigen nigrischen Posten in der Verwaltung der Beteiligungsgesellschaft bestimmt? Bekannt ist, daß das Bergwerk mit einer zu bauenden 132 kV-Überlandleitung direkt ans Sonihar-Kraftwerk angeschlossen werden soll. Für das nötige Grundwasser aus fünf Pumpen wird auch gesorgt. Zu welchen Konditionen und zu welchen Preisen, fragten sich die Anwohner. Immerhin wird das auf 450 Personen bemessene Camp fürs „Somida“-Personal in einer Entfernung von 7 km errichtet.

Die rote Karte bedeutete der Urteilspruch auch für die in Arlit vor Ort sitzende nigrische Beratungsgesellschaft Art & Genie, die mit der Durchführung einer Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung (ESIA) für das Projekt beauftragt war. Deren Gutachten landet nun im Müll. Fragen der Arbeitssicherheit für die Minenarbeiter, des sicheren Uran-Transports auf der 685 km langen „route de l'uranium“, der Entsorgung und sicheren Lagerung des verseuchten Abraums, der Gesundheit der in der Region lebenden Bevölkerung, aber auch zum sicheren Rückbau der Mine am Ende des Betriebs stehen drängend im Raum. Die bitteren Erfahrungen aus dem rücksichtslosen Abbau der von der französischen Atombehörde AREVA betriebenen Uranminen stehen warnend im Raum – auch wenn die Mine

Cominac geschlossen und AREVA in ORANO umbenannt wurde. „Sie haben die Mine geschlossen, indem sie Maschinen auf dem Grund der Mine zurückgelassen haben, indem sie keine normalen Überwachungsvorrichtungen um die Mine herum angebracht haben und ohne die Nigerianer in die Schließung einzubeziehen, um wenigstens zu verstehen, wie es passiert ist. Es besteht die Gefahr einer Kontamination des Grundwasserspiegels durch die Öle, die sich darin befinden, und natürlich durch die Strahlung. Außerdem besteht die Gefahr, daß das Wasser an der Oberfläche überläuft. Was die Entlüftungsschächte betrifft, so sind drei davon bereits eingestürzt“, beklagte sich der Vorsitzende der zivilgesellschaftlichen Koordinierung von Arlit, Almoustapha Alhacen, vor eineinhalb Jahren.

Wer fragt nach der radioaktiven Staub-Belastung der Einwohner von Arlit durch die jahrzehntelang ungeschützt gelagerten verseuchten Geröllhalden der Areva-Minen Somair und Cominac? Dem 2012 von der ONG „Sherpa“ und „AREVA“ gegründete „Observatorium der Gesundheit in der Region Agadez“ (OSRA) wurden betriebliche Akten verstorbener Mitarbeiter vorenthalten.

Die 2000 in Arlit gegründete Umwelt-Initiative „Aghir Inman“ ist über den Atom Müll der 2021 aufgelassenen Mine Cominac besorgt. Der verseuchte Abraum, 20 Mio. Tonnen über 120 Hektar ausgebreitet, bedrohe die Gesundheit der 200 000 Einwohner – „ein Damoklesschwert für die Trinkwasserversorgung der Region“, erklärt die französische Behörde Criirad, auch wenn von ORANO die 35 Meter hohen Hügel mit zwei Meter dickem, wasserundurchlässigem Boden bedeckt wurden.

Widerstand von unten

Wenn nicht die seit Jahren mobilisierte Bevölkerung den Herren einen Strich durch die Rechnung macht, so wie GoviEx das in Mali zu spüren bekommen hat: Der Protest der Bevölkerung hat ein 2007 genehmigtes Vorhaben in Falea (bisläng) verhindert. Auch in Niger befindet sich ein Projekt von GoviEx: die Uranmine in Madaouela. Der kanadische „junior miner“ mit Konzessionen für die Mutanga Uran-Mine in Sambia, wollte Madaouela ab 2022 mit einer Investition von 350 Mio. Dollar ausbeuten, verlegte aber dann den Beginn der Produktion auf 2025.

Das Urteil des Gerichts in Agadez zeigt, daß ein patriotischer Wind in Afrika aufzieht. Aber damit hat das Leiden noch kein Ende. Das Gerichtsurteil war nur ein erster Schritt. Nicht nur in den politischen Eliten wächst afrikanisches Selbstbewußtsein auch von unten. Nunmehr schließen sich an der Basis zivilgesellschaftliche Grassroot-Initiativen zusammen. So haben sich in Accra (Ghana) auf einer viertägigen Konferenz im Dezember letzten Jahres über 100 Delegierte in der „Westafrikan Peoples Organization“ (WAPO) vernetzt. Die revolutionäre Basisorganisation will „zwischen den westafrikanischen Völkern ein

Netzwerk des patriotischen Kampfes schaffen, gegen die imperialistische Herrschaft, die Besetzung ihrer Länder durch fremde Armeen und die Ausplünderung ihrer Bodenschätze, die Zerstörung der Umwelt und das daraus resultierende Elend“, wie es in der Präambel ihrer Satzung heißt.

Selbstbewußtsein von oben

Das Gerichtsurteil spiegelt neben dem erkennbaren Widerstand der Bevölkerung vor allem das gewachsene Selbstbewußtsein der Eliten. Es wird sich auch auf andere Minenprojekte auswirken. Nicht nur auf den geplanten Tagebau Imouraren – der weltweit zweitgrößten Uran-Lagerstätte – von ORANO, an dem der Staat Niger mit 33,35 % beteiligt ist. Die französische „Unabhängige Forschungs- und Informationskommission für Radioaktivität“ CRIIRAD hat gegenüber der nigrischen Regierung unter Präsident Bazoum die erteilte Betriebsgenehmigung nunmehr für ungültig erklärt. Sie fordert in den angespannten Verhandlungen, eine neue umfassende Partnerschaft auszuhandeln. Hier wird sich die „neue Partnerschaftsstrategie“ Frankreichs beweisen müssen. Denn Frankreich will bis 2050 14 neue Atomkraftwerke bauen.

Nunmehr haben etwa 20 Investoren ihr Interesse bekundet, in Niger mit 343 Mio. Dollar einzusteigen. Die für über 19 Jahre erwartete Produktion von 50,8 Mio. Pfund Uran verspricht satte Gewinne bei steigender Nachfrage nach „grünen“ Atomkraftwerken.

Afrikanischer Patriotismus im Klimawandel

Doch nicht genug: Uganda hat im letzten Jahr das Bergbau-Gesetz geändert. Um die Haushaltseinnahmen zu steigern, wurde festgelegt, daß ein staatlicher Anteil von 15 Prozent von jedem in Uganda tätigen Bergwerk gratis von einem zu gründenden Staatsunternehmen übernommen wird. Die Abbaulizenz wird nicht mehr nach dem Grundsatz „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ gegeben, sondern international ausgeschrieben, um die besten Partner auszuwählen. Außerdem ist grundsätzlich der Export von Bergbauprodukten ohne jegliche Verarbeitung auf lokaler Ebene verboten.

Und wie Reuters am 9. März berichtete, erklärte Ugandas Energieministerium, daß ab 2031 als Antwort auf den Klimawandel 1000 MW Atomstrom in Uganda fließen wird. In Kooperation mit der chinesischen CNNC wird mit dem auf 2000 MW ausgelegte Buyende Atomkraftwerk die Energieversorgung diversifiziert.

Den Plänen Ugandas werden mit Sicherheit andere afrikanische Staaten folgen. Denn allein mit Rußland haben elf afrikanische Länder Abkommen zur nuklearen Kooperation geschlossen. Und in Ägypten ist seit letztem Jahr das AKW El Dabaa in Bau.

Georges Hallermayer

Tito-Inschriften

Josip Broz, der seit 1934 den Kampfnamen Tito trug, wurde am 7. Mai 1892 geboren und starb am 4. Mai 1980. An „Druze Tito“ (Genosse Tito) oder „dem Alten“, wie er zu Lebzeiten respektvoll genannt wurde, scheiden sich bis heute die Geister. Um so erstaunlicher ist es, daß 2022 in der steirischen Landeshauptstadt Graz die Ausstellung „Wo ist Tito? Tito in Situ“ zu besichtigten war, die sich mit einem bisher kaum beachteten Thema beschäftigte: mit Tito-Inschriften auf Bergen und Hügeln in Jugoslawien. Sie ist gegenwärtig noch bis zum 10. Juni im Goriški muzej – Grad Kromberk von Nova Gorica in Slowenien zu sehen. Von 1945 bis 1980 war der einstige Partisanengeneral Ministerpräsident und ab 1953 Staatschef der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Er schaffte es, den Vielvölkerstaat zu einen – und blieb dessen Symbol für viele bis heute. Unter dem Motto „Bratstvo i Jedinstvo“ (Brüderlichkeit und Einheit) hatte er die Volksbefreiungsarmee zum Sieg über den Faschismus geführt. Ab 1948 distanzierte sich Tito immer mehr von der UdSSR, den osteuropäischen Volksdemokratien sowie vom Nachbarn Albanien. 1950 kam es zum Bruch mit der Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung, nachdem die KPJ, an deren Spitze er seit 1937 stand, schon 1948 aus dem Kominform-Büro ausgeschieden war. Auf seine Einladung hin gründeten 1961 25 Staatschefs in Belgrad die antiimperialistische Bewegung der „Blockfreien Staaten“. Als er 1980 starb, herrschten Bestürzung, Fassungslosigkeit und Trauer im Land. Sein Modell des „humaneren Kommunismus in Jugoslawien“, wie er es nannte, brachte ihm in Zeiten des Kalten Krieges schnell „Unterstützung“ des Westens ein, der vor allem seine „Rebellion gegen Stalin lobte“. Erst nach dessen Tod 1953 kam es wieder zu einer Annäherung an die sozialistischen Staaten. 1974 besuchte Tito die DDR, wurde mit Herzlichkeit empfangen und erklärte dabei: „An uns liegt es jetzt, diese Freundschaft zu bewahren und weiter zu gestalten, denn wir sind zwei sozialistische Länder. Wir schreiten in Richtung des Sozialismus und Kommunismus fort, und die Generationen, die nach uns kommen, haben ein Recht, das von uns zu erwarten.“ (Neues Deutschland, 15.11.1974).

Wie kam die Kuratorin der erwähnten Ausstellung, Helene Thümmel, zu ihrem Thema? Sie studierte 2015/16 in Nova Gorica nahe der italienischen Grenze. Einer ihrer ersten Orientierungspunkte war ein Berg, auf dem in riesigen Lettern der Name Tito eingeschrieben ist. Sie begann, sich für die Geschichte dieser Inschrift zu interessieren und kam zu dem Ergebnis, daß der Name Tito auf dem Berg sich nicht nur auf den früheren jugoslawischen Präsidenten bezog, sondern auch auf seine Politik und eine Weltanschauung, von der sie nichts wußte.

In der Schule hatte sie darüber nichts gelernt, wußte auch nicht, daß es in den 90er Jahren Krieg gegeben hatte. Tito war für sie und ihre Generation eine historische Figur, die wie andere charismatische Persönlichkeiten heute vermarktet werden. Sie nennt als Beispiel Che Guevara, dessen Bild es auf Zigarettenschachteln und T-Shirts gibt, auf Eiscreme und Bikinis.



Inschrift auf dem Berg Sabotin bei Nova Gorica in Slowenien

Hier war es anders und Thümmel begann nachzuforschen, spürte in vielen Gegenden Jugoslawiens weitere derartige „Geoglyphen“ (Bodenzeichnungen) auf und dokumentierte sie mittels Videos, Objekten, Texten und Fotografien. Sie schildert, welche Fragen sich bei ihr einstellten: Was bedeutet es, einen Namen in die Landschaft zu schreiben, wo er dann für die Ewigkeit festgehalten wird? Ist es ein Trend oder ein Bedürfnis nach Anbetung? Eine Denkmals-tradition oder Nostalgie?

Sie untersuchte Satellitenbilder auf Veränderungen an den Geoglyphen und stellte fest: An manchen Stellen war die Inschrift „Tito“ zerstört worden, bei anderen sah man, daß sie restauriert worden waren. Eine wurde 2020 neu errichtet, nachdem sie vorher über Jahre von der Vegetation überwuchert wurde.

Im nächsten Schritt besuchte Thümmel im Frühjahr und Sommer 2021 fünfzehn der fünfundzwanzig Orte mit Tito-Bodenzeichen auf dem Gebiet der früheren SFRJ. Sie bereiste Orte wie Sabotin, Renče, Branik, Lipa, Kokoš, Vabriga, Barban, Goli otok, Sveti Grur, Krk, Dekani, Čakovec, Zagreb, Belgrad, und Prezid. Insbesondere in Gesprächen mit Menschen, denen sie dabei begegnete, versuchte sie, die Bedeutungen der Tito-Inschriften zu klären. Denn keine lokale Regierung stellt Regeln für die Geoglyphen auf, schneidet sie etwa zurecht, verlegt die Steine neu oder geht gegen ihren Verfall vor. Das besorgt entweder die lokale Bevölkerung, so Thümmel, oder niemand. Es kann geschehen, daß eine Tito-Inschrift verschwindet.

In ihrer Ausstellung formuliert sie auf einer Tafel, daß „Tito zu einer andauernden Debatte über Vergangenheit, Gegenwart und

Zukunft“ führt, zur Diskussion über die heutige Ökonomie und über „ein neues Gesellschaftssystem“. Ihre Hauptfrage aber ist, warum die Tito-Geoglyphen immer noch (oder wieder) existieren, wer sie instand hält und was sie für die lokale Bevölkerung bedeuten. 14 Orte konnte sie finden, um sie dreht sich die Ausstellung. In vielen Zeitzeugengesprächen erfuhr sie, daß die Tito-Inschriften auf einem Berg für viele nicht Kommunismus bedeuten, sondern Befreiung vom Faschismus. Die Jüngeren sehen in Tito oft eine historische Figur, die ihnen in ihrem heutigen politischen Kampf einen unterstützenden Hintergrund bietet.

Den Namen Tito auf einen Berg zu schreiben und ihn zu pflegen, bekommt eine besondere Bedeutung, betont Thümmel. In gewisser Weise kann ein Denkmal die Menschen vom Zwang zu heutiger politischer und historischer Korrektheit befreien, es öffnet den Weg zu einem kollektiven Gedächtnis. Denkmäler und Gedenkstätten sind wichtig für die breitere Wahrnehmung von Raum und Gesellschaft in einem Gebiet, aber sie lassen sich auch für Manipulationen und mißbräuchliche Informationen nutzen.

Aus solcher Sicht wird die aktuelle Vernichtung der Denkmäler für die gefallenen Soldaten der Roten der Armee in zahlreichen osteuropäischen Staaten, wie z. B. in Polen, zu einem Akt der Vernichtung historischer Bezugspunkte für viele Generationen. Als die klerikal-nationalistische PiS 2015 in Polen an die Regierung kam, gab es im Land noch 200 solcher Mahnmale. Laut einer jüngst zusammengestellten Liste existieren in Polen heute noch 60 Monumente, die dem Gedenken an die Befreiung vom deutschen Faschismus durch die Rote Armee gewidmet sind. Auch sie sollen aus dem öffentlichen Raum verschwinden. In der Ukraine ging man noch einen Schritt weiter und errichtete dem Faschisten Stepan Bandera laut Zählung der „Neuen Zürcher Zeitung“ mehr als 40 Denkmäler. Banderas Ideologie und die Verbrechen seiner Anhänger werden entweder verschwiegen oder schlichtweg geleugnet. Das Forschungsvorhaben und die Ausstellung Thümmels wurden von der Stadt Graz und der Steirischen Kulturinitiative „Ki“ finanziell unterstützt. Wie es weitergehen soll, ist nach Angaben der Kuratorin noch nicht geklärt. Sie wünscht sich, daß die Ausstellung in weiteren Städten Jugoslawiens gezeigt wird. Sie habe noch nicht alle der 25 noch existierenden Geoglyphen zwischen Mazedonien und Slowenien lokalisiert und deren Historie aufgearbeitet. Hier sei eine Bitte Thümmels weitergegeben: „Wenn Sie von Tito-Inschriften auf Hügeln wissen, die ich noch nicht gefunden habe, senden Sie mir bitte Hinweise, Bilder, Orte usw.“ Im Internet:

thuem.mur.at/tito-in-situ/

Dr. Michael Polster
Berlin

Chile 1973 (1)

In seiner Arbeit unter dem Titel „Österreichs Spitzendiplomatie vor Ort“ befaßt sich **Prof. Dr. Gerhard Oberkofler** u.a. auch mit den Pinochet-Putsch 1973 in Chile. RF dokumentiert in Folge Auszüge aus seinem Text.

Gerechtigkeit und Menschenwürde ist der Inhalt der chilenischen Volksfrontpolitik. Faschistische Kräfte schießen diese revolutionäre Bewegung unter Präsident Salvador Allende nieder.

Das von Spanien blutig kolonisierte, sich über 4000 Kilometer entlang der Westküste erstreckende Chile mit seiner im 16. Jahrhundert gegründeten und hauptsächlich von „Weißen“ bewohnten Hauptstadt San-

mit seiner Gier nach Profit ist, seit jeher die Völker unterdrückt und ausbeutet. Die Unidad Popular in Chile wollte als Volksfront dieses mörderische sozioökonomische System radikal verändern. Am Ende dieses revolutionären Prozesses sollte ein ethisch neu fundierter Mensch sein. In der marxistischen und christlichen Literatur wird immer wieder darüber diskutiert, wie das gelingen soll. In der notwendigerweise heterogenen Volksfront konnten nicht alle daran beteiligten Parteien und Gruppierungen einer Meinung sein. Die MAPU (Movimiento de Acción Popular Unitaria) und die MIR (Movimiento de Izquierda Revolucionaria) hatten andere Perspektiven als zur Kooperation bereiten Teile der Democracia Cristiana. Die Kom-

munistische Avantgarde übte in der Unidad Popular keinen entscheidenden Einfluß aus, festigte aber mit ihrer Koalitions politik jene demokratisch-parlamentarischen Illusionen, die der faschistischen Katastrophe vom 11. September 1973 vorausgegangen sind. (...) Die Erfahrungen aus dem spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 mit dem Streit um das Machbare wie in Katalonien zwischen Republikanern und Anarchisten wiederholten sich im Chile von Salvador Allende.

Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895) haben die

von Papst Franziskus (*1936) am Beginn seines Pontifikats in seiner Enzyklika „Fratelli tutti“ eingeforderte geschwisterliche Perspektive der Menschheit in ihrem „Manifest der Kommunistischen Partei“ vor 175 Jahren für die Menschheit vorweggenommen und als möglich erachtet. Die Pariser Kommune (18. März bis 28. Mai 1871) zeigte bei allen auftretenden und zur Tragödie führenden Inkonsequenzen, daß die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft durch eine Volksfront möglich sein kann und gehört deshalb zu den Sternstunden der Menschheitsgeschichte. (...) Das Lehrstück von Bertolt Brecht (1898–1956) über „Die Tage der Commune“ ist die Aufforderung an die Arbeiterklasse, die einmal errungene Macht nicht aus den Händen zu geben. Er läßt die Kommunarden singen: „Keine oder alle. Alles oder nichts. / Einer kann sich da nicht retten. / Gewehre oder Ketten. / Keiner oder alle. Alles oder nichts.“

Bei den Parlamentswahlen am 4. September 1970 erhielt die Unidad Popular mit 36,3 Prozent der Stimmen die einfache Mehrheit. In seiner Rede am 5. September 1970 vor der Bevölkerung von Santiago de Chile aus Anlaß des Wahlsieges bedankte sich Allende bei den Radikalen, den Sozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten, bei den Menschen der MAPU und der API (Acción Popular Independiente)

und Tausenden von Unabhängigen. „Wir werden“, so Allende, „unsere historische Verpflichtung, das Programm der Unidad Popular zu verwirklichen, erfüllen.“

Das Parlament bestätigte am 24. Oktober 1970 mit 153 von 200 Stimmen Allende als Präsidenten. Er war damit Nachfolger des strikt antikommunistischen Eduardo Frei Montalva (1911–1982), der mit seinem widersprüchlichen Reformprogramm Senator und Vorsitzender der Christdemokraten blieb. Am 3. November 1970 übernahm Allende das Amt mit Sitz im Moneda-Palast in Santiago de Chile und begann, (...) mit der Unidad Popular den in der Ferne liegenden Weg, Chile „in demokratischem Pluralismus, Freiheit und Gleichheit“ umzugestalten. Der Botschafter der USA in Chile Edward M. Korry (1922–2003) schreibt an das Kabinett von Präsident Richard Nixon (1913–1994), es sei eine betrübliche Tatsache, daß Chile den „Weg zum Kommunismus“ angetreten habe. Henry A. Kissinger (*1923) bewertete als Sicherheitsberater von Präsident Nixon die Übernahme der Regierungsgewalt durch Allende als eklatanten Verstoß „gegen die fundamentalen nationalen Interessen der Vereinigten Staaten“. In den USA wurde deshalb ein Kreuzzug gegen Chile vorbereitet und der Direktor des Central Intelligence Agency (CIA) Richard Helms (1913–2002) beauftragt, den Sturz von Salvador Allende voranzutreiben. Kissinger hat die gleichermaßen mörderische wie heimtückische US-Außenpolitik zu verantworten. Er konnte seine Brutalität und Grausamkeit bis hin zum unverhohlenen Aufruf zum Völkermord hinter seiner von den westlichen Wertepredigern hofierten intellektuellen Maske gut verbergen. Noam Chomsky (*1928) hat das wiederholt festgestellt.

Die Unidad Popular hat innerhalb der respektierten bürgerlichen Gesellschaft einen revolutionären Weg eingeschlagen. Dabei wurde sie viele Monate von den Mittelschichten des Bürgertums unterstützt, zumal die revolutionäre antikapitalistische Zielsetzung von Salvador Allende noch nicht im Vordergrund stand. Signale waren die Dekrete über die kostenlose Ausgabe von täglich einem halben Liter Milch an alle Kinder unter 15 Jahren ab November 1970 und ab Dezember 1970 die kostenlose Verteilung von fünf Millionen Schulbüchern. Die Unidad Popular begann mit der politischen Kontrolle des Bankensystems und gab im Dezember 1970 der Chilenischen Zentralbank den Auftrag zur absoluten Devisenkontrolle. Den Vermögensabflüssen der reichen Eliten wie der Latifundisten wurde dadurch ein Riegel vorgeschoben. Außenpolitisch wurden diplomatische Beziehungen zu Kuba (12. November 1970), zu China und den sozialistischen Staaten aufgenommen. Von dort erhoffte sich die Unidad Popular, Anregungen für ihre sozialistischen Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten. Ende 1970 wurden die Voraussetzungen für die Verstaatlichung der Großunternehmen der Kupferindustrie geschaffen. Das Jahr 1971 brachte für das chilenische Volk die Verstaatlichung aller Banken,



Kubanische Briefmarke zum 10. Jahrestag des Putsches in Chile

tiago de Chile hat heute etwa 19 Millionen Einwohner. „In den Salpeterwüsten, in den unterseeischen Kohlebergwerken, auf den schrecklichen Höhen, wo das Kupfer liegt, das die Hände meines Volkes in unmenschlicher Arbeit fördern, entstand“, so der chilenische Poet Pablo Neruda (1904–1973), „eine Befreiungsbewegung von grandiosem Ausmaß“. Diese Befreiungsbewegung mit dem Namen Unidad Popular (UP) war ein Wahlbündnis von linken chilenischen Parteien und Gruppierungen und ist am 17. Dezember 1969 gegründet worden. Ihr Präsidentenchaftskandidat war der Mitbegründer der sozialistischen Partei (1933) Salvador Allende Gossens (1908–1973). Dieser war bürgerlicher Herkunft, hat das Medizinstudium absolviert und war praktizierender Arzt. Mit marxistischen Anschauungen ist Allende nicht aufgewachsen, er hat sich seine Parteimitgliedschaft für die Armen und Ausgebeuteten als humanistisch denkender Intellektueller in seinem Werdegang angeeignet. Seine Persönlichkeit erinnert an Jean Paul Marat (1743–1793), der als angesehener Mediziner das Widerstandsrecht der Unterdrückten mit der Losung „Erhebe dich, Souverän Volk“ gefordert hat. (...) Unabweisbar ist die Tatsache, daß die kapitalistische Wirtschaft, deren Fundament das Privateigentum an den Produktionsmitteln

also auch der Privatbanken. Verstaatlicht wurden die Kohlengruben, die Bodenreform enteignete die Latifundien und in staatlichen und halbstaatlichen Betrieben kam es zur Bildung von Produktionskomitees. Bis Ende 1971 wurden 1300 Latifundien mit 2,4 Millionen Hektar, 70 Monopole und 90 Prozent der Bankkonzerne von der Unidad Popular unter staatliche Kontrolle gebracht. Die von der UP angestrebte planmäßige und straffe Wirtschaftspolitik verlief nicht gradlinig, die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Kooperation mit den sozialistischen Ländern stieß notwendigerweise auf Grenzen. Das ambitionierte Bildungsprogramm konnte die mit der Zurückdrängung des ausbeuterischen Wirtschaftssystems entstehenden Probleme im Konsum- und Produktionsbereich, die von den aus den USA unterstützten reaktionären Kräften und von den beharrenden Organen im Staatsapparat nachhaltig geschürt wurden, nur in fortschrittlichen Teilen der Jugend verständlich machen. Die Reaktion verschärfte ihre Wirtschaftssabotagen. Fuhrunternehmer richteten mit ihrem am 12. Oktober 1972 beginnenden Transport- und Versorgungstreik einen riesigen

Schaden an, in Santiago de Chile und einigen Provinzen mußte der Ausnahmezustand ausgerufen werden.

Bei den Parlamentswahlen am 4. März 1973 erhielt die UP 43,4 Prozent der Stimmen, Allende blieb vom Volk mehrheitlich gewählt im Amt. Das bisher mehrheitlich loyale Militär war keine kubanische Volksarmee, es bildeten sich in ihm konterrevolutionäre Gruppierungen. Am 27. März 1973 begannen die von der Reaktion und der CIA aufgewiegeln Teile des ingenieurtechnischen Personals der staatlichen Kupfermine El Teniente einen Streik, die Bundesrepublik Deutschland sperrte am 4. April 1973 einen zugesagten 45 Millionen DM Kredit. Allende hat nicht nur amerikanisches Eigentum verstaatlicht, „er hatte sich“, so Kissinger, „dem totalitären Marxismus-Leninismus verpflichtet“. Prioritäres Ziel der Politik der USA war der Sturz von Salvador Allende und seiner Unidad Popular. Mit einem konsolidierten sozialistischen Chile und mit dem revolutionären Kuba unter Führung von Fidel Castro (1926–2016), der am 10. November 1971 zum Staatsbesuch nach Chile gereist ist, konnte sich die Revolution wie ein Virus auf ganz Lateinamerika

ausdehnen. Das galt es zu verhindern. Im Ergebnis dieser vom globalen Imperialismus unterstützten teuflischen US-Politik putschte am 11. September 1973 das chilenische Militär unter Führung des Heereschefs General Augusto Pinochet (1915–2006), der 19 Tage zuvor von Präsident Allende an Stelle von Carlos Prats González (1915–1974) ernannt worden war. Pinochet und seine Junta leisteten dem von Präsident John F. Kennedy (1917–1963) an die lateinamerikanischen Streitkräfte ausgegebenen US-Befehl Folge, sich um die „innere Sicherheit“ in ihren Ländern zu kümmern. Im Einklang mit den USA und der Großbourgeoisie begann die Militärjunta systematisch zu morden, zu foltern und zu deportieren. Eine einheitliche Statistik darüber gibt es nicht. Amnesty International hat 1974 von 15 000 Toten durch den Putsch des 11. September 1973 und die nachfolgenden politischen Morde gesprochen. Dazu kommen bis 1981 rund 2200 Verschwundene, 155 000 politische Gefangene in sechzehn Lagern und mehrere hunderttausend Flüchtlinge.

Quelle: Zeitung der Arbeit, Wien, 5.4.23

Bilanz eines Verbrechens

Matin Baraki ist langjähriger „RotFuchs“-Autor und lehrte lange Jahre an der Universität Marburg Internationale Politik. Mit dem Buch „Afghanistan. Revolution, Intervention, 40 Jahre Krieg“, das er „den Opfern des US-geführten Krieges gegen Afghanistan“ widmet, hat er das Standardwerk zur Geschichte des am meisten geschundenen Landes der Gegenwart geschrieben. Es ist eine Chronik des Grauens, die Baraki in sachlicher, selten polemischer Sprache vorträgt. Hervorzuheben ist: Mehr als 100 Seiten des Buches umfaßt ein Abschnitt mit Dokumenten, einer Zeittafel und einer Literaturliste. Vermutlich sind hier zum ersten Mal in deutscher Sprache das Grundsatzprogramm der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA), die sich selbst als marxistische Partei verstand, von 1965 zu lesen, Reden ihrer führenden Vertreter sowie zahlreiche Dokumente, aus denen hervorgeht, wie sich die Führung der Sowjetunion 1979 dagegen sträubte, der DVPA-Bitte um eine militärische Intervention nachzukommen. Der Band enthält eine Liste mit 21 Gesuchen um Militärhilfe und Truppenentsendung.

Was der Autor schildert, ist ein Lehrbeispiel für die globale Gewaltdiktatur des heutigen Imperialismus, aber auch für die Grenzen seiner Macht. Zu dessen Machenschaften gehörte die Falle, welche die USA der Sowjetunion in Afghanistan stellten: Bereits im Sommer 1979 hatte der damalige US-Präsident James Carter grünes Licht für den verdeckten bewaffneten Kampf gegen die DVPA-Revolutionsregierung gegeben. Der seitdem andauernde Versuch aber, das geopolitisch wichtige Land militärisch zu unterjochen und einheimischen

Marionetten auszuliefern, ist am 15. August 2021 mit der erneuten Machtübernahme durch die Taliban, der kopflosen Flucht westlicher Soldaten und ihrer einheimischen Kollaborateure vor den Augen der Weltöffentlichkeit gescheitert. Baraki nennt das zurecht eine „epochale Niederlage der US-Imperialmacht nach ihrem historischen Desaster 1975 in Vietnam“. Das Ergebnis allerdings ist für Land und Bevölkerung eine Katastrophe. Der Autor verfolgt die Geschehnisse bis zum März 2023 und schildert am Schluß des Buches in bitteren Worten die verzweifelte Lage von Mädchen und Frauen unter den Taliban.

Die 16 Kapitel des Buches enthalten einleitend ein Resümee der „Theorie einer Nationaldemokratischen Revolution“, d. h. des marxistischen Konzepts, wonach in der sogenannten Dritten Welt die Durchsetzung des Kapitalismus auf dem Weg zum Sozialismus durch eine nationaldemokratische Entwicklung übersprungen werden kann. Dieses Ziel übernahm die DVPA 1965. Aber in Afghanistan wurde dieser Kampf, erläutert der Politikwissenschaftler Werner Ruf in seinem Vorwort, dadurch kompliziert, daß die zutiefst archaische Gesellschaft des Landes geprägt war (und dies weitgehend bis heute ist) durch reaktionäre, patriarchalische Stammesstrukturen, die sich den mehr oder weniger fortschrittlichen Regierungen und sozialistischen Perspektiven „massiv widersetzten“. Auch die DVPA scheiterte, und Baraki spart nicht mit Kritik. Kapitel V trägt die Überschrift: „Das historische Versagen der DVPA“. Zusammenfassend schreibt er: „Die DVPA war keine revolutionäre Partei, dafür fehlten ihr alle Voraussetzungen, sowohl

die proletarische Basis als auch fundiertes ideologisches Wissen und kampferfahrene Kader. Sie war eher eine kleinbürgerliche, in Teilen nationalistische Partei.“

Baraki schildert detailliert die politischen Kämpfe in Afghanistan nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart und beschönigt nichts. Eine Alternative zu den Taliban, schreibt er, sei „leider nicht in Sicht“. Er plädiert dafür, die Fundamentalisten regional und international zu integrieren und mit ihnen projektgebunden entwicklungspolitisch zusammenzuarbeiten. Eine Isolation führe zu Kompromißlosigkeit, ihr Scheitern mache den Weg für den Ableger des „Islamischen Staats“ frei. Das aber könnte erneut als Vorwand für einen US- oder NATO-Krieg dienen. Bei aller Trauer und allem Zorn bewahrt sich der Autor einen realistischen Blick auf die Verhältnisse. Er hat ein Handbuch über eines der größten Verbrechen des heutigen Imperialismus geschrieben.

Arnold Schölzel



Matin Baraki:
Afghanistan.
Revolution,
Intervention,
40 Jahre Krieg.
PapyRossa Verlag,
Köln 2023,
287 Seiten,
19,90 Euro

Geschichte der Ukraine (3)

Der Westen, einschließlich der USA, erkannte bereits vor einhundert Jahren den strategischen und wirtschaftlichen Wert der Ukraine. Sie versuchten, das Land in eine westliche Halbkolonie zu verwandeln und Rußland von allen europäischen Meeren abzutrennen.

Deutschland und Österreich-Ungarn zwangen die Sowjetmacht in Brest-Litowsk zum Verzicht auf Finnland, das Baltikum und die Ukraine. Die ukrainische Sowjetregierung wurde nicht als Verhandlungspartner anerkannt, dafür die abgeschlagene Zentralrada. Im Frühjahr 1918 marschierten die Deutschen ein und okkupierten bis Juni nicht nur die gesamte Ukraine und Georgien, sondern liquidierten die kurz vorher etablierte Sowjetmacht im Baltikum und Finnland mit Hilfe einheimischer Weißgardisten. Sie setzten die ihrer Meinung nach unfähige Zentralrada ab und etablierten eine „rein“ bürgerlich-nationalistische Regierung unter Ataman Piotr Skoropadsky. Dessen Streitkräfte wurden von dem ehemaligen Sozialdemokraten Semjon Petljura, dem Führer der späteren Nationalisten, organisiert. Da die Ukraine rücksichtslos ausgeplündert wurde, kam es zu erheblichem Widerstand von zumeist roten Partisanenabteilungen, aber auch anarchistischen Formationen unter Nestor Machno. Jene Abteilungen, die an ein freies Kosakenleben anknüpften und alle Bauern vor jeglichen Abgaben schützen wollten, verfügten über großen Zulauf. Dennoch gelang es den Roten, mit ihnen zeitweise effektive Absprachen im Kampf gegen die Deutschen und ukrainischen Nationalisten zu erzielen.

Die Nationalisten hingegen konnten sich unter den Deutschen in militärischer Hinsicht festigen. Sie setzten die deutschen Forderungen erbarmungslos gegen das eigene Volk durch, büßten aber gerade dadurch immer mehr an Einfluß ein. Allein in der zentralen und Westukraine war dieser noch groß. Durch die anwachsende revolutionäre Bewegung in der Ukraine ermuntert, versuchten die linken Sozialrevolutionäre – ein Bündnispartner der Bolschewiki in der Sowjetregierung – Rußland zum Krieg gegen die Deutschen zu bewegen. Dazu nutzten sie den Sowjetkongreß im Juli 1918, wo sie die Stimmung hierfür anheizten. Doch Lenin lehnte ab und verwies auf eine baldige deutsche Revolution, die das Kräfteverhältnis grundsätzlich ändern würde. Hätte sich Lenin darauf eingelassen, wären die Deutschen weiter vorgestoßen und hätten die Sowjetmacht beseitigt. Zudem gab es schon eine Menge konterrevolutionärer Aufstände. All dem hatte die Sowjetmacht zu jener Zeit nicht viel entgegenzusetzen.

Daraufhin ließen die linken Sozialrevolutionäre durch einen ihrer Genossen in der Tschecha den deutschen Botschafter ermorden. Mit ihnen verbündete Abteilungen, einschließlich der Moskauer Tschecha-Reiterabteilung, an deren Spitze Sozialrevolutionäre standen, besetzten Moskau, beschossen den Kreml und stellten Lenin ein Ultimatum.

Es gelang der Sowjetmacht jedoch, außerhalb Moskaus Truppen zusammenzuziehen,

hierbei vor allem die lettische Schützendivision, und den Putsch niederzuschlagen. Die Lage der Sowjetmacht blieb dennoch dramatisch. Im Norden und Osten landeten 1918 die ersten der aus 14 Staaten kommenden Interventionen, angeblich, um Rußland gegen die Deutschen zu unterstützen. Doch Rußland hatte mit den Deutschen einen Friedensvertrag. Jene Truppen sind auch nie gegen die Deutschen angetreten. Sie wollten allein die Sowjetmacht beseitigen, prowestliche Marionettenregierungen einsetzen und Teile Ruß-



Moskau, Pawlowsker Straße: Hier fand am 30. August 1918 das Attentat auf Lenin statt

lands abspalten. Durch diese Vorstöße und die eigenen konterrevolutionären Truppen unter Koltschak, Denikin, Judenitsch, Kornilow u. a. schrumpfte das von den Sowjets kontrollierte Territorium auf ein Fünftel zusammen.

Die deutsche Niederlage im November 1918 verschaffte Sowjetrußland aber kaum Erleichterung. Die mit Erlaubnis des Westens im Baltikum verbleibenden deutschen Streitkräfte verhinderten die Wiedererrichtung der Sowjetmacht im Baltikum. Hier tobte bis 1920 ein Bürgerkrieg, den die Roten verloren. Unter den deutschen Truppen, die auch mit Billigung der deutschen Regierung, geflohenen russischen Weißgardisten und einheimischen Nationalisten brutal mit den Linken abrechneten, bildeten sich sogenannte Freikorps („Baltikumer“), die militärischen Keimzellen des deutschen Faschismus. Mit den baltischen Rechten begründeten sie eine antisowjetische und antirussische Waffenbrüderschaft, die bis heute hält.

Die deutsche und österreichische Novemberrevolution eröffnete dann den Weg für die Schaffung eines unabhängigen polnischen Staates. Der trat nun an, um sich an der Erbmasse des Zarenreiches zu bedienen.

Das traf auch auf Rumänien zu. Mit den Tschechoslowaken besetzten sie kleinere westukrainische Gebiete (Karpato-Ukraine, Bukowina), die vorher zur Donaumonarchie gehört hatten. Rußland bzw. der Sowjetukraine nahmen sie 1918 Bessarabien ab. Jene Annexion wurde von den Sowjets nie akzeptiert und belastete die Beziehungen zu Bukarest über Jahrzehnte.

Nach dem Rückzug der Deutschen nahm Polen seine seit dem 17. Jahrhundert unterbrochene Ostexpansion wieder auf. Dem widersetzten sich in der Westukraine die ukrainischen Nationalisten schon im November 1918. Die schufen die Westukrainische Volksrepublik mit der Hauptstadt Lwow, die sie allerdings nicht erobern konnten. Das neue Polen konzentrierte seine jungen Streitkräfte, die in hartnäckigen Kämpfen die Ukrainer hinter den Zbrucz-Fluß vertrieben. Der bildete bis 1939 die polnische Ostgrenze zur Ukraine.

1919 zerschlugen die Polen die litauisch-belorussische Sowjetrepublik. Der Versuch, hier einen propolnischen Satellitenstaat zu schaffen, scheiterte am Willen der belorussischen Bourgeoisie. Sie fühlten sich allein außerstande, mit der weiterhin existierenden revolutionären Bewegung fertigzuwerden. Daher wurde ein Teil Belorußlands von Polen annektiert.

Die Polen verfügten in dieser Region über die stärksten Streitkräfte, die bald auf eine Million Soldaten anwuchsen. Die Schwäche der Roten Armee war offensichtlich und so fehlte es nicht an Aufforderungen an Marschall Piłsudski, vor allem von russischen Weißgardisten und Franzosen, der Sowjetmacht einen empfindlichen Schlag – in Polen behauptet man heute, den Todesstoß – zu versetzen. Doch der Marschall lehnte ab und informierte die Sowjets, daß er nicht auf Moskau vorstoßen würde. Damit erwies er den Bolschewiki einen wertvollen Dienst, was auch heute noch so gesehen wird.

Das geschah nicht aus Sympathie für die Roten, sondern aus kühler Berechnung, denn inzwischen hatte sich vor allem in der Ukraine und somit Rußland einiges verändert:

Nach dem Abzug der Deutschen stürzte die Marionettenregierung. Nun kamen die Nationalisten direkt an die Macht (Direktorium). Sie wurden von den Amerikanern mit Waffen im Wert von 11 Mrd. Dollar und auch von den Franzosen unterstützt. Die Nationalisten verfügten aber nur über einen Teil der Ukraine. Die wollten sie nun ganz und noch dazu einige russische Gebiete erobern. Dem machten die Weißgardisten unter Denikin einen Strich durch die Rechnung. Unterstützt von britischen und französischen Truppen, die an der Küste des Schwarzen Meeres gelandet waren, gab es eine neue und scheinbar noch gefährlichere Bedrohung der Sowjetmacht. Denikin, der sich schon als Sieger glaubte, wollte das alte Zarenreich wiederherstellen. Demzufolge lehnte er die ukrainische und sogar polnische staatliche Unabhängigkeit ab. Mit dem wollten die Polen nichts zu tun haben und setzten auf die Sowjets, die ihrer Meinung nach ohnehin schwächer als ein neues weißes Rußland sein würden.

In der Ukraine kämpfte offenbar nun faktisch jeder gegen jeden. Das wurde den Weißen zum Verhängnis, zumal die Bauern die vorrevolutionären Verhältnisse, die ihnen die Rechten prophezeiten, entschieden ablehnten und in die Reihen der Roten Armee strömten.

Im Graben des Krachs

Wenn der gesamte Mechanismus der Produktionsweise versagt:
Friedrich Engels über die periodischen Krisen des Kapitalismus

Die materialistische Anschauung der Gesellschaft geht von dem Satz aus, daß die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist; daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte, und mit ihr die soziale Gliederung in Klassen oder Stände, sich danach richtet, was und wie produziert und wie das Produzierte ausgetauscht wird. Hiernach sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise, sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Ökonomie der betreffenden Epoche. Die erwachende Einsicht, daß die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen unvernünftig und ungerecht sind, daß Vernunft Unsinn, Wohltat Plage geworden, ist nur ein Anzeichen davon, daß in den Produktionsmethoden und Austauschformen in aller Stille Veränderungen vor sich gegangen sind, zu denen die auf frühere ökonomische Bedingungen zugeschnittene gesellschaftliche Ordnung nicht mehr stimmt. (...)

Wir sahen, wie die aufs höchste gesteigerte Verbesserungsfähigkeit der modernen Maschinerie vermittelt der Anarchie der Produktion in der Gesellschaft sich verwandelt in ein Zwangsgebot für den einzelnen industriellen Kapitalisten, seine Maschinerie stets zu verbessern, ihre Produktionskraft stets zu erhöhen. (...) Die Ausdehnung der Märkte kann nicht Schritt halten mit der Ausdehnung der Produktion. Die Kollision wird unvermeidlich, und da sie keine Lösung erzeugen kann,

solange sie nicht die kapitalistische Produktionsweise selbst sprengt, wird sie periodisch. (...)

In der Tat, seit 1825, wo die erste allgemeine Krisis ausbrach, geht die ganze industrielle und kommerzielle Welt, die Produktion und der Austausch sämtlicher zivilisierten Völker und ihrer mehr oder weniger barbarischen Anhängsel, so ziemlich alle zehn Jahre einmal aus den Fugen. Der Verkehr stockt, die Märkte sind überfüllt, die Produkte liegen da, ebenso massenhaft wie unabsetzbar, das bare Geld wird unsichtbar, der Kredit verschwindet, die Fabriken stehen still, die arbeitenden Massen ermangeln der Lebensmittel, weil sie zuviel Lebensmittel produziert haben. Bankerott folgt auf Bankerott. Zwangsverkauf auf Zwangsverkauf. Jahrelang dauert die Stockung, Produktivkräfte wie Produkte werden massenhaft vergeudet und zerstört, bis die aufgehäuften Warenmassen unter größerer oder geringerer Entwertung endlich abfließen, bis Produktion und Austausch allmählich wieder in Gang kommen. Nach und nach beschleunigt sich die Gangart, fällt in Trab, der industrielle Trab geht über in Galopp, und dieser steigert sich wieder bis zur zügellosen Karriere eines vollständigen industriellen, kommerziellen, kreditlichen und spekulativen Steeplechase (Pferderennen über Hindernisse, jW), um endlich nach den halsbrechendsten Sprüngen wieder anzulangen im Graben des Krachs. (...) Und der Charakter dieser Krisen ist so scharf ausgeprägt, daß (Charles) Fourier (1772-1837, sozialistischer Gesellschaftstheoretiker, jW) sie alle traf, als er die erste bezeichnete als: Crise plethorique, Krise des Überflusses. (...) Die Tatsache, daß die gesellschaftliche Organisation der Produktion innerhalb der Fabrik

sich zu dem Punkt entwickelt hat, wo sie unverträglich geworden ist mit der neben und über ihr bestehenden Anarchie der Produktion in der Gesellschaft – diese Tatsache wird den Kapitalisten selbst handgreiflich gemacht durch die gewaltsame Konzentration des Kapitals, die sich während der Krisen vollzieht vermittelt des Ruins vieler großer und noch mehr kleiner Kapitalisten. Der gesamte Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise versagt unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten Produktivkräfte. Sie kann diese Masse von Produktionsmitteln nicht mehr alle in Kapital verwandeln; sie liegen brach, und ebendeshalb muß auch die industrielle Reservearmee brachliegen. Produktionsmittel, Lebensmittel, disponible Arbeiter, alle Elemente der Produktion und des allgemeinen Reichtums sind im Überfluß vorhanden. Aber „der Überfluß wird Quelle der Not und des Mangels“ (Fourier), weil er es gerade ist, der die Verwandlung der Produktions- und Lebensmittel in Kapital verhindert. Denn in der kapitalistischen Gesellschaft können die Produktionsmittel nicht in Tätigkeit treten, es sei denn, sie hätten sich zuvor in Kapital, in Mittel zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft verwandelt. (...) So oder so, mit oder ohne Trusts, muß schließlich der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, die Leitung der Produktion übernehmen.

Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In französischer Sprache 1880 erschienen, deutsche Erstausgabe 1882. Hier zitiert nach: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke Bd. 19. Dietz-Verlag, Berlin 1976. Seiten 210–221

Entnommen der jungen Welt, 24./25.9. 2022

HINTERTÜR ZUR UNGEBÜHR*

Was dringend notwendig sei zu beenden,
Sind diese Unternehmensspenden,
Mit denen erst kürzlich, unverteilt,
Ein Großunternehmen angeeckt.

„Abgeordnetenwatch“ und „Der Spiegel“
Protokollierten mit Brief und mit Siegel,
Was sich forsch mit ruhig Blut,
Hinter verschlossenen Türen so tut.

So zeigte zwar sträflich ungesund,
Ein Großkonzern im Parteienverbund,
Leichtfertig deutlich im Belieben,
Wie Geld und Tun sich zusammenschieben.

Einhunderttausend Euro in Scheinen,
Wären ein Grund, vor Freude zu weinen,
Bekämen die Bürger Teile der Summen.
Doch vordringlich galt, die Welt zu verdummen.

Wohin mit dem Batzen zur ewigen Ruh?
Friedrich Merz wußte Rat, sprach kurz: „CDU!“

Lutz Jahoda



*Laut t-online (Nachrichten für Deutschland) traf sich CDU-Chef Friedrich Merz mit einem Vertreter der deutschen Vermögensberatung.

Noch am selben Tag gab es eine üppige Parteispende. Eine Sprecherin der CDU teilte mit, daß die Großspende umgehend der Bundestagsverwaltung gemeldet und durch diese veröffentlicht worden sei.

Mein Zusatzkommentar: Kein Vergleich zum Geldtrust Paul Getty. Neider, beruhigt euch, alles Paletti!

Größte deutsche Wohnungskonzerne in der Hand von BlackRock & Co

77 000 und eine Unterschrift mit der Forderung nach Enteignung übergab die „Initiative Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ im Juni 2022 dem Berliner Senat. Laut Landesgesetz hätten nur 20 000 Unterschriften innerhalb von sechs Monaten für die Zulassung zum Volksbegehren gesammelt werden müssen. Die Initiative schaffte die 77 001 in nur zwei Monaten. Neben der Deutschen Wohnen sollen alle privaten Wohnungsunternehmen mit einem Bestand von mehr als 3000 Wohnungen enteignet werden. Allein Deutsche Wohnen (115 500 Wohnungen in Berlin) und Vonovia (44 000) gehören mehr als 10 % aller 1,5 Millionen Berliner Mietwohnungen.

Die sechs Wohnungskonzerne holten 2018 aus ihren Mietern einen Brutto-Profit (vor Steuern) von aggregiert fast zehn Milliarden heraus: 9,52 Mrd. Euro. Nach Steuern blieb davon ein Netto-Profit von 6,32 Mrd. Euro. Dieser wird zu etwa der Hälfte als Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet

– zuvorderst an die Finanzkonzerne und Vermögensverwalter BlackRock, MFS und andere. Mieter sind so gesehen Melkkühe, die Vermögende noch reicher machen.

Bei Enteignung der Konzerne und Überführung in Gemeineigentum ließen sich statt der jetzigen Profite für Dividenden und Wohnungsaufkäufen sehr wohl Wohnungen bauen: bei 6,3 Milliarden Euro Nettoprofit etwa 40 000 (ohne Grundstückskosten).

Auch der Staat verdient am jetzigen Mietwucher: Die Differenz zwischen Bruttogewinn und Nettoprofit – bei den sechs Wohnungskonzerne gut drei Milliarden Euro – ist größtenteils auf Ertragsteuern zurückzuführen (teilweise auch Zinsen – drei der sechs Konzerne weisen nur das EBIT aus: Gewinn vor Zinsen und Steuern).

Nehmen wir den Steueranteil mit zwei Drittel, dann kassiert der Staat über zwei Milliarden Euro an Steuereinnahmen, allein von den sechs Konzernen. Das ist weit mehr als die Öffentliche Hand pro Jahr an

Zuschüssen für den Sozialen Wohnungsbau bereitstellt. 2019 leistet der Bund 1,5 Mrd. Euro sogenannte Kompensationszahlungen („Entflechtungsmittel“) an die Länder, die seit 2006 für den Sozialen Wohnungsbau zuständig sind (in den Jahren davor waren es noch weniger).

Privatwirtschaftliche Wohnungskonzerne bauen in der Regel keine Wohnungen, sie kaufen Wohnungen auf. Am liebsten im Tausenderpack, indem sie kleinere Wohnungsunternehmen übernehmen bzw. mit ihnen fusionieren.

Dr. Fred Schmidt

Auszug aus einem längeren Beitrag des Autors, der Mitarbeiters des isw-Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. in München ist

Quelle: FREIDENKER, Nr. 4-22

Obdachlosigkeit – strukturelle Gewalt in einem reichen Land

Obdachlosigkeit ist neben dem (Ver-)Hungern, (Ver-)Dursten, dem (Er-)Frieren und dem Fehlen einer medizinischen Grundversorgung die krasseste Form der Armut, wobei die genannten Leidenszustände von Menschen oft miteinander verbunden sind. Entgegen dem vorherrschenden Armutsbild gibt es diese existenzielle Not nicht bloß in den Entwicklungsländern des globalen Südens, sondern auch in der Bundesrepublik. Menschen, die in einem so reichen Land keine Wohnung haben und obdachlos werden, sind „struktureller Gewalt“ (Johan Galtung) ausgeliefert.

Laut einer Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe gab es nach einem zwischenzeitlichen Rückgang 2018 wieder 678 000 Wohnungslose, darunter 441 000 anerkannte Flüchtlinge. 41 000 Menschen, darunter in manchen Großstädten fast die Hälfte osteuropäische EU-Bürger, lebten seinerzeit auf der Straße. Während der Covid-19-Pandemie hat die Zahl der Betroffenen zugenommen. Ohne die rückläufige Zahl der Geflüchteten ohne Wohnung ergab sich zum Stichtag 30. Juni geschätzt ein Anstieg von 4,6 Prozent zwischen 2019 und 2020. Hatten am 30. Juni 2019 hierzulande circa 151 000 Deutsche kein Mietverhältnis, so waren es 2020 circa 158 000 Personen, von denen etwa 45 000 obdachlos waren. Gestiegen ist die Zahl der Mittelschichtangehörigen, Freiberufler, Soloselbstständige

und gescheiterte Existenzgründer darunter. Teilweise führte der pandemische Ausnahmezustand zu einer totalen Verelendung. Obdachlose konnten trotz der Infektionsgefahr nicht – wie von Medizinern, Virologen und Politikern gleichermaßen gefordert – „zu Hause bleiben“, aber während des wiederholten Lockdown auch weder Straßenzeitungen verkaufen noch Pfandflaschen sammeln oder ihren Lebensunterhalt mit Betteln verdienen, weil die nötigen Passanten ausblieben oder aus Furcht vor Ansteckung auf Distanz zu ihnen gingen.

Ohne eine grundlegende Wende in der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik wird die Obdachlosigkeit in Deutschland weiter zunehmen. Nötig sind die Wiederherstellung der Wohnungsgemeinnützigkeit und die Wiederbelebung des kommunalen Wohnungsbaus. Neben einem gesetzlichen Mindestlohn, der mehr als zwölf Euro brutto pro Stunde betragen müsse und keine Ausnahmen kennen dürfte, gehört eine bedarfsgerechte, armutsfeste und repressionsfreie Grundversicherung, die ohne Sanktionen, ohne am Substandard orientierte Mietobergrenzen sowie ohne Pauschalierung der Wohn- und Heizkosten auskommt, zu den erforderlichen Gegenmaßnahmen.

Eine überraschende Betriebsschließung, die Kündigung des Arbeitsverhältnisses sowie Beziehungskrisen, Ehekonflikte und Suchterkrankungen sind zwar Auslöser, nicht

jedoch Ursachen der Obdachlosigkeit. Diese sind zu finden in den bestehenden Gesellschaftsstrukturen, den herrschenden Eigentumsverhältnissen und sich häufenden sozioökonomischen Krisenerscheinungen. Nirgendwo versagt das kapitalistische Wirtschaftssystem so eklatant wie bei der Wohnraumversorgung. Da Wohnungen hierzulande wie Würstchen, Wandteppiche und Wegwerftaschentücher als Waren be- und gehandelt werden, können sich Menschen ohne oder mit geringem Einkommen auf dem entsprechenden Markt nicht behaupten.

Viele Kapitalanleger fürchteten im Gefolge der globalen Finanz-, Weltwirtschafts- und europäischen Währungskrise Bankenpleiten und Börsenzusammenbrüche. So wurde „Betongold“ immer beliebter. Die Immobilienbranche boomt wie nie. Vonovia und Deutsche Wohnen bildeten per Megafusion den größten Immobilienkonzern Europas, internationale Finanzinvestoren entdeckten deutsche Immobilien als Spekulationsobjekt und unterwerfen diesen für die Bevölkerung existenzwichtigen Lebensbereich noch stärker ihrer Profitlogik. BlackRock & Co. tragen als Eigentümer und Vermieter riesiger Wohnungskomplexe maßgeblich zur Mietexplosion in den Städten bei.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Quelle: Lunapark21, 23. Mai 2022

„Handwerker für den Frieden“ meldeten sich zu Wort

Am Vormittag des 2. April, einem Sonntag, machten wir uns auf den Weg zu den Handwerkern, die im Dessauer Technikmuseum „Hugo Junkers“ zu ihrem ersten Friedenskongreß eingeladen hatten.

In dessen Räumen sind u.a. auch Flugzeuge ausgestellt, die in Hitlers Rüstungsindustrie eine unrühmliche Rolle spielten. Junkers-Flugzeuge brachten der Welt Tod und Verderben. Doch die Menschen, die an jenem Sonntag an der Veranstaltung teilnahmen, kamen, um ihre Stimme gegen Krieg und Aufrüstung zu erheben, denn sie wissen: Handwerk kann nur im Frieden gedeihen. Der Protest der Handwerker gegen die deutsche Kriegspolitik begann im August letzten Jahres, als sie forderten, die verheerenden Wirtschaftssanktionen gegen Rußland zu beenden, weil diese wie ein Bumerang auf sie selbst zurückschlagen.

Der couragierte Kreishandwerksmeister Karl Krökel begrüßte die ca. 260 Teilnehmer. Er beklagte, wie sich Deutschlands Führungsspitze einseitig in den Ukraine-Krieg hat hineinziehen lassen und wandte sich gegen die an Schärfe zunehmende Kriegspropaganda. Ein Höhepunkt der Konferenz war das Auftreten der Journalistin Prof. Krone-Schmalz. Die Rednerin – eine Meisterin der Sprache – referierte zum Krieg in der Ukraine und dessen Ursachen. Sie wandte sich insbesondere dagegen, wie der sogenannte Qualitätsjournalismus die Wahrheit über Rußland und den Krieg verdreht. Sie positionierte sich speziell zur NATO und deren Osterweiterung, zur von der US-inszenierten Farbrevolution 2014 in Kiew und dem Kriegsbeginn im Donbass bereits 2014. Als aufmerksamer Gast des Kongresses überhörte ich dann aber auch nicht, daß sie Auffassungen vertrat, die eher nicht von mir geteilt werden. So stellt für sie die Auflösung der Sowjetunion Anfang der

90er Jahre immer noch eine fortschrittliche Revolution dar, die das Land „weg von einem kommunistischen Unterdrückerstaat“ hin zu einer „freien und demokratischen Ordnung“ geführt habe. Dennoch bleibt entscheidend,



Gabriele Krone-Schmalz

daß ihre Rede den Teilnehmern der Konferenz Mut machte, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern couragiert und selbstbewußt für ihre Forderungen einzustehen.

Nach ihr sprach der Klimaforscher Prof. Dr. Jürgen Scheffran, der den Krieg als größte Umweltverschmutzung überhaupt brandmarkte. Diese beginnt bereits, wenn der erste Rohstoff aus der Erde geholt wird, aus dem am Ende ein Rüstungsgut produziert wird, und nicht erst, wenn Kriegswerkzeug zum Einsatz kommt. Alles, was im Rüstungskreislauf passiert, verschmutzt unseren Planeten in einem gigantischen Ausmaß. Hinzu kommt, daß der Menschheit diese Ressourcen bei der

Umsetzung von Umweltschutzprojekten, in der Bildung, Gesundheit und Infrastruktur fehlen.

In Kriegen kommt es zu Zerstörungen, Bränden, giftige Chemikalien werden freigesetzt, bis hin zur Freisetzung von Radioaktivität, was Lebensräume der Menschen auf lange Zeit unbewohnbar macht. Die Zerstörung der Natur in den Kriegsgebieten ist unvorstellbar. Aber auch nach Beendigung eines Krieges geht die Umweltverschmutzung weiter. Denn die Infrastruktur, Häuser, Straßen, Eisenbahn, Betriebe etc. müssen wieder aufgebaut werden, wozu die benötigten Ressourcen erneut gewonnen werden müssen. Umweltverzerstörung durch Kriege findet also vor, während und nach dem Krieg statt. Die Ausmaße sind einfach riesig.

Der Redner betonte, daß dies unser Anknüpfungspunkt in Sachen Umweltschutzbewegung sein kann. Friedens- und Umweltschutzbewegung müßten zusammengeführt werden. Es sollte uns gelingen, mit den vielen jungen Leuten in Kontakt zu kommen, die zur Zeit für Umweltschutz auf die Straße gehen. Es ist wichtig, mit ihnen nicht nur darüber zu sprechen, wie sehr Kriege die Umwelt zerstören und in welch ungeheurem Ausmaß dies passiert, sondern sie auch für den Protest gegen Krieg, Aufrüstung und Faschismus zu gewinnen.

Ebenso konstruktiv und informativ wie das Forum verliefen auch die im Anschluß durchgeführten drei Foren, in denen sachlich übereinstimmende wie divergierende Standpunkte ausgetauscht wurden. Doch es ging nicht nur um den Meinungsaustausch. Der größte Gewinn für uns alle bestand wohl in der bestärkten Gewißheit, daß wir im Kampf für den Frieden noch viel mehr werden und zusammenstehen müssen.

Wolfgang Schade
Dessau

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Mai!

Zum 98. Geburtstag

Ulrich Müller (Berlin) am 21. Mai

Zum 96. Geburtstag

Ilona Kießling (Leipzig) am 16. Mai

Zum 95. Geburtstag

Roland Richter (Chemnitz) am 9. Mai

Zum 93. Geburtstag

Wilhelm Bastian (Kleinmachnow) am 5. Mai
Helga Schuhmann (Großmonra) am 6. Mai
Wolfgang Runge (Hamburg) am 12. Mai
Kurt Koopmann (Seddiner See) am 13. Mai

Zum 92. Geburtstag

Dr. Siegfried Rataizik (Berlin) am 29. Mai

Zum 91. Geburtstag

Jutta Lübchow (Sternberg) am 21. Mai

Zum 85. Geburtstag

Roland May (Berlin) am 1. Mai
Erwin Opitz (Potsdam) am 2. Mai
Dagmar Schmidt (Suhl) am 10. Mai
Paul Witzke (Halberstadt) am 15. Mai
Hanna Friese (Neubrandenburg) am 16. Mai
Gunter Heinemann (Seggiano/Italien) am 30. Mai

Zum 80. Geburtstag

Klaus Martin (Berlin) am 2. Mai
Jürgen Krüger (Loitz) am 3. Mai
Dierk Jakob (Magdeburg) am 18. Mai

Zum 75. Geburtstag

Giesela Kohlhase (Berlin) am 4. Mai
Peter Wegner (Berlin) am 10. Mai
Karlheinz Dämmrich (Heidesee) am 29. Mai

Zum 70. Geburtstag

Reinhold Hinzmann (Niederselters) am 3. Mai
Klaus Jauer Bad Schmiedeberg) am 18. Mai
Ralf Seliger (Strausberg) am 20. Mai
Ronald Fischer (Dresden) am 26. Mai

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

In welcher Epoche leben wir?

Auszug aus dem Referat des DKP-Vorsitzenden Patrik Köbele auf dem 25. Parteitag der DKP am 17. März in Gotha

Die Frage der Epochenbestimmung ist keine theoretische. Sie ist von zentraler Bedeutung für die Entwicklung von Strategie und Taktik. Die Frage der Produktivkraftentwicklung ist hier entscheidend und die Frage, welche Gesellschaftssysteme global miteinander konkurrieren oder besser: klassenkämpfen. Hinsichtlich der Produktivkraftentwicklung können wir mit Fug und Recht feststellen, daß sie ein Niveau erreicht hat, das allen Menschen weltweit ein gutes Leben ermöglichen könnte, und zwar in Übereinstimmung mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und bei Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Ist die Produktivkraftentwicklung aber auch so, daß sie die Fesseln der alten, überlebten Gesellschaftsordnung, also des Kapitalismus zu sprengen droht? Was meint dieses Wort „sprengen“ überhaupt? Ohne das Handeln der Menschen setzt sich eine neue Gesellschaftsordnung nicht durch – „sprengen“ im Sinne von „die explodieren und alles ist gut“ ist ein falsches Bild, ohne handelnde Massen tut sich gar nichts. In eine andere Richtung zeigt uns die Produktivkraftentwicklung aber immer deutlicher die Überlebtheit des kapitalistisch-imperialistischen Systems. Produktivkräfte, die der Menschheit dienen könnten, werden immer mehr zu Destruktivkräften, solange sie dem Profitprinzip oder der Absicherung imperialistischer Herrschaft dienen. (...) Die Tendenz, daß Produktivkraft zu Destruktivkraft wird und die allgemeine Krise des Kapitalismus verschärft, scheint mir die Übersetzung des Wortes „Fessel“ im imperialistischen Stadium des Kapitalismus zu sein. Vor 106 Jahren materialisierte sich mit der siegreichen Oktoberrevolution der zweite Aspekt, der für die Bestimmung des Charakters unserer Epoche entscheidend ist. Der Sozialismus wurde staatliche Realität. Die erfolgreiche Konterrevolution in den europäischen sozialistischen Ländern ändert nichts an dem seit 1917 angetretenen Beweis, daß der Sozialismus möglich ist. Lenin, der noch in „Staat und Revolution“ davon ausgegangen war, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel sofort einen gewaltigen Schub in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktivität auslösen würde, stellte später fest, daß es sich beim Übergang um einen „langwierigen und komplizierten Übergang handelt“ und wies Positionen, die sagten, daß „eine planmäßige Ausnutzung der (...) Produktionsmittel nur bei entschlossenster Vergesellschaftung denkbar (sei)“, zurück. (...) Offensichtlich gibt es innerhalb einer Epoche durchaus unterschiedliche Etappen. Die Zeit nach der Oktoberrevolution war gekennzeichnet von der Konsolidierung des Sozialismus in der Sowjetunion, aber auch von der Konsolidierung des Kapitalismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Diese Etappe wurde abgelöst von der Herausbildung des

Faschismus in Europa und führte zur Etappe, die gekennzeichnet war durch den 2. Weltkrieg und die Herausbildung der Anti-Hitler-Koalition, vom antifaschistischen Kampf und der führenden Rolle der Sowjetunion. Mit dem Sieg über den Faschismus zerbrach die Anti-Hitler-Koalition und wurde eine Etappe eingeläutet, die gekennzeichnet war von der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems, dem sogenannten Kalten Krieg, der anticolonialen Befreiung, aber auch von der Herausbildung zweier sich bekämpfender Linien in der kommunistischen Bewegung und zwischen den sozialistischen Ländern. Die darauffolgende Etappe war gekennzeichnet von den erfolgreichen Konterrevolutionen gegen den Sozialismus in Europa und einer dramatischen Verschlechterung des Kräfteverhältnisses zu Ungunsten des Sozialismus, des Antiimperialismus und der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern. (...) Was bedeutet es in diesem Zusammenhang, wenn von der möglichen Herausbildung einer multilateralen Weltordnung gesprochen wird? Erstmal wäre dies sicherlich wiederum eine neue Etappe innerhalb der Epoche, und wiederum würden sich Kampfbedingungen verändern. Entscheidend ist, wie die Pole dieser multipolaren Weltordnung einzuschätzen sind. Logisch, handelt es sich bei allen Polen um imperialistische Großmächte, so ist das etwas anderes, als wenn sich unter diesen Polen eine antiimperialistische Kraft oder gar eine Kraft auf einem sozialistischen Weg befindet. Damit sind wir bei der Bedeutung der Einschätzung der Entwicklung in der VR China. Folgt man der Einschätzung mancher Linker und sagt „alles Imperialismus“, dann ist eine multilaterale Weltordnung eine, die bestimmt wird durch innerimperialistische Konflikte, durch innerimperialistische Kriegsgefahr, durch die Tendenz zur Intensivierung imperialistischer Ausbeutung und die Tendenz zur Intensivierung der Ausbeutung der Arbeiterklasse in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Sicherlich böte auch diese Form der multilateralen Weltordnung andere Spielräume, da es gelingen kann, innerimperialistische Konkurrenz auch auszunutzen. Trotzdem, es wäre etwas völlig anderes als eine Einschätzung, daß es sich bei einem Pol, der VR China, um eine antiimperialistische Kraft auf einem Weg des Aufbaus des Sozialismus handelt und bei der Russischen Föderation um einen Kapitalismus, der durch die führenden Imperialisten in manchen Bereichen zum Antiimperialismus gedrängt wird. Darum ist die Analyse der Entwicklung in beiden Ländern, aber vor allem natürlich der Entwicklung in der VR China von so großer Bedeutung. Diejenigen Linken, die vertreten, daß es sich bei der Entwicklung der VR China um eine kapitalistische, möglicherweise sogar imperialistische Entwicklung handeln würde, haben sich zumindest einigen Fragen zu stellen:

- Wie ist es möglich, daß unter den Bedingungen des Kapitalismus/Imperialismus eine gesellschaftliche Planung zur Überwindung der absoluten Armut nicht nur propagandistisch verkündet, sondern tatsächlich realisiert werden kann?
- Wie ist es möglich, daß die planmäßige Reduzierung der Zahl sogenannter Wanderarbeiter realisiert werden kann?
- Wie kann ein solches Land eine Außenpolitik entwickeln, die tatsächlich dem Frieden dient und wie kann es eine Ökonomie nach außen entwickeln, die immer mehr die Umrisse einer Ökonomie der friedlichen Koexistenz und der Zusammenarbeit auf Augenhöhe zeigt? (...) Noch hat der Imperialismus, wie er sich unter anderem in der NATO materialisiert, seine globale Hegemonie inne, steht aber unter Druck. Bereits das eröffnet Spielräume. Ein aktuelles Beispiel: Mexiko, eines der zehn Länder mit den derzeit größten bekannten Lithium-Vorkommen, hat diese de facto verstaatlicht. Noch vor wenigen Jahren wäre solch ein Versuch nicht denkbar gewesen. Oder nehmen wir die Hilflosigkeit der Versuche von Scholz und anderen, Südafrika, Indien, Brasilien in die NATO-Strategie gegen Rußland und China zu integrieren. Oder nehmen wir die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien. Daß dies unter Moderation der VR China erarbeitet wurde und die Vereinbarung in Peking unterzeichnet wurde, das hat bei den Imperialisten schon die Alarmglocken läuten lassen. (...) Wir haben Venezuela, wo die PSUV-Regierung sich wieder stärker den Interessen der eigenen Kapitalistenklasse unterordnet und in diesem Zuge unsere Schwesterpartei, die PCV, bedrängt und teilweise verfolgt, und gleichzeitig versucht, dem Druck von Sanktionen und Intervention vor allem durch den US-Imperialismus standzuhalten. Und wir haben Kuba, das unter schlimmsten Blockadebedingungen und Naturkatastrophen leidet und seinen sozialistischen Weg verteidigt – und vor der Herausforderung steht, die Produktivkräfte entwickeln zu müssen und mit Elementen des Marktes und der Öffnung experimentiert, während eine zentrale Haupteinnahmequelle, der Tourismus, durch Pandemie und Blockade weggebrochen war. Dafür werden unsere kubanischen Genossinnen und Genossen zum Beispiel von der Zeitschrift „offensiv“ als Konterrevolutionäre, vergleichbar mit Gorbatschow, beschimpft, namentlich zum Beispiel Genosse Díaz-Canel, Präsident Kubas. Dem setzen wir unsere Solidarität entgegen. Hier wird der Parteitag ein neues Soliprojekt beschließen und hier sagen wir deutlich: Wer unsere kubanischen Genossinnen und Genossen so beschimpft, der steht auf der anderen Seite der Barrikade – wir bleiben bei „Cuba sí, Yankee no“ und bei der Solidarität mit dem sozialistischen Kuba.

Scheitern oder Niederlage? (Teil 1)

Die Sicht des Philosophen und Historikers Domenico Losurdo auf das Verschwinden des realen Sozialismus in Europa und auf die daraus zu ziehenden Konsequenzen, das Ende der Sowjetunion und der europäischen sozialistischen Staatengemeinschaft 1989/91 mit dem Ergebnis, daß in diesen Gesellschaften wieder die „kapitalistische Produktionsweise herrscht“, beschäftigt seit mehr als 30 Jahren Politik und Wissenschaft. Für die Linken geht es dabei um Aufklärung über die Ursachen des Zusammenbruchs, vor allem aber um die Suche nach adäquaten Antworten darauf.

Losurdo beschreibt, wie sich die Welt mit dem Sozialismus ausgegangenen Anstößen verändert hat: „Die zeitgenössische Demokratie beruht auf dem Grundsatz, daß jedes Individuum, unabhängig von Rasse, sozialem Stand und Geschlecht, unveräußerliche Rechte besitzt, und sie setzt daher die Überwindung der drei großen Diskriminierungen (der rassistischen, klassenbedingten und sexuellen) voraus, die am Vorabend der Oktoberrevolution noch gang und gäbe waren.“ Erst die „Wende Lenins“ öffnete den Ausweg aus dieser Nacht. Ihre Impulse sind vor allem auf drei Gebieten wirksam geworden: in der Überwindung der „Klassenaristokratie als Rassendaristokratie“, die zur Unabhängigkeit kolonialer Völker wie zur rechtlichen Gleichstellung der Farbigen in den USA führte. Zum zweiten in der Infragestellung der gegenüber den Frauen verhängten „Ausschlussklausel“. Und drittens löste diese Wende einen Demokratisierungsschub aus, der das Zensuswahlrecht in vielen Ländern zum Einsturz brachte und damit den breiten Volksmassen überhaupt erst ermöglichte, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können, auch wenn sie fast überall ökonomisch weiter diskriminiert blieben. Die französische wie auch die russische Revolution haben dazu erstrangige Beiträge geleistet: „Die entscheidenden Schläge, die dieser Welt versetzt wurden, sind wesentlich dafür, dass allen Menschen, unabhängig von Rasse, Zensus und Geschlecht, die Würde als soziales Subjekt, als Selbstzweck zuerkannt wird.“

Ein „mächtiger Impuls“ für die Emanzipationsbewegungen des globalen Südens

Nach Losurdo sind einige gängige linke Klischees und Erklärungsmuster zu werfen, nur dann kann man zu einem unverstellten Blick auf die Geschichte des Sozialismus gelangen. Zu diesen Klischees zählt die – auch in der deutschen Partei Die Linke – so beliebte Kategorie des Scheiterns. Losurdo fragt: „Welchen Sinn hat es aber, von ‚Scheitern‘ zu sprechen, was die Geschehnisse betrifft, die mit der Oktoberrevolution begonnen haben? Zum Verständnis des inadäquaten oder entschieden irreführenden Charakters dieser Kategorie versuche man, sie auf die ehemaligen Kolonialländer und -völker anzuwenden, die

ihre Unabhängigkeit und Würde auf der Woge eines Kampfes erlangt haben, der sich von der kommunistischen Bewegung hat inspirieren und vorantreiben lassen.“ So sah Losurdo im Verschwinden des europäischen Sozialismus zwar eine Niederlage aber eben kein Scheitern des mit dem Roten Oktober begonnenen Weges, denn „während letztere Kategorie ein total negatives Urteil impliziert, ist die erstere ein partiell negatives Urteil, das auf einen bestimmten historischen Kontext Bezug nimmt und es ablehnt, die Realität einiger Länder (und sogar eines Landes, das ein Kontinent ist) zu verdrängen, die sich weiterhin auf den Sozialismus berufen“. Zu diesen Ländern zählte er neben China die Volksrepublik Korea, Vietnam und Kuba.

Was die Bedeutung der russischen Revolution für die Überwindung des Rassismus, der Beendigung der Unterdrückung und Versklavung der kolonialen Völker betrifft, so zitiert Losurdo aus der „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“, vorgelegt von der im Oktober 1917 gebildeten ersten russischen Revolutionsregierung – dem Rat der Volkskommissare. Diese Deklaration, die als Grundsatzprogramm der neuen Regierung anzusehen ist, wurde im Januar 1918 in die Konstituierende Versammlung Rußlands eingebracht. Gefordert wurde darin unter anderem der „völlige Bruch mit der barbarischen Politik der bürgerlichen Zivilisation, die den Wohlstand der Ausbeuter in einigen wenigen ausgewählten Nationen auf der Versklavung der hunderte Millionen Werktätigen in Asien, in den Kolonien überhaupt und in den kleinen Ländern begründete.“ Niemals zuvor hatte ein europäisches Land derart offen Partei für die Ausbeuteten in den Kolonialländern genommen und zugleich mit seiner imperialistischen Vergangenheit gebrochen! Und mit Blick auf die Gründung der Volksrepublik China 1949 fragt Losurdo: „Ist die neue Lage, die sich in dem großen asiatischen Land herausgebildet hat, das Ergebnis eines ‚Scheiterns‘? Ähnliche Betrachtungen könnte man hinsichtlich Vietnams oder Kubas und nicht weniger Länder der Dritten Welt anstellen, die sich zwar nicht auf den Sozialismus berufen, aber dennoch ihre Unabhängigkeit und Würde im Gefolge der Herausforderung erreicht haben, die die Oktoberrevolution, der ‚Realsozialismus‘ und die kommunistische Bewegung dem kapitalistischen System der ganzen Welt gegenüber darstellte.“ Vor allem in Afrika beriefen sich Unabhängigkeitsbewegungen auf den Marxismus und zahlreiche unabhängig gewordene Staaten verstanden sich lange als sozialistische bzw. volksdemokratische Republiken. „Das Mindeste, was man sagen kann, ist, dass der heutige Diskurs vom ‚Scheitern‘ grob euro-zentristisch ist.“

Die Bedeutung der Oktoberrevolution für den Okzident

Aber nicht allein der globale Süden profitierte von der Wirkung der russischen

Revolution: „Gegen jede neo-menschewistische Tendenz muss heute die auf planetarischer Ebene entfaltete außerordentliche Wirkung der Oktoberrevolution hervorgehoben werden, die in erster Linie der Emanzipationsbewegung der Kolonien einen mächtigen Impuls gegeben hat. Aber nicht nur die Dritte Welt verdankt viel der Oktoberrevolution. Denn wenn es unmöglich ist, die Geschichte der UdSSR zu verstehen, ohne den konterrevolutionären Kreuzzug der großen kapitalistischen Mächte zu berücksichtigen, so ist es ebenfalls unmöglich, die Entwicklung der liberal-demokratischen Regimes im Okzident von der Herausforderung zu trennen, die die antikapitalistische Revolution von 1917 dargestellt hatte. Selbst die Erzielung des allgemeinen gleichen Wahlrechts kann ohne diese Herausforderung nicht verstanden werden, die auch eine starke Wirkung auf die sozialen Inhalte der liberalen Demokratie genommen hat.“

Losurdo fragt: Ist mit einem solchen Scheitern etwa vereinbar, daß „ohne den Oktober und, ganz allgemein, ohne den revolutionären Zyklus, der vom Jakobinismus zum Kommunismus hinführt, das Aufkommen und die weitere Entwicklung des Sozialstaats im Westen nicht zu verstehen“ ist? Für ihn jedenfalls kann es keinen Zweifel daran geben, daß der „Rote Oktober“ legitim war und als humanitäre Antwort auf das Versagen der demokratisch-liberalen Systeme folgte, die sich im ersten Weltkrieg, mit den Worten Rosa Luxemburgs, als „reißende Bestien, als Hexensabbat der Anarchie“ erwiesen.

Andreas Wehr
Berlin

Am 15. Mai wird

Prof. Dr. Anton Latzo

ein unermüdlicher Mitstreiter des „RotFuchs“ als Autor und Referent 85 Jahre alt. Wir gratulieren dem marxistischen Erforscher der Außenpolitik von Sozialismus und Imperialismus, dem Streiter für Frieden und gegen Faschismus, sehr herzlich. Anton Latzo mußte seine Arbeit als Leiter des Lehrstuhls für Geschichte und Politik der sozialistischen Staaten Europas am Institut für Internationale Beziehungen der DDR in Potsdam-Babelsberg 1990 beenden, seine Kompetenz konnte ihm nicht genommen werden. Er nutzt sie bis heute für ungezählte Artikel und Bücher, Vorträge und als Organisator von Veranstaltungsreihen. Dafür herzlichen Dank, lieber Anton. Wir wünschen Dir Gesundheit, Kraft und – wie Du gern sagst – „viel Sonne“.

„Laßt uns darum furchtlos sagen, was gesagt werden muß“

RF dokumentiert die Rede Laura v. Wimmerspergs, die sie am 18. März vor Teilnehmern der Demonstration des „Bündnisses für Frieden Berlin“ hielt.

Der 18. März 1848 ist ein sehr besonderes Datum, nicht nur in der Berliner, sondern in der deutschen Geschichte. Doch die wenigsten wissen, was sich vor 175 Jahren ereignet hatte. Dabei sind die Ereignisse dieses Tages von so großer Bedeutung, daß immer wieder – auch von der Friedensbewegung – gefordert wurde, den 18. März zum Nationalfeiertag zu ernennen, was man bis heute ablehnt. Nur der Platz auf der Westseite des Brandenburger Tores darf sich seit dem Jahr 2000 „Platz des 18. März“ nennen.

In den Jahren vor 1848 herrschte besonders in den Städten große Armut. Das Bewußtsein darüber, daß diese Armut nicht gottgewollt war und daß man sich wehren konnte, ja wehren mußte, breitete sich seit der französischen Revolution in ganz Europa aus.

Berliner Bürger, vorwiegend aus der Unterschicht, hatten Reformvorschläge erarbeitet, die sie dem König am 18. März übergaben. Im Zentrum standen solche Forderungen wie Presse- und Meinungsfreiheit, gleiche Rechte für alle Menschen, Abschaffung der Kleinstaaterei u. a.

Die Bürger warteten vor dem Schloß auf Antwort. Das königliche Militär war am Zeughaus, am Brandenburger Tor und anderen ähnlich wichtigen Punkten postiert. Als der König auf den Balkon trat und zu den Versammelten sprach, fielen plötzlich Schüsse. In Panik rannten die Menschen auseinander, flohen in engere Straßen und errichteten dort gegen das anrückende Militär Barrikaden, um sich zu verteidigen. Orte des Kampfes in der

Innenstadt waren z.B. die Jäger-, die Mohren- und die Friedrichstraße. Als der König am Abend mitteilen ließ, daß er auf die Forderungen der Bevölkerung eingehen wolle, verlangten diese, daß erst einmal das Militär abgezogen werden müsse. Dem folgte der König.

Am Morgen brachten die Bürger die Erschossenen – mehr als 200 – vom Gendarmenmarkt zum Schloßplatz. Dort bahrten sie die Toten auf und forderten vom König, ihnen die letzte Ehre zu erweisen. Danach wurden die Toten im Friedrichshain beigesetzt, an dem Ort, der heute „Friedhof der Märzgefallenen“ genannt wird. Mit den Ereignissen vom 18./19. März 1848 ging die deutsche Feudalordnung zu Ende. Damit war Deutschland aber noch keine Republik. Der Kampf um bürgerliche Freiheiten und demokratische Grundrechte sollte sich als ein langer, opferreicher Weg erweisen.

Das von den Berliner Bürgern 1848 Erkämpfte ist eine kostbare Errungenschaft der bürgerlichen Revolution. Die durchgesetzten Forderungen sind Voraussetzung und Grundlage für eine funktionierende Demokratie, und es liegt an uns, an jedem Einzelnen, mutig für sie einzutreten, damit sie uns nicht genommen werden können.

Ich sage das, weil es der Meinungsfreiheit schon wieder an den Kragen geht. Wer die verordnete offizielle Meinung, vor allem zum Ukraine-Krieg, nicht teilt, sie kritisiert und dies öffentlich kundtut, wird diffamiert, ausgegrenzt, zu hohen Geldstrafen verurteilt und mit Gefängnis bedroht. Seit einigen Monaten mehren sich diese Fälle. Das schafft Unsicherheit und Angst und fördert Heuchelei und Denunziation. Kritische Medien außerhalb des Mainstreams werden an ihrer journalistischen Arbeit durch behördliche

Maßnahmen behindert. Mir ist beim Schreiben dieser kleinen Rede immer wieder das Lied „Die Gedanken sind frei“ durch den Kopf gegangen. Dieses Lied, das Hoffman von Fallersleben um 1848 schrieb, mag ich, aber es ist eigentlich kein revolutionäres Lied. Solange Gedanken nur Gedanken bleiben und nicht zu Taten führen, können sie nichts verändern. Laßt uns darum furchtlos sagen, was gesagt werden muß.

Im März wurde ein Appell „Meinungsfreiheit verteidigen“ veröffentlicht, den 40 Personen unterstützen, mehrheitlich aus den Bereichen Wissenschaft, Kunst und Publizistik. Sie rufen dazu auf, „die grundrechtlich verbrieftete Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit zu verteidigen, wo und wann immer sie eingeschränkt wird“.

Dieser Aufforderung, die sich auf Artikel 5, Absatz 1, des Grundgesetzes stützt – „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten“ –, wollen wir folgen und dazu beitragen, daß sich immer mehr Menschen trauen, Meinungs- und Pressefreiheit zu verteidigen. Damit ehren wir ebenso die Toten vom 18. März 1848 und erweisen ihnen unsere Achtung auch heute nach 175 Jahren.

Unter Berufung auf das Grundgesetz fordere ich am Ende meiner Rede: Rücknahme aller Anklagen, die im Zusammenhang mit der Kritik an der Kriegspolitik unserer Regierung stehen. Keine weiteren Verurteilungen in diesem Zusammenhang. Keine Kriminalisierung. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte stehen wir alle in der Verantwortung, laut und deutlich zu fordern: Kein Weiter so! Und vor allem: Frieden mit Rußland!

Laura v. Wimmersperg
Berlin

Was es mit dem Spruch auf dem Stein im Friedrichshain auf sich hat

Auf dem Friedhof der Märzgefallenen von 1848 und Roter Matrosen der deutschen Novemberrevolution im Berliner Friedrichshain steht ein Stein, in dem ein Spruch gemeißelt ist, der zum Zeitpunkt der Errichtung des Denkmals 1948 große Aktualität besaß: Damals kämpften die antifaschistisch-demokratischen Kräfte Deutschlands um die Einheit des Landes, der durch die dem Entstehen der DDR vorausgehende Gründung der Bundesrepublik noch nicht der Weg verbaut war. Der einfache Spruch auf dem Fels im Friedrichshain – den Toten von 1848 und 1918 gewidmet – lautet:

*Das Denkmal habt ihr selber euch errichtet,
Nur ernste Mahnung spricht aus diesem Stein,
Daß unser Volk niemals darauf verzichtet,
Wofür Ihr starbt – einig und frei zu sein.*

Peter A. Steinhoff



Peter A. Steinhoff war ein literarisches Pseudonym meines Vaters Peter Alfons Steiniger, der unter diesem Namen drei Bücher veröffentlicht hatte. Die Identität des Staatsrechtlers und späteren Völkerrechtsprofessors der Humboldt-Universität – eines bekannten Kommunisten – war weithin unbekannt. So standen z. B. beide Namen nebeneinander im Beirats-Impressum der damals vom Kulturbund herausgegebenen Zeitschrift „Aufbau“, was die Vorstellung suggerieren mußte, es handle sich um zwei voneinander unabhängige Personen.

Im Spätherbst 1947 war Peter A. Steinhoff zum Hauskonzert des in Lichterfelde wohnenden und mit einer finnischen Cellistin verheirateten Architekten Völker eingeladen. Da ich mit dem Sohn der musizierenden Dame des Hauses in eine Gymnasialklasse

ging, durfte ich meinen Vater begleiten. Unter den Gästen befand sich auch der Stadtarchitekt des damals noch ganz Berlin verwaltenden und von der Sozialdemokratin Luise Schröder angeführten Senats, der eine antikommunistische Politik betrieb. Der beamtete Bauherr klagte im Laufe des Abends über eine ihn belastende Aufgabe: Im Friedrichshain solle im kommenden März ein Denkmal für die Opfer von 1848 errichtet werden. Dafür müsse ein geeigneter Spruch her. Wie aber solle er einen Dichter ausfindig machen, der etwas Entsprechendes in Worte fassen könne und „oben“ politisch ankomme. Herr Völker machte den Stadtarchitekten mit Peter A. Steinhoff bekannt und sagte kurz: „Hier haben Sie Ihren Dichter.“ Dieser hatte sofort eine Idee parat. Er schlug dem Mann

vom Magistrat kurzerhand vor, sich für den berühmten Vermächtnis-Vers „Die Toten den Lebenden“ Ernst Tollers zu entscheiden. Der Stadtarchitekt wehrte brüsk ab. „Aber ich bitte Sie: Toller war Anarchist. Dann könnten wir uns ja gleich auf einen Kommunisten verlegen“, meinte er.

Peter A. Steinhoff stach nun der Hafer. In einer Konzertpause griff er nach einer leeren Zigarettenschachtel, benutzte den Flügel als Unterlage und schrieb in wenigen Augenblicken jene Worte darauf, die heute jedermann auf dem Friedhof der Märzgefallenen lesen kann. Er gab das Stück Pappe dem bedrängten Baumeister und fragte: „Vielleicht geht das?“ Der Stadtarchitekt ließ den Karton mit dem Vierzeiler in seiner Jackentasche verschwinden. Monate später rief der Bauherr bei dem

„Instant“-Dichter überraschend an, um ihm mitzuteilen, die Frau Oberbürgermeisterin habe sich für seinen Spruch entschieden. Dieser sei genau nach ihrem Geschmack. „Der Fels ist schon im Anrollen. Natürlich werden Sie zur Zeremonie eingeladen und gemeinsam mit Luise Schröder die feierliche Enthüllung vornehmen“, erklärte der Anrufer.

Als sich dann am 18. März 1948 die Berliner Obrigkeit vor dem Obelisk im Friedrichshain versammelte, kam es zum politischen Eklat. Nicht der geschmähte Anarchist Toller, sondern der verruchte Kommunist Steiniger war der Verseschmied gewesen.

Klaus Steiniger (†)

Nachdruck aus RF 185 (2013), redaktionell geringfügig gekürzt

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Die Kaiserattentate von 1878 Vorwand für Bismarcks Sozialistengesetze

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens.

Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir (auch mit dieser Serie) vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. – Der mit diesem Vortrag beginnende Zyklus steht unter dem Thema „Begegnungen mit der Geschichte“.

RF

12. Oktober 1978

Berlin, 11. Mai 1878. Gegen 15.30 Uhr kehrt der 81jährige Kaiser Wilhelm I. von einer Kutschfahrt aus dem Tiergarten zurück. Unter den Linden, in der Höhe des damaligen russischen Gesandtschaftspalais, tritt ein Mann hinter einem Planwagen hervor. Etwa sechs Schritte von der Kutsche entfernt gibt er einen Revolverschuß ab, springt auf die andere Seite, schießt erneut. Er versucht zwar zu fliehen, wird aber schnell überwältigt. Der Kaiser ist unversehrt, und auch an der Kutsche finden sich keinerlei Spuren von Projektilen.

Der „Attentäter“ war ein zwanzigjähriger Klempnergeselle namens Max Hödel. Schon in der Kindheit gestrauchelt, war er mit 13 Jahren in eine Erziehungsanstalt gesteckt worden. Auch in seinen Lehrjahren hatte er keinen festen Halt gefunden und war herumvagabundiert – sozial bindungslos und psychisch wie physisch geschädigt. Hödel hatte 1877 zeitweise beruflich die sozialdemokratische Presse in Leipzig vertrieben. Im März 1878 wurde er wegen Betrügereien aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen. Danach hielt er sich in Berlin auf und gehörte zur christlich-sozialen Partei des Hofpredigers Adolf Stoecker.

In den Verhören äußerte Hödel recht wirre politische Ansichten, betonte aber immer wieder, er habe nicht den Kaiser, sondern sich selbst töten wollen. Angesichts seines Gesundheitszustandes wäre zunächst eine medizinische Untersuchung notwendig gewesen. Allein, die staatlichen Machthaber hatten andere Ziele. Noch am Abend des 11. Mai telegraphierte der auf seinen Besitzungen in Friedrichsruh weilende Reichskanzler Otto von Bismarck an seinen Staatssekretär, ob man nicht das Attentat als Anlaß für eine sofortige Gesetzesvorlage gegen die Sozialisten oder deren Presse nehmen sollte. Damit war das Stichwort gegeben: Die Sozialdemokratie wurde zur Partei der Kaisermörder abgestempelt. Die großbürgerliche „Nationalzeitung“ verkündete am 17. Mai: „Seine schlechten Instinkte brachten Hödel selbstverständlich in die Sozialdemokratie hinein; als vollendeter Verbrecher trat er aus derselben heraus.“ Eine Hetzkampagne begann, und auf Bismarcks Anweisung wurde der Entwurf für ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterbewegung ausgearbeitet.

Dem Kanzler kamen die Schüsse Unter den Linden zur rechten Zeit. In den Wahlen 1877 hatte die Sozialdemokratie einen großen Erfolg errungen; die 1875 vereinigte Partei konnte knapp eine halbe Million

Wählerstimmen und 12 Reichstagsmandate erlangen. Vor allem in den Großstädten gewann die Partei an Einfluß unter den Proletariern, die unter den Folgen der 1873 ausgebrochenen Krise, unter Arbeitslosigkeit und Lohnrückerei zu leiden hatten.

Zugleich begannen sich unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise innerhalb der Bourgeoisie Zweifel an der bisherigen Politik des Kanzlers zu entwickeln. Auf der einen Seite suchten reaktionäre Kreise um die Schwerindustriellen und Textilfabrikanten unter der Losung „Schutz der nationalen Arbeit“ eine Schutzzollpolitik durchzusetzen, auf der anderen Seite machten sich in linksbürgerlichen Kreisen und selbst in der bisher auf Bismarck eingeschworenen Nationalliberalen Partei Tendenzen bemerkbar, mit ersten vorsichtigen Forderungen nach mehr Rechten für den Reichstag ihre Unzufriedenheit mit der Kanzlerdiktatur zum Ausdruck zu bringen. Für Bismarck stellte sich immer deutlicher die Frage, wie einer Aufweichung der bisherigen Klassenbasis seiner Diktatur zu begegnen war. Mit einem drakonischen Polizeigesetz wollte er einerseits die stärker werdende Sozialdemokratie in die Knie zwingen, andererseits jede demokratische oder auch liberale Regung im Bürgertum unterbinden. Durch Gesetzgebung und kräftig

angeheizte Antisozialistenhatz hoffte er, seine Macht stabilisieren zu können.

Die meisten bürgerlichen Reichstagsabgeordneten argwöhnten zu der Zeit sehr richtig, daß des Kanzlers Absichten doppelbödig waren. Das eilig entworfene Ausnahmegesetz wurde vom Reichstag, der am 23. und 24. Mai darüber verhandelte, abgelehnt. Die bürgerlichen Parteien fürchteten, daß auch ihre Bewegungsfreiheit durch eine solche Gesetzgebung wesentlich eingeschränkt werden würde.

Die Gefahr für die Sozialdemokratie schien vorüber zu sein, das politische Leben begann sich wieder zu normalisieren.

Am 2. Juni 1878, gegen 14.00 Uhr, als der Kaiser in offener Kutsche gerade seine Sonntagsausfahrt begann, wurde aus der zweiten Etage des Hauses Unter den Linden Nr. 18 wiederum – diesmal mit einer Schrotflinte – auf Wilhelm I. geschossen. Durch ungefähr 30 Schrotkörner am Kopf, an den Armen und am Rücken getroffen, wurde der Kaiser bei starkem Blutverlust sofort in sein Palais am Opernplatz zurückgebracht. Er war so schwer verletzt, daß am 4. Juni sein Sohn Friedrich Wilhelm die Stellvertretung übernehmen mußte. Unmittelbar nach den Schüssen wurde das Haus Nr. 18 gestürmt. Als man die Zimmertür aufgebrochen hatte, fand man einen Mann mit einer schweren Schußwunde am Kopf. Der Attentäter – und diesmal handelte es sich eindeutig um ein Attentat – hatte sich nach seiner Tat selbst erschießen wollen. Er hieß Dr. Karl Eduard Nobiling. Der 1848 als Sohn eines Domänenpächters geborene Nobiling war materiell zunächst recht gut gestellt, hatte studiert und 1876 in Leipzig promoviert, danach aber während seiner Tätigkeit im Statistischen Amt in Berlin und im Statistischen Büro in Dresden in der Arbeit versagt. Der Mann aus „besseren Kreisen“ hatte sich nach einer kurzen Reise durch Frankreich und England schließlich wieder in Berlin niedergelassen. Eine gescheiterte Existenz – egozentrisch, nervenkrank, offenbar verzweifelt über seine beruflichen Schwierigkeiten.

Nobiling hatte mit der Sozialdemokratie nachweislich nichts zu tun. Dennoch verbreitete das Wolffsche Telegraphenbüro in der Nacht vom 2. zum 3. Juni auf Anweisung Bismarcks die Nachricht, daß Nobiling zugegeben habe, an sozialdemokratischen Versammlungen teilgenommen und die Ermordung des Kaisers geplant zu haben. Die Sozialdemokratie distanzierte sich von der Tat; wie schon nach Hödels Schüssen wandte sie sich gegen jede Art von individuellem Terror. Aber Vernunft war nun nicht gefragt. Eine Lawine von Hetzartikeln der bürgerlichen Presse, von Denunziationen und Verleumdungen wälzte sich durch das Land. Um die Stimmung anzuheizen, wurde Hödel in einem Prozeß am 9. und 10. Juli zum Tode verurteilt und am 16. August enthauptet.

Beim Empfang der Nachricht vom zweiten Attentat auf den Kaiser hatte Bismarck sofort bekundet: „Dann lösen wir den Reichstag auf!“ Danach erst interessierte er sich für den Zustand des Monarchen. Am 11. Juni wurde das Reichsparlament

aufgelöst. Der Kanzler wollte eine politische Wende erzwingen. Er steuerte die Hetze gegen die Sozialdemokratie und ließ zugleich die Liberalen unter Beschuß nehmen. Die Zeitung der Junker, die „Kreuzzeitung“, behauptete denn auch eifertig: „Der Sozialismus ist die konsequente Fortbildung des Liberalismus. Wer also den Sozialismus bekämpfen will, muß bei dem Liberalismus den Anfang machen.“ Die bürgerlichen Politiker wurden eingeschüchert; sie sollten sich dem Kanzler beugen und seinen reaktionären wirtschaftspolitischen Zielen und Maßnahmen zustimmen. Das entscheidende Mittel dazu war für Bismarck das Sozialistengesetz, das nunmehr gründlicher vorbereitet wurde. Nach den Neuwahlen zum Reichstag, den „Attentatswahlen“, deren unmittelbare Vorbereitung mehr einer Hetzjagd als einem Wahlkampf glich, sollte der Gesetzentwurf dem Reichstag vorgelegt werden.

Bismarcks reaktionäre innenpolitische Zielstellung, die er mit dem Sozialistengesetz einzuleiten gedachte, korrespondierte auch mit seinen außenpolitischen Vorstellungen. Am Tage des Nobiling-Attentats hatte Bismarck die europäischen Großmächte und die Türkei zu einem Kongreß nach Berlin eingeladen, auf dem gewisse Schwierigkeiten und Streitpunkte ausgeglichen werden sollten, die nach den durch nationale Befreiungsbewegungen ausgelösten kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan entstanden waren. Bismarck ging es dabei vor allem um das Einvernehmen der sozialkonservativen Regime in Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland, um die Einigkeit der Kaiserreiche, die er als eine Bastion gegen jegliche revolutionäre Bewegung ansah. Auch aus dieser Sicht erschien dem Reichskanzler nun ganze Arbeit notwendig.

Am 30. Juni 1878 fanden die Reichstagswahlen statt. Trotz der wüsten Hetzkampagne konnte die Sozialdemokratie 437 000 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinen. Das waren nur 56 000 weniger als 1877, ein Verlust, der vornehmlich die ländlichen Gebiete traf. Neun sozialdemokratische Abgeordnete zogen nach den Stichwahlen in den Reichstag ein – das war ein politisch-moralischer Sieg von großer Bedeutung.

Am 9. September, dem Eröffnungstag des neugewählten Parlaments, wurde den Abgeordneten das neue Sozialistengesetz vorgelegt. Von den Attentaten und den Attentätern wurde in den Debatten von der Regierung und ihren Anhängern kaum noch gesprochen. Ein Zusammenhang mit der Sozialdemokratie hatte sich nicht beweisen lassen, um so mehr wurde eine angebliche Gefährdung der Gesellschaft beschworen. Die bürgerlichen Abgeordneten redeten von Recht und vor allem vom Rechtsstaat – und stimmten am 19. Oktober 1878 dem Ausnahmegesetz zu. Nach dem Gesetzestext sollten alle Organisationen, „welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken“, verboten werden. Alle Parteiorganisationen, die Gewerkschaften, fast alle Zeitungen und

geselligen Vereine der Arbeiter fielen sofort dem Gesetz zum Opfer. Mühselig mit Arbeitergroschen errichtete Genossenschaftsdruckereien der Sozialdemokratie wurden ebenfalls liquidiert. Für die Verbreitung verbotener Druckschriften wurden hohe Strafen angedroht. Nach § 28 des Ausnahmegesetzes konnte über Ortschaften und Gebiete, welche „mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht sind“ – wie es wörtlich hieß – der sogenannte Kleine Belagerungszustand verhängt werden. Neben verschärfter Versammlungskontrolle und Verbot der Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Plätzen bedeutete dies, daß bekannte und angeblich gefährliche Vertreter der Sozialdemokratie ausgewiesen werden konnten.

Entscheidende Machtbefugnisse wurden den Landespolizeibehörden zugebilligt, denen die gesamte Exekution übertragen wurde. Es war ein Polizeigesetz im wahrsten Sinne des Wortes und richtete sich gegen die gesamte Arbeiterbewegung; es sollte jede selbständige politische, soziale und kulturelle Regung der Arbeiterklasse zunichte machen.

Die Polizei aller Bundesstaaten – institutionell und personell vorbereitet und seit den Attentaten gründlich trainiert – schlug nach der Verkündung des Ausnahmegesetzes unbarmherzig zu. Einer Publikation von 1879 ist zu entnehmen, daß in der Zeit vom 22. Oktober 1878 bis 30. Juni 1879 217 Verene, 147 periodische Druckschriften und 278 nichtperiodische Druckschriften verboten wurden.

Die Arbeiterbewegung war damit faktisch all ihrer legal existierenden Kampfmittel beraubt. Nur die Reichstagsmandate konnte man der Sozialdemokratie nicht nehmen; einer Änderung des Wahlrechts wollten die bürgerlichen Parteien im eigenen Interesse nicht zustimmen. Für die Partei begann damit eine große Bewährungsprobe. Wie konnte man die Arbeiter organisieren, damit sie für ihre unmittelbaren ökonomischen Interessen einzutreten imstande waren? Wie konnte dem Proletariat das System der Ausbeutung erklärt, wie das Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse erläutert werden? Fragen, die möglichst schnell einer Antwort bedurften.

Am 22. Oktober 1878, als das Sozialistengesetz rechtskräftig wurde, reiste der Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck in einem Salonwagen von Berlin zurück auf seine Besitzungen im Sachsenwald. Schon nach Neustadt an der Dosse deckte der Diener Wurche den Tisch und förderte, so berichtete der Mitarbeiter Bismarcks, Christoph von Tiedemann, „aus einem riesigen Freßkorb allerlei delikate Sachen zutage“. Nach Hasenbraten, Rehkeule, Rebhuhn und Wurst folgten eine Batterie von Wein-, Bier- und Schnapsflaschen, darin Pfeife und Zigarren. „Der Fürst fühlte sich behaglich; er war heiter und gemütlich wie selten ...“

Der gutgelaunte Reichskanzler Otto von Bismarck glaubte an jenem 22. Oktober 1878, einen vernichtenden Schlag gegen die Sozialdemokratie geführt zu haben. Er sollte sich wundern, und zwar sehr bald!

Protest gegen wachsende militärische Rüstung

Wie die Berliner Arbeiter vor 130 Jahren den 1. Mai feierten

Am 1. Mai 1893 spielte der Kampf gegen die neue Militärvorlage vom November 1892 eine besondere Rolle. Damit hatte die deutsche Regierung das größte Rüstungsprogramm seit der Reichsgründung in Angriff genommen. „Krieg dem Krieg!“ So lautete die seinerzeit in der „Neuen Zeit“ verkündete, heute noch absolut gültige Losung zum 1. Mai.

Gegen die Militärvorlage der deutschen Regierung und gegen die Aufrüstung insgesamt richtete sich auch die Resolution, die Sozialdemokraten des dritten Berliner Wahlkreises an diesem Tag bei einer Veranstaltung in der „Neuen Welt“ in der Hasenheide annahmen. Darin wurde protestiert „gegen die immer umfänglicher werdenden militärischen Rüstungen, die das Mark der Völker verzehren und ein Hohn auf alle Kulturbestrebungen sind“. In dem Papier spielte der Kampf um den Achtstundentag eine wichtige Rolle. Die Versammlung forderte „im Einklang mit dem klassenbewußten Proletariat aller Kulturländer der Erde“:

die gesetzliche Feststellung eines Normalarbeitstages von acht Stunden für alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts, die volle und uneingeschränkte Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, eine 36-stündige Ruhepause in jeder Woche (Sonntagsruhe),

die Gewährung gleicher politischer Rechte (allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts, für alle Vertretungskörper, in Reich, Staat, Provinz und Gemeinden). Frauen hatten damals in Deutschland ja bekanntlich noch nicht einmal das Wahlrecht.

Nach der Annahme der Resolution wurde „ein donnerndes Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht“, die Marseillaise und das Proletarierlied erklangen.

Etwa 9000 Sozialdemokraten des dritten Berliner Wahlkreises hatten sich an diesem Abend in den mit roten Bannern und Emblemen geschmückten Räumen der „Neuen Welt“ versammelt. Im Garten wechselten Konzertaufführungen mit „deklamatorischen“ Vorträgen ab. Den Festvortrag hielt August Bebel im Saal des Bal-Champêtre. Feuerwerk, Gesänge und Tanz schlossen die Veranstaltung ab.

Wie der „Vorwärts“ berichtete, verliefen auch die anderen Berliner Abendversammlungen glänzend. Die Beteiligung war imposant. Die Sozialdemokraten des ersten Berliner Wahlkreises trafen sich im Feenpalast in der Köpenicker Straße.

In der Bock-Brauerei am Tempelhofer Weg, die die Genossen des zweiten Wahlkreises als Tagungsort gewählt hatten, fanden sich schon am Nachmittag etwa 2000 Gäste ein, die sich an den Musikaufführungen erfreuten. Die Zahl der Festteilnehmer „schwoll“ gegen Abend auf über 6000 an.

Die Genossen des vierten Wahlkreises feierten den Tag gleich in fünf Lokalen. Im großen Saal der Concordia in der Andreasstraße sprach Paul Singer „zündende Worte vor etwa

3000 Anwesenden“. Er hielt an diesem Abend auch noch im festlich dekorierten Konzertsaal Sanssouci in der Kottbuser Straße „unter brausendem Beifall“ die Festrede. Hier waren zweieinhalbtausend Teilnehmer zusammengekommen.

Der fünfte Wahlkreis hatte beschlossen, von einer Feier in größerem Maßstab Abstand zu nehmen und sich auf eine Versammlung im Schweizer Garten beschränkt.

Im sechsten Wahlkreis fanden wiederum in fünf Lokalen festliche Veranstaltungen statt. Der große Saal der Schultheiß-Brauerei in der Schönhauser Allee war bereits um 19 Uhr gefüllt. Etwa 1200 Personen nahmen teil. In der Norddeutschen Brauerei in der Chausseestraße versammelten sich um 19.30 Uhr ca. 600 Personen. In Ahrends Brauerei in Moabit waren es um 20 Uhr rund 1500 Teilnehmer. In der Bötzw-Brauerei an der Prenzlauer Chaussee kamen etwa 5000 zusammen. In Weimann's Volksgarten, „dessen sämtliche Räume in geschmackvollster Weise dekoriert waren“, passierten zwischen 19 und 20 Uhr etwa 7000 Personen die Kasse.

In Berlin war es bereits zu Beginn der 90er Jahre üblich geworden, die organisatorische Vorbereitung und die Gestaltung der Maifeiern hauptsächlich den Gewerkschaften zu überlassen. Diese entschieden auch, ob ihre Mitglieder am 1. Mai die Arbeit niederlegen sollten oder nicht. Die Gewerkschaftsversammlungen fanden, nach Berufsgruppen getrennt, jeweils in den Vormittagsstunden statt. Am Nachmittag und Abend traf man sich noch einmal mit den Familien zu festlichen Veranstaltungen.

Im Bericht des Parteivorstandes an den Gothaer Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1896 wurde auf das vorbildliche Beispiel von Berlin verwiesen: „Der von den Berliner Genossen eingeführte Modus der Veranstaltung der Maifeier, die Abhaltung von Versammlungen am Vormittag den Gewerkschaften und die Abendveranstaltungen der Partei zuzuweisen, hat sich bewährt und ist den Genossen zur Nachahmung zu empfehlen.“ Am 1. Mai 1893 zeigte sich, wie der „Vorwärts“ einschätzte, in Berlin bereits am Morgen „daß die Bourgeoisie sich in der armseligen Hoffnung getäuscht hatte, der Weltfeiertag werde an der Gleichgültigkeit der Arbeiter selber allmählich zum Schemen verblassen. Der auf dem Arbeiterkongreß zu Paris angeregte Gedanke, einmal im Jahre der alten Welt zu zeigen, wes Sinnes die klassenbewußte Arbeiterschaft ist, welche Ziele sie gemeinsam auf der ganzen Kulturwelt erstrebt, dieser Gedanke ist ein so glorioser, daß nur die öde, ideallose Bourgeoisie seine Macht verkennen und an seiner Fruchtbarkeit Zweifel hegen kann“, hieß es in dem Beitrag.

Daß der 1. Mai 1893 nicht auf einen Sonntag fiel, machte manchem die Beteiligung an der Feier unmöglich. Frauen und Kinder warteten vielleicht schon ängstlich auf den Wochenlohn. Auch die Miete an den Hauswirt war am Ersten fällig.

So beschlossen die Teilnehmer einer vom „Vorwärts“ als imposant bezeichneten Volksversammlung am 17. April 1893 in Rixdorf, die Feier am Abend des 1. Mai durch eine Volksversammlung zu begehnen und am 7. Mai in zwei Lokalen ein größeres Fest zu feiern, an dem sich auch die Familien beteiligten. Nachdem weiter festgelegt wurde, in der nächsten Zeit ein Festkomitee zu wählen, gingen die Versammelten mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie auseinander.

In Steglitz bei Berlin wurde am 30. April 1893 ein Gartenfest gefeiert und am 2. Mai eine Versammlung durchgeführt.

Anders gingen die Berliner Schneider und Schneiderinnen heran. Sie veröffentlichten am 27. April 1893 ihren Aufruf. „Das Kulturfest der Arbeit, der 1. Mai, naht heran“; schrieben sie, „überall rüstet sich die Arbeiterschaft, diesen Tag würdig zu feiern. Die letzte öffentliche Versammlung unseres Gewerbes beschloß einstimmig, das am Vormittag des 1. Mai eine Versammlung stattzufinden hat mit einem der Bedeutung des Tages entsprechenden Vortrag.“

In der Brauerei Königstadt tagte am 1. Mai eine Versammlung der Maurer und Putzer. 500 Maler und Berufsgenossen vereinigten sich am Vormittag in den Arminhallen zu einer Kundgebung für den Achtstundentag. Diese Versammlung gewann dadurch noch erhöhte Bedeutung, daß die Maler beschlossen hatten, in der nächsten Zeit unmittelbar den Kampf um die Durchsetzung der achtstündigen Arbeitszeit zu beginnen.

Die Versammlungen wurden überall durch den Gesang von Arbeiterliedern eingeleitet, so auch bei den Töpfern, die bei Kuhlmei in der Schönhauser Allee feierten. Der Ortsverein der Glacéhandschuhmacher traf sich am Vormittag vollzählig im Vereinslokal in der Gipsstraße 3 in Mitte. Nachmittags schloß sich gleich noch eine weitere Versammlung an.

Als wohl bedeutendste der am Morgen abgehaltenen Versammlungen des 1. Mai 1893 sah der „Vorwärts“ die im „Eiskeller-Etablissement“ in der Chausseestraße an, auf der Wilhelm Liebknecht über die Bedeutung des 1. Mai vor einer etwa 2000 Zuhörern referierte. Mit „brausendem Jubel“ wurden vor allem seine Schlußworte aufgenommen, die die bevorstehenden Wahlkämpfe berührten. Eine im Sinne des Vortrags gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. „Erfüllt von dem Gedanken, daß die Interessengemeinschaft aller Arbeiter die gleiche ist“, trennten sich die Versammelten unter dem Gesang der Arbeiter-Marseillaise.

Die Forderungen, die von den Berliner Arbeitern schon auf den ersten Maiveranstaltungen gestellt wurden, waren über den Achtstundentag weit hinausgegangen. Sie richteten sich generell auf die Beseitigung der Klassenunterschiede durch die soziale Umgestaltung der Gesellschaft und auf die Erhaltung des Weltfriedens.

Dr. Kurt Laser

Was ein „Lied vom Frieden“ erreichen kann ...

Im September 2018 bekam der Künstler **Tino Eisbrenner** als erster Deutscher und als erster Ausländer überhaupt in Sankt Petersburg den Kunst-Friedens-Preis „Master“ vom Internationalen Fonds zur Förderung von Kultur „Master Klass“ verliehen. Bis heute engagiert und positioniert sich der engagierte Künstler auf der Bühne, in Veranstaltungen und auf Friedensdemos.

Die „RotFuchs“-Leser **Helga Hobohm** und **Günter Gericke** aus Neuenkirchen bei Neubrandenburg führten im Februar mit dem Rockpoeten, Musiker, Texter, Sänger, Komponisten, Übersetzer und Autor ein Gespräch, das wir hier abdrucken.

Du stehst seit Deinem 18. Lebensjahr – nun schon mehr als 40 Jahre – auf der Bühne.

Das jährlichen Festival „Musik statt Krieg“ nimmt dabei einen zentralen Platz ein.

Jetzt arbeitest Du, gemeinsam mit Tobias Morgenstern – trotz des russophoben Klimas – an einem Puschkin-Programm.

Warum machst Du das? Bist Du ein Rebell, ein Einmischer?

Zunächst mache ich es ja nicht trotz, sondern wegen der wuchernden Russophobie. Wenn man meint, Tolstoi, Dostojewski oder eben Puschkin aus Lehrplänen, Bibliotheken oder Fernsehprogrammen verschwinden lassen zu müssen, um die russische Kultur zu tilgen und zugleich mit Regierungen Hand in Hand geht, die aus demselben Grund Puschkin-Denkmäler niederreißen lassen, dort müssen denkende Menschen dafür sorgen, daß diese Künstler selbst zu Wort kommen. Nur was man kennt, kann man lieben lernen und was man liebt, wird man schützen und das besonders gegen politisch motivierten Irrsinn. Und niemand soll mir erklären, daß der Versuch, die russische Kultur zu diskreditieren, eine Folge der russischen Intervention in der Ukraine ist. Die Amerikaner und auch die Deutschen haben ungleich mehr Kriege geführt und niemand kam auf den Gedanken, dafür Hemingway oder Goethe tilgen zu wollen.

Seit dem 25. Januar setzt die Bundesregierung alles in Bewegung, deutsche Panzer über die Gräber des 2. Weltkriegs hinweg gen Rußland rollen zu lassen. Was kann das „Lied vom Frieden“ dagegen ausrichten?

Das Lied selbst vielleicht erst einmal gar nichts, aber die Menschen, für die es gesungen wird, können alles erreichen. Lieder sind nicht die Erweckung, aber sie sind oft Soundtrack und sogar Symbol der Erweckten. Schillers „Ode an die Freude“ hätte es nicht gegeben, wenn der Gedanke von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht schon geboren gewesen wäre. Schillers Umsetzung dieses Gedankens und natürlich Beethovens Melodie dazu hat dem Gedanken poetische Flügel gegeben, und das trägt ihn seitdem durch die Jahrhunderte. Das ist es, was jedes „Lied vom Frieden“ erreichen kann. Es geht um den Weg vom Kopf ins Herz und um etwas Verbindendes zwischen den Menschen – die Aufgabe von Liedern und Kunst im Allgemeinen.

Du bist 2016 auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz aufgetreten, warst im Wahlkampf für Die Linke engagiert, hast Dich bemüht, Kultur ins Grundgesetz zu bekommen, bist der Gründer der „Friedensgesellschaft Musik statt Krieg e.V.“, die es seit 2015 gibt, und vieles andere mehr.



Tino Eisbrenner

Wo ist heute die Stimme vieler anderer Künstler, braucht es nicht dringend eine Aktion wie 2003 das internationale Konzert gegen den Irak-Krieg? Roger Waters wäre gewiß ein Partner?

Nicht alle Arbeit, die Künstler leisten, findet auf großen OpenAirs statt. Wir sind in allen Bereichen des Lebens präsent, und manchmal erreicht ein Musikschullehrer mit einem Satz mehr, als manch Geläut an großen Glocken. Aber es stimmt, wo sich politische Dummheit breitmacht, muß die Kultur dagegenhalten. War es Zufall, daß man uns kürzlich als „nicht systemrelevant“ abwertete und in die nasse Ecke setzte? Ist es wieder nur Zufall, daß man in der aktuellen Kriegskrise zuerst auf die Kultur und ihre Künstler losgegangen ist? Warum möchte man denn Anna Netrebko von deutschen Bühnen verbannen? Weil sie sich nicht gegen ihre Heimat positioniert? Nein, weil man um die Kraft der Kunst weiß – und wenn eine russische Stimme dieser Qualität die Herzen der Menschen erreicht und ihre Sympathien weckt, dann ist es Asche mit der Diskreditierung russischer Kunst, Kultur und Lebensart. Dann glauben die Menschen das Narrativ vom russischen Monster nicht, das uns alle vernichten möchte. Und die gleiche Angst haben die Kriegstreiber vor dem klugen Tolstoi und dem poetischen Puschkin. Und sie hatten sie schon vor dem empathischen Neruda, dem dialektischen Brecht oder dem rebellischen Lennon. Sie alle hat man versucht zu diskreditieren, kaltzustellen und zu vertreiben. Und das waren die Vettern der gleichen Vasallen, die uns heute an den Rand der Katastrophe lenken. Die Kunst wird sich immer gegen diese Mächte stemmen, denn Kunst strebt nach Harmonie und Poesie, während sich Kriegstreiber nach Profit und der Macht des Geldes strecken.

Gerade hat das Online-Magazin „Deutsche Mugge“ Dich für die CD „KALUMET“ und das Buch „Hinterland“ gewürdigt. Du bist mit Indianern auf „Du und Du“, ehrst Violetta Para, Victor Jara, tourest durch die ehemalige Sowjetunion, wurdest dort ausgezeichnet.

Was gilt den hiesigen Massenmedien der Prophet im eigenen Land?

Nicht das DM-Magazin hat mich geehrt, sondern bei seiner Umfrage, an der ca. 2 000 Leser teilnahmen, wurde die „Hitparade der Veröffentlichungen des Jahres 2022“ gewählt. Mein CD-Album „Kalumet“ landete auf Platz 1 und das Interview-Buch „Hinterland“ kam ebenfalls in die Top20. Das hat mich sehr gefreut, weil es bestätigt, daß der Künstler bei seiner Arbeit den Draht zum Publikum hat. Gerade bei zwei solch politisch-rebellischen Produkten ist das ein Rückhalt, den man nicht in Gold aufwiegen kann. Ich denke, das beantwortet auch die Frage nach dem Propheten im eigenen Land. Ich weiß, wie Radio-Hits gehen. Das habe ich in der DDR bewiesen und nach 1990 auch in der BRD. Besonders aus der Zusammenarbeit mit Heiner Lürig sind eine stattliche Anzahl Radionummern hervorgegangen, die in den öffentlich-rechtlichen Sendern laufen. Aber die inhaltlichen Kompromisse, die man dafür machen muß, werden seit einigen Jahren für mich zur Last. Wie hat Brecht formuliert? „Was sind das für Zeiten, wo ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist, weil es das Schweigen über so viele Untaten einschließt?“

Ausgehend von den Beatles in den 60ern, hat sich in den Folgejahrzehnten auch in der DDR – siehe z. B. Deutschrock – eine anspruchsvolle Rockmusik entwickelt. Mit der zunehmenden Computertechnik, auch in der Musik, wurde guter Rock immer rarer.

Wie schätzt Du die künftige Entwicklung dieses Genres ein?

Danke für die Nachfrage, die ich trotzdem wieder fast politisch beantworten muß. Das ist nämlich unser Thema für *Kultur ins Grundgesetz*. Fehlende Musiklehrer an den Schulen (ich selbst bin mal drei Jahre lang in die Bresche gesprungen), kein Geld für Musikschulen (wird auf die Schultern von Eltern geladen), kein Geld für Konzertbesuche der Schüler (ich hatte früher ein Schüler-Abos für klassische Konzerte), formatierte Radiosender (das heißt, wer nur Mainstream-Pop vorgesetzt bekommt, versteht weder Jazz noch Klassik oder internationale Folklore (vom Theater und Tanz mal ganz zu schweigen)). Künstlerisch anspruchsvolle musikalische Produkte gibt es kaum noch. Konzeptalben wie „Sgt. Pepper“ oder „The dark side of the moon“ dudeln heute coverlos und gestückelt in einem Popmix auf Spotify und Co. Und dann die Computertechnik mit Samples und Loops, die schon den Kindern suggeriert: ein Instrument brauchst du nicht, ist da alles schon drin. Obendrein das gesellschaftliche Maß, mit dem die Kunst gemessen wird. Klar, ein paar Millionen gibt es unter den Künstlern, aber das Heer derer, die von ihrer Kunst kaum leben können, ist sehr viel größer. All das reduziert natürlich die Anzahl der jungen Menschen, die sich lebenshungrig auf ein Instrument stürzen. Aber es gibt sie und sie machen auch Rockmusik als Ausdruck ihres Widerspruchs. Und eines Tages werden wir von neuem eine Gesellschaft formen, die den Sinn des Lebens wieder poetischer betrachtet und den Wert der Kunst ermessen kann.

Vor kurzem besuchte ich unseren langjährigen RF-Autor **Helmuth Hellge**, der im vergangenen Jahr seinen 100. Geburtstag begehen konnte. „Wenn Ihr das noch veröffentlichen könntet, würde ich mich sehr, sehr freuen“, sagte er beim Abschied und drückte er mir ein Blatt Papier in die Hand.

B. St.

Steffi

1926 lernte ich Steffi kennen und verliebte mich auf Knall und Fall in sie. Wir, meine Eltern und ich, verbrachten in den 20er Jahren die Sommermonate in einer Laubensiedlung in Wendenschloß, einem Ortsteil des Berliner Stadtbezirks Köpenick.

Mein Vater hatte mir in unserem Gärtchen einen Buddelkasten angelegt, der natürlich auch die Kinder aus der Nachbarschaft anzog. So auch Steffi Ehrlich, zweite Tochter eines jüdischen Arztheppaars aus Neukölln. Ihr langes schwarzes Haar, ein reizendes Stupsnäschen und ein paar lustige, dunkle Augen, die auch sehr nachdenklich dreinblicken konnten, faszinierten mich vom ersten Augenblick an. Steffi entpuppte sich nach dem Ablegen einer gewissen Scheu als ein großartiger Spielkamerad. Wir buken zusammen Sandkuchen in Blechformen, dekorierten das „Gebackene“ mit unreifen Stachelbeeren, die wir selbstverständlich auch aßen, und tranken aus im Haushalt ausrangierten Tassen „Kaffee-Wasser“ dazu. Die Folgen waren katastrophal!

Aber Steffis Eltern kannten sich von Berufswegen in der Behandlung solcher Fälle aus ... Auch für jeden anderen Unfug war meine Spielgefährtin zu haben. Die Siedler ließen sich ab und an Gartenerde anfahren. Die brachte ein Gespannführer mit Pferd und Wagen. Das Pferd hatte keine Hemmungen, sich, wo es trabte und stand, zu erleichtern. Steffi und ich machten uns nun einen Spaß daraus, das frische, noch dampfende „Fall-obst“ mit Rhabarberblättern zu greifen und nach anderen Kindern damit zu werfen. Das sprach sich herum. Prompt bekamen wir beide in der Siedlung die Bezeichnung „Familie Pferdeapfel“. Natürlich gab es gehörigen Ärger mit unseren Eltern, die uns von der Unsittlichkeit solchen Tuns zu überzeugen suchten.

Diese gemeinsame Erfahrung schweißte aber Steffi und mich nur noch enger zusammen. Wen wundert's, daß sich schon im Vorschulalter eine starke gegenseitige Zuneigung entwickelte? Sie gipfelte schließlich darin, daß ich Steffi einen „Heiratsantrag“ machte.

So vergingen zehn wunderschöne Jahre. Längst waren die Bande so fest geknüpft, daß wir uns zu unseren Geburtstagen, aber auch zu anderen Gelegenheiten, in unseren Berliner Stadtwohnungen besuchten. Seitens unserer Eltern, die unser „Verhältnis“ mit Schmunzeln beobachteten, galten wir in der Tat als füreinander versprochen.

Doch plötzlich gab es da eine Zäsur, die ich noch heute als eine der härtesten in meinem Leben in Erinnerung habe. 1933 waren die

Nazis an die Macht gekommen und allmählich setzte sich ihr rigider Antisemitismus durch. Für uns Kinder zunächst kaum merklich, verdüsterte sich der Himmel unserer Kindheit. Ich spürte in der Mitte der 30er Jahre eine seltsame Einsilbigkeit bei meinen Eltern, wenn das Gespräch auf Steffi und die Familie Dr. Ehrlich kam. Damals hatte ich keine Erklärung dafür – heute weiß ich, daß sie unter Repressalien litten, wie alle Bürger, die mit jüdischen Familien verkehrten. Ich verstand die Welt nicht mehr, als mir meine Eltern eines Tages rieten – es muß so um 1936 gewesen sein – meine Freundschaft zu Steffi zu beenden. Da zerbrach etwas in mir, das nicht mehr reparabel war. Steffi aus meinem Leben streichen? Das kam für mich überhaupt nicht in Frage! Irgendwann erreichte mich die Information, daß Ehrlichs noch rechtzeitig Deutschland verlassen hatten, bevor der braune Wahnsinn unseren jüdischen Mitbürgern alle Fluchtwege versperrte.

Es vergingen Jahre, bis ich mich nach anderen Mädchen umsah. Erst war da Hannelore. Ihr folgte Uschi. Dann fand ich Inge. Diese kam „meiner“ Steffi in ihrem Wesen noch am nächsten. Und sie wurde meine Frau. Jahrzehnte später kam es noch vor, daß ich Steffi zu Inge sagte. Sie nahm es gelassen, wertete es als ausgeprägten Hang zur Treue bei mir. Womit sie ja auch irgendwie recht hatte: Schließlich war ich mit meiner Steffi-Inge – bis meine Frau 2019 verstarb – 75 Jahre verheiratet.

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Mai

■ Regionalgruppe Halle

Am 2. Mai um 15 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Die Rolle der bürgerlichen Medien in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung**

Ort: Begegnungszentrum „Zur Fähre“, Böllberger Weg 150, 06128 Halle

■ Regionalgruppe Bernau

Am 13. Mai um 15 Uhr spricht Wolfgang Herrmann, früherer Berater der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung in Nicaragua, zum Thema: **Der Kampf der linken und Fortschrittkräfte Lateinamerikas für größere Unabhängigkeit von den USA und stärkere regionale Integration**

Ort: Treff 23 (Kulturbühne), Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 16. Mai um 18 Uhr – Diskussionsabend mit Ludwig Bodemann zum Thema: **In Wort, Bild und Ton: Die DEFA – ein kulturelles Erbe der DDR**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 20. Mai um 10 Uhr – Reisebericht von Peter Müller über eine Drushba-Fahrt unter dem Titel „Im Osten was Neues“

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 20. Mai um 10 Uhr spricht Gerhard Mertschen (Cuba Si) zum Thema: **Die Veränderung des Kräfteverhältnisses in Lateinamerika und dessen Rolle im Kampf um eine multipolare Welt**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Dresden

Am 20. Mai um 10 Uhr spricht Dr. Elke Preusser-Franke, Vorsitzende des Jüdischen Frauenvereins Dresden e. V., zum Thema: **Das Wirken des Jüdischen Frauenvereins in Dresden**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 20. Mai um 10 Uhr spricht Dr. Holger Michael zum Thema: **Die aktuelle Rußland-Ukraine-Situation, historische Wurzeln und Lösungswege**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 25. Mai um 15 Uhr spricht Uli Hoppe, Vorsitzender des Vereins „Berliner Freunde der Völker Rußlands e. V.“ zum Thema: **Rußland heute – Wirtschaftliche und soziale Aspekte**

Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 71, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 30. Mai um 18 Uhr – Aufführung des DEFA-Films „Die grüne Hochzeit“ mit der Drehbuchautorin Christa Kozik.

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcener), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam



LESERBRIEFE

Keine Lehren gezogen

Der 8. Mai 1945 kennzeichnet bekanntlich das Ende des 2. Weltkrieges und die Befreiung Europas vom deutschen Faschismus, deren Hauptlast die Sowjetunion getragen hat. Heute, nach 78 Jahren, unterstützen die meisten europäischen Länder die Nachfahren der ukrainischen Faschisten im Kampf gegen Rußland, dem größten Land der damaligen Sowjetunion. Waren der Kampf und die Opfer der Sowjetunion damals umsonst? Man könnte es fast glauben, wenn man den US-Stellvertreterkrieg in der Ukraine verfolgt, der nun zu eskalieren droht. Scheinbar träumt man ernsthaft davon, das zu erreichen, was weder den Osmanen, den Schweden, weder Napoleon noch Hitler gelang: Rußland zu besiegen. Die NATO hat über 100 Milliarden US-Dollar an Militärhilfe – einschließlich Panzern und Kampfflugzeugen – nach Kiew geschickt. Jetzt denkt dieser Block, wie man hört, über eine Art „Friedenstruppe“ für die Ukraine nach, was Moskau als eine „extrem gefährliche Idee“ bezeichnet, da klar ist, daß die sogenannten NATO-Friedenstruppen nur auf der Seite der Feinde Rußlands in den Konflikt eintreten werden. Natürlich würden sie dann auch als Feinde behandelt.

Der stellvertretende Außenminister Rjabkow erklärte, Rußlands Gegner würden „im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Feuer spielen“ und wiederholte, daß es in einem Atomkrieg keine Gewinner geben kann und daß er nicht entfesselt werden darf. Doch die USA zündeln weiter, provokativ und rücksichtslos, und bringen so die Welt an den Rand ihres Untergangs. Politiker und Militärs des Westens haben keinerlei Lehren aus dem Ende des 2. Weltkrieges gezogen und steuern sehenden Auges auf einen dritten zu.

Horst Neumann, Bad Kleinen

Aus der Geschichte lernen!

Als ich 60 Jahre nach meinem Vater, der im 2. Weltkrieg noch als Feind die russische Erde betrat, die Sowjetunion als Freundesland besuchte, spürte ich die enge Verbindung zwischen unseren Bruderländern. Im Freundschaftszug der FDJ fuhren auch eine Delegation der NVA und FDJler anderer bewaffneter Organe mit. Als Sekretär einer Grundorganisation im Grenzausbildungsregiment Wilhelmshagen war ich dabei. Die Zielorte hießen Minsk, Moskau, Leningrad. Mit unseren sowjetischen Freunden feierten wir den 1. Mai in Minsk. Besonders herzlich gestaltete sich ein Zusammentreffen mit Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges. Wir waren uns einig: Wir sind und bleiben Waffenbrüder. Wenn Russen und Deutsche zusammengehen und

als Verbündete eng zusammenarbeiten, ist der Frieden in Europa gesichert. Wir besuchten auch eine Gedenkstätte an der Stelle eines Dorfes, dessen Bewohner von den Faschisten ermordet und deren Hütten niedergebrannt wurden. Auf den Leninbergen in Moskau machten wir Fotos. Mein Vater hat nach seinen Kriegserlebnissen den anezogenen Untertanengeist und den Gehorsam gegenüber der Obrigkeit abgelegt. Er wurde zu einem aktiven Mitgestalter beim Versuch, eine Alternative zum Kapitalismus in Deutschland zu schaffen. Er wußte: Die neue Gesellschaft in der DDR kann nur im festen Bündnis mit der Sowjetunion aufgebaut werden.

Bis zum Tode meines Vater 1984 hing über seinem Schreibtisch eine nach seinem Porträt gestaltete Brandmalerei mit der Aufschrift Beresna. Es war ein Geschenk von Pionieren aus der Sowjetunion. Es zeigt Freundschaft, Verstehen und Dankbarkeit. Sind die Deutschen bereit, aus der Geschichte zu lernen?
Jan Knapp, Jena

Nie wieder, hieß es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

4. April 2023. Sonnenschein, strahlend blauer Himmel und selbst der Wind hat sich gelegt. Möwengeschrei liegt in der Luft, Spatzen jagen sich mit lautstarkem Zwitschern, Enten schaukeln träge auf den Wellen des Hafenbeckens hin und her. Ein herrlicher Frühlingstag, einfach perfekt. Ich stehe in der Kirche von Le Treport und starre auf das Foto eines hübschen, schwarzhhaarigen Mädchens. Es lächelt. Ein strahlendes, hoffnungsvolles Lächeln. Ein Lächeln, das viel zu früh enden mußte. Rachel (Elisé) Salmolla wurde nur elf Jahre alt. Sie lebte mit ihrer Familie in dem kleinen Fischerstädtchen Le Treport im Norden Frankreichs. Ein friedliches Leben – bis die Deutschen kamen. Im Jahre 1942 ließen Mutter und Großmutter das Mädchen auf den Namen Elisé taufen, doch auch das rettete Rachel nicht. Am 11. Februar 1943 wurde sie mit ihrer zweijährigen Schwester Colette, ihrer Mutter Victoria und ihrer Großmutter Cola in einen Zug gepfercht und deportiert. Die Fahrt ging nach Auschwitz-Birkenau, direkt in die Gaskammer.

Achtzig Jahre, einen Monat und etliche Tage später blicke ich in die lächelnden, fragenden Augen eines Mädchens, dessen einziges „Verbrechen“ es war, jüdische Eltern zu haben. Scham und hilflose Wut erfüllt mich bei dem Gedanken daran, daß der Westen, und allen voran Deutschland, die Vertreter eines Regimes hofiert, das aus seiner faschistischen Gesinnung nicht den geringsten Hehl macht. Eines Regimes, dessen maßgebliche Repräsentanten Stepan Bandera und seine Anhänger fast kultartig verehren – jene Bestien in Menschengestalt, die für einige der schlimmsten Massaker während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich zeichnen. Eines Regimes, das SS-Führer verehrt und offen eine Blut- und Rasse-Ideologie propagiert. Die Augen eines elfjährigen, dahingemordeten Mädchens blicken mich fragend an: Ist es das, was ihr mit „Nie wieder“ meint? Bin ich, sind all die Millionen Männer, Frauen und Kinder vor achtzig Jahren umsonst gestorben?

Ich stehe in der Kirche von Le Treport und kann ihr keine Antwort geben. Ich kämpfe mit den Tränen.

Dr. Dörte Hansen, Bischofsgrün

Dank den Befreierern vom Faschismus

Vor 78 Jahren wurden wir vom Faschismus befreit.

Dafür gilt mein Dank den Völkern der Sowjetunion und der heldenhaften Roten Armee!

Mehr als 28 Millionen Bürgern der UdSSR kostete der Krieg das Leben. Und dennoch nahm die Sowjetarmee keine Rache, sondern gab hungernden deutschen Menschen von ihren knappen Lebensmitteln etwas ab und half, ein neues Leben aufzubauen. Das zeugte von wahrer Humanität der Sowjetunion. Ob es in der Geschichte zuvor oder danach etwas Ähnliches gab, weiß ich nicht, aber ich glaube, im Gedächtnis der Menschheit wird das für immer bewahrt bleiben.

2019 besuchte ich mit einer Delegation der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde die Heldenstadt Stalingrad. Das werde ich nie vergessen. Besonders beeindruckt haben mich der Mamajew-Hügel incl. Wachablösung, das Panorama-Museum, der deutsche und sowjetische Soldatenfriedhof sowie die Jugendfreizeitstätte. Dort trafen wir uns zunächst mit Vertretern der Stadt, der Duma und mit Kriegsveteranen. Es war, wohl nicht nur für mich, sehr ergreifend, daß uns der ehemalige OB und jetzige Duma-Vorsitzende auf Deutsch begrüßte. Er hieß uns herzlich willkommen, berichtete einiges über die Stadt und über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Wolgograd und der DDR, die z. T. bis heute bestehen.

Die zu unserer Gruppe gehörenden ehemaligen NVA-Offiziere legten einen Kranz am Ewigen Feuer auf dem Platz der gefallenen Helden nieder und salutierten am Grab der Gefallenen.

Übrigens: Auf dem Rückflug nach Berlin las ich die *Moskauer Deutsche Zeitung*. Darin stand ein Interview mit dem Präsidenten von BOSCH Rußland, Hansjürgen Overstolz. Er berichtete u.a. über seine ganz unterschiedlichen Erfahrungen in Frankreich und Rußland. Anders als in Rußland passierte es ihm in der Bretagne, daß er schief angeguckt und danach gefragt wurde, was er als Deutscher am Resistance-Denkmal verloren hätte. Das Bild, das die Ampelregierung über Rußland zeichnet, ist falsch und verlogen. Ich habe anderes erlebt.

Wolfgang Reinhardt, Nordhausen

Alle Scheu abgelegt

1914 waren es deutsche Sozialdemokraten, welche die kaiserlichen Kriegskredite befürworteten, die Arbeiterklasse damit in den Krieg schickten und die Sozialistische Internationale verrieten.

2022 stehen Sozialdemokraten gemeinsam mit grünen Bellizisten an der Spitze der Bundesregierung, finanzieren die Militarisierung, liefern Unmengen Waffen in den Stellvertreterkrieg der USA in der Ukraine und gebärden sich wie nie zuvor als dessen willige Vasallen, die sich nicht scheuen, das eigene Land zugrunde zu richten.

Horst Jäkel, Potsdam

Schirdewan und sein Bekenntnis

„Glaubwürdigkeit kann es nur auf Basis der Solidarität mit der Ukraine geben“, sagte der Co-Vorsitzende der Linkspartei Martin Schirdewan im Deutschlandfunk am Ostersonntag. Daß Rußland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg begonnen habe, der unermeßliches Leid über die Ukraine gebracht habe, stehe außer Frage.

Die Demonstrationsaufrufe müßten in dieser Hinsicht eindeutig sein, verlangte er. Es wäre für ihn nicht in Ordnung, wenn Linke gemeinsam mit Verschwörunganhängern auf die Straße gingen. Man stehe aber vor dem Dilemma, die Gefahr

benennen zu müssen, daß Waffenlieferungen zu einer weiteren Eskalation führen könnten.

Daraus ist zu schließen:

1. Wer Solidarität mit der seit neun Jahren geschundenen Bevölkerung im Donbass übt, ohne auf ukrainischer Seite zu stehen, ist nicht glaubwürdig.
2. Für Schirdewan steht die Völkerrechtswidrigkeit der Politik des Westens, insbesondere von Deutschland, den USA, Großbritannien und Frankreich als Auslöser und Anheizer des Krieges, nicht zur Debatte, was jedoch für die Einschätzung der heutigen Lage und des Urteils über Völkerrechtsbruch maßgeblich ist.
3. Aufrufe zur Demonstration dürfen für den Politiker nur dem Mainstream entsprechen, andere Auffassungen werden abgelehnt.
4. sei es für Linke „nicht in Ordnung“, gemeinsam mit „Verschwörungsanhängern“ zu demonstrieren, wobei jede Meinungsabweichung vom Mainstream unausgesprochen unter diese Rubrik fällt.
5. Schirdewan ist *nicht* gegen Waffenlieferungen an die Ukraine, welche für ihn nur noch ein Dilemma darstellen.

Der Co-Vorsitzende kritisiert leise, daß diplomatische Initiativen zur Lösung des Konflikts seitens der Bundesregierung gar nicht unterstützt würden, übersieht aber offensichtlich, daß das Ampel-Kabinett ausschließlich auf kriegerische „Lösung“ setzt, der Krieg also als einziges Mittel der Politik angesehen wird.

Wo ist der linke Aufschrei? Ich höre nur Sahara Wagenknecht und wenige andere, meist nicht aus der Partei „Die Linke“, die ihren Namen getrost ablegen kann, um Klarheit zu schaffen.

Renato Lorenz, Berlin

Dramatischer Wähler- und Mitgliederschwund bei den Linken

Dem Leserbrief von Rico Jalowietzki, „Skandalös: Linken-Abgeordnete fordert Waffen“ kann und muß ich nur zustimmen (leider!). Der Schußfahrt eines der größten Landesverbände der Linken in die politische Bedeutungslosigkeit haben die Mehrheit der sächsischen Amts- und Mandatsträger durch ihre strategische und taktische Prinzipien- und Ideenlosigkeit Vorschub geleistet. Ein dramatischer Wähler- und Mitgliederschwund sowie der erhebliche Verlust von Mandaten auf Landes- sowie kommunaler Ebene sind die Folge. Sage keiner, es habe nicht genug kritische und helfende Hinweise aus der Basis gegeben, aber die sind an der personellen Ausrichtung der Partei und der neuen Parteibürokratie gescheitert.

Einen Auszug aus meinem Brief an den Landesvorstand Sachsen der Partei Die Linke möchte ich hier zur Kenntnis geben.

„Letzte Meldung aus dem Lager der Opportunisten: Man möchte es gar nicht glauben, was da wieder einmal aus dem sogenannten „Linken-Lager“ und der selbsternannten „Antifa“ zu lesen ist.

Schon länger zeichnen sich Leipziger „linke“ Protagonisten durch einen wilden und zerstörerischen Widerstand ohne Sinn und Verstand aus. Vermummte und gewalttätig entwickelnde und befördernde vermeintliche gesellschaftsverändernde Aktivitäten und biedern sich mit ihren kruden Bekenntnissen sowie Zustimmung zur NATO- und EU-Kriegspolitik den Herrschenden an. Der Faschist Bandera und das nationalistische „Asow“-Regiment ist ihnen in der Bewertung des Ukraine-Konflikts keine Verurteilung wert und der Beitrag der Sowjetarmee an der Befreiung Europas wird bewußt ignoriert. In diesem Zusam-

menhang ist der Beitrag und das Engagement einer „linken“ Landtagsabgeordneten in Sachsen äußerst kritisch zu hinterfragen. Dies betrifft auch die von ihr organisierten und zum Teil begleiteten Proteste des „Schwarzen Blocks“ in Connewitz. Politische Akzeptanz und Verständnis in der Bevölkerung finden diese Kräfte jedenfalls nicht. Solche vorgeblichen Vertreter der „Antifa“ und ähnlicher Gruppierungen verdienen nicht das Attribut links und antifaschistisch. Ihr Wirken ist politisch zerstörerisch und opportunistisch, was auch so benannt werden sollte. Eine Antwort steht aus.“

Raimon Brete, Chemnitz

Internationaler Strafgerichtshof politisch unabhängig?

Der sogenannte Paukenschlag des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag zeigt einmal mehr, daß dieses Gremium bei weitem nicht politisch unabhängig ist und unterstreicht einmal mehr die Doppelmoral des Westens.

Da wird der Präsident eines Landes mit Haftbefehl verurteilt, weil er Kinder aus einem Kriegsgebiet in Sicherheit bringt. Auch deshalb, weil der Kriegsgegner Zivilisten, die sich nicht am Krieg beteiligen wollen, als Kollaborateure ermorden lassen will. Die Frage ist doch, wer handelt hier moralischer? Bei ihrer Urteilsfindung konnten die Richter in Den Haag, so sie denn wirklich unabhängig urteilen wollten, wissen, daß der Krieg nicht erst 2022 begann, sondern die Ukraine bereits seit 2014 Mord an der eigenen Bevölkerung beging. Diese Tatsache neben anderen, wie der NATO-Osterweiterung, spielt in den Handlungen des Westens keine Rolle. Sie passen einfach nicht ins Bild, das man den Bürgern hier vermitteln will.

Keiner unsere Qualitätsjournalisten, die alle ach so frei und regierungsunabhängig berichten dürfen, fragt sich, wie es möglich ist, daß sich der USA-Präsident dumm-dreist hinstellen und die Entscheidung des Gerichts in Den Haag gut und richtig finden kann. Dieser Präsident, der einem Land vorsteht, das seit 1945 mindestens 30 große Kriege mit Millionen Toten und Ermordeten führte, das als erste und einzige Atomwaffen eingesetzt hat und auch vor dem Einsatz von Bio- und Chemiewaffen nicht zurückschreckte. Dessen ehemalige Außenministerin Madeline Albright erdreistete sich sogar, 500 000 getötete Kinder im letzten Irakkrieg als gerechtfertigt zu erachten. Hier stellt sich doch zumindest die Frage der Verhältnismäßigkeit und die Frage nach dem Grund, weshalb man USA-Präsidenten nie in gleicher Weise zur Verantwortung gezogen hat und auch gegenwärtig nicht zieht.

Die vollkommene Einseitigkeit in der Berichterstattung, die Ignorierung von Kriegsverbrechen der USA und der NATO und selbst das Stillhalten bei Verbrechen gegen die eigene Infrastruktur sind mit Ursachen dafür, daß der Osten anders tickt.

Ralf Kaestner, Bützow

Zeichen des Widerstands gesetzt

Der „RotFuchs“ war, ist und bleibt für mich das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ unter den Bedingungen der BRD heute.

Ich habe, als die faschistische deutsche Armee 1945 bedingungslos kapitulieren mußte, Frontbeauftragte des NKFD kennenlernen dürfen, die mir halfen, den richtigen Weg zu finden. Wenn auch diese Kämpfer die Deutschen nicht zum Sturz

der Hitler-Diktatur motivieren konnten, haben sie Zeichen des Widerstands gesetzt und das Bündnis mit Vertretern anderer Schichten, die sich gegen Hitler wandten, gesucht.

Auch der „RotFuchs“ engagiert sich dafür, antifaschistische und Friedenskräfte zusammenzuführen. Er ist ein Blatt, das Orientierung gibt und Mut macht, nicht aufzugeben.

Armin Lufer, Oranienburg

Das eigene Denken verteidigen!

„Der Kapitalismus unterzieht den Menschen einer großangelegten Entwöhnungskur im Denken ... Man sagt nicht: Denken ist verboten, eigene Gedanken sind unerwünscht. Man produziert das gewünschte Denken in solchen Massen, daß gegenüber dieser Denkmasse das eigene Denken gar nicht mehr aufkommt, und das gewünschte Denken wird den Gehirnen so raffiniert infiltriert, daß den Menschen das gewünschte fremde Denken als ihre eigene Gedankenarbeit und ihr höchstpersönliches Gedankengut erscheinen.“

Johannes R. Becher

Ja, es ist tatsächlich möglich, den Menschen mehrheitlich das eigene Denken abzugewöhnen. Sie bemerken nicht einmal die perfiden Techniken des Auslöschens von Bewußtseinsinhalten und jeder Vernunft. Ganz demokratisch-freiheitlich geht das. Geistig-kulturellem Verfall ist täglich in zahllosen Erscheinungsformen zu begegnen. Für die Regierenden ist genau das notwendige Bedingung und Voraussetzung, ihren Einfluß mittels ihrer „Demokratie“ aufrechtzuerhalten. Im März fanden Parlamentswahlen in Kuba statt, was wertegeleitete Herrscher aus aller Welt veranlaßte, erneut ihre Haß- und Hetzkübel über das sozialistische Kuba zu entleeren. Auch ein Kirchenmann sah sich zu der Frage genötigt, wie denn Gott es habe zulassen können, was in Kuba seit vielen Jahrzehnten gesellschaftliche Realität ist. Der Mann sollte wissen, sein Gott ließ schon sehr viel ganz anderes zu, mit euphorischer Zustimmung bis unter das Dach der Kirchen. Das kubanische Volk hat sich an den Wahllurnen einmal mehr für sein Land unter sozialistischer Fahne entschieden. Für westliche „Demokraten“ ist das nur erklärbar mit Wahldiktatur, Wahlbetrug und Zwang gegenüber dem Wahlvolk. Wir kennen es. Wir wissen, daß Kubas Menschen seit Jahrzehnten unter drastischen Sanktionen der Wertewelt leiden. Hat das die „Erfinder“ der Demokratie je gestört? Es geht immer um *ihre* Demokratie und die heißt Sanktionierung aller, die ihre eignen Wege zu gehen wagen. Schimpf und Schande ergeht über Kuba, in dem eine Kommunistische Partei die Interessen des Volkes vertritt, die ihre Kandidaten mit Namen und Adresse zur Wahl stellt, die sich dem Volke vorstellen und Rechenschaft ablegen. Jeder hat also die Wahl, unter den Kandidaten dem Menschen, Nachbarn, Vertreter, Politiker seine Stimme zu geben, dem er vertraut. Wie ist das bei dieser Ampel? Wo landen die Stimmen? Wie werden sie entwertet, wegkoaliert? In wessen Interesse?

Warum Grüne die großen Wahlgewinner werden und zur militantesten Kriegspartei mutieren konnten, wäre ein Extra-Thema.

Ist es wirklich so schwer, darüber nachzudenken, warum Kuba um ein Vielfaches demokratischer regiert wird?

Roland Winkler, Aue



Grafik: Renate Aulfes, Berlin

Veranstaltungen im Juni

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 31. Mai um 18 Uhr – Mitgliederversammlung – Verständigung zu aktuellen Fragen und Neuwahl des Vorstands

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Rostock

Am 2. Juni um 15 Uhr spricht Uwe Hixsch zum Thema: **Die weltpolitische Situation und die Gefahren für die Realisierung der Klimaziele**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Saale-Orla

Am 2. Juni um 17 Uhr spricht Dr. Lothar Schröter, Militärhistoriker und Buchautor, zum Thema: **NATO – Ukraine – Krieg**

Ort: Gaststätte „Bayrische Bierstuben“, Schloßstraße 12, 07318 Saalfeld

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. sc. Gerhard Giese
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda

Rico Jalowitzki
Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Holger Michael
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Wolfgang Dockhorn
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: WDockhorn@t-online.de

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEVXXXc